

Das größte Fachmagazin für Österreichs Gemeinden

KOMMUNAL

Offizielles Organ des Österreichischen Gemeindebundes

Wir sind
Österreich

10 · 2010

THEMA

Miete und Pacht: Anpassung muss
noch heuer beschlossen sein ▶ 11

PRAXIS

Verkehrssicherheit: Wo und wann passt
das Konzept „Shared Space“ ▶ 40

CHRONIK

Bürgermeisterinnen: Frauenpower
in der Buckligen Welt ▶ 58

THEMA

Brauchtums- Feuer auch verboten?

Seit Mitte August ist die
Novelle zum Bundesluft-
reinhaltgesetz in Kraft –
KOMMUNAL zeigt auf, was
erlaubt ist, was verboten
und auch wer zuständig ist.

ab SEITE 8

DVR: 0930 423



Fritz Kaspar, Bürgermeister von Marchtrenk, setzt auf den Unimog Euro 5.

„Ich Sorge dafür, dass bei uns keine dicke Luft herrscht.“

Der Unimog Euro 5 produziert 10-mal weniger Rußpartikel als ein Traktor mit aktueller Tier 3/Stufe III A-Emissionsvorschrift. Damit eignet er sich perfekt für Klimabündnis-Gemeinden wie Marchtrenk. www.pappas.at/unimog

UNIMOG  2 JAHRES
WERTPAKET



Mercedes-Benz

Pappas

Pappas Gruppe. Das Beste erfahren.
www.pappas.at

Georg Pappas Automobil AG Autorisierter Mercedes-Benz Vertriebs- und Servicepartner für Nfz und Unimog,
5301 Eugendorf, Gewerbestraße 34; 2355 Wiener Neudorf, Industriezentrum NÖ-Süd, Straße 4, Postfach 126,
Hotline: 0800/727 727

Trotz guter Wirtschaftsdaten ist Sparen notwendig

Die Guten nicht bestrafen

Wie meistens gibt es eine gute und eine schlechte Nachricht: Die gute ist, dass sich die Wirtschaft schneller erholt als die Experten vorausgesagt haben und die Steuereinnahmen über den Erwartungen liegen. Und so dürfen wir nicht mit einem neuerlichen Minus, sondern vielleicht sogar mit einem kleinen Plus bei den Bundesertragsanteilen in diesem Jahr rechnen. Die schlechte Nachricht ist, dass der Bund derzeit versucht, nicht nur die Budget-Sünder sondern alle an die Kandare zu nehmen und ihnen ein ganz enges Finanz-Korsett verpassen will. Der bisherige Stabilitätspakt war ein zahnloser Tiger, der zwar Sanktionen vorgesehen hat, aber niemals wirksam werden ließ, weil immer auch der Sünder mit einer Strafe einverstanden sein hätte müssen. Jetzt will man genau hinschauen, wer diszipliniert ist und allenfalls saftige Strafen verhängen. Die Gemeinden brauchen im Grunde genommen keine Angst zu haben. Denn sie waren die einzige Gebietskörperschaft, die den unterschriebenen Pakt nicht nur auf Punkt und Beistrich eingehalten, sondern sogar übererfüllt hat. Immerhin haben die Gemeinden, die sich für ein Plus/Minus-Null verpflichtet haben, in den vergangenen acht Jahren rund 800 Millionen Euro Überschuss erwirtschaftet. Lediglich im Krisenjahr 2009 schafften die österreichischen Kommunen keinen ausgeglichenen Haushalt.

Wir sind für rigorose Spielregeln und für vernünftiges Sparen, aber es kann nicht so sein, dass diejenigen, die bisher ihre Hausaufgaben brav und gut gemacht haben, jetzt mit Einschränkungen und Bürokratismus bestraft werden. Wir müssen alles daran setzen, dass der Handlungsspielraum der wirtschaftlich wichtigsten Ebene gewahrt wird und nicht durch bürokratische Schikanen, die aufgrund der Vorkommen in Griechenland oder Spani-

en erlassen wurden, so eingeschränkt wird, dass nichts mehr geht. Immerhin sind die Gemeinden nach wie vor die größten öffentlichen Investoren und tragen somit zur Konjunkturbelebung vor allem in den Regionen ganz massiv bei. Wenn wir jetzt mit generellen Ausgaben-Obergrenzen und bürokratischen Fesseln belegt werden, so wird dies nicht nur die Gemeindeverantwortlichen treffen, sondern vor allem die vielen kleinen und mittleren Betriebe und Unternehmungen, die mit den Aufträgen der Gemeinden rechnen.

Uns ist schon klar, dass trotz der guten Konjunkturdaten Sparen notwendig ist, weil gesamtstaatlich der Schuldenberg enorm gewachsen ist und die Zinsenlast jeglichen Handlungsspielraum nimmt. Die Gemeinden waren aber insgesamt (wenige Ausnahmen gibt es natürlich) bemüht, nicht mehr auszugeben als die einnehmen. Und es sind immerhin noch zwei Drittel aller Gemeinden Österreichs, die mit ihren Einnahmen das Auslangen finden. Wogegen wir uns aber zur Wehr setzen müssen ist eine Vorgangsweise von Bund und Ländern, die großzügig verspricht und beschließt, aber die Gemeinden mit diesen Aufgaben belastet. So wäre es die vornehmste und wichtigste Aufgabe der Budget-Reform ein gegenseitiger Belastungsstopp. Es muss darum gehen, dass der hohe Standard abgesichert wird und nicht ständig neue „Verbesserungen“ erfunden werden, die wir uns nicht leisten können.

Helmut Mödlhammer



Helmut Mödlhammer
Präsident des Österreichischen
Gemeindebundes

Wir sind für rigorose Spielregeln und für vernünftiges Sparen, aber es kann nicht so sein, dass diejenigen, die bisher ihre Hausaufgaben brav und gut gemacht haben, jetzt mit Einschränkungen und Bürokratismus bestraft werden.



THEMEN

Gemeindebund

- 13 Post-Geschäftsstellenbeirat. Möglich durch intensive und konstruktive Mitarbeit der Gemeinden
- 16 Burgenland im Zentrum der KOMMUNAL-Dialoge: Aktiv zu weniger CO₂-Ausstoß
- 22 Gemeindebund-Reise: Zu Gast in einem zerrissenen Land
- 30 Gala im Palais Niederösterreich: Verleihung der Zertifikate für die familienfreundlichsten Gemeinden

Recht & Verwaltung

- 8 Bundesluftreinhaltegesetz: Beim Kampf der Luftschadstoffbelastung übers Ziel geschossen?
- 11 Anpassung von Mieten und Pachten ab 2011: Notwendige Sitzung noch heuer abhalten

Finanzen

- 18 Die Lehner-Studie zu den Gemeindefinanzen: Notlage schreit nach zusätzlichen Indikatoren für die Verteilung der Gelder

Europapolitik

- 24 Die Open Days 2010: Europas Kommissar der Regionen und der „Zug zur Urbanität“
- 25 Peter Varygas ist Österreichs EU-Bürgermeister
- 26 Emotionale Diskussionen im Ausschuss der Regionen: Streit um Sitzverteilung war absehbar
- 27 Europareise: Mit Außenminister Michael Spindelegger nach Brüssel

Impressum

Herausgeber:

Österreichischer Gemeindebund,
Löwelstraße 6, 1010 Wien

Medieninhaber:

Österreichischer
Kommunal-Verlag GmbH.,
Löwelstr. 6, 2. Stock, 1010 Wien,
Tel. 01/532 23 88,
Fax 01/532 23 77,
E-Mail:
kommunalverlag@kommunal.at

Geschäftsführung:

Mag. Michael Zipmer

www.kommunal.at

Redaktion:

Tel.: 01/ 532 23 88
Mag. Hans Braun - DW 16
(Chefredaktion & Layout)
hans.braun@kommunal.at
Mag. Helmut Reindl - DW 15
helmut.reindl@kommunal.at
Julya Pollak - DW 37
julya.pollak@kommunal.at

Anzeigenberatung:

Tel.: 01/532 23 88
Mag. Sabine Brüggemann - DW 12
sabine.brueggemann@kommunal.at

Mag. Alexander Palaschke - DW 14
alexander.palaschke@kommunal.at

DTP & Grafik:

Ernst Horvath
ernst.horvath@kommunal.at
Fotos:
www.bilderbox.at; www.photos.com

Redaktionsbeirat:

Mag. Ewald Buschenreiter
(Verbandsdirektor der sozialdemokratischen Gemeindevertreter NÖ)

Mag. Nicolaus Drimmel
(Österreichischer Gemeindebund)

Dr. Gustav Fischer
(BM für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft)

Mag. Michael Girardi
(BM für Inneres)

Mag. Petra Hafner (BM für Unterricht, Kunst und Kultur)

Mag. Wolfgang Hiller (Leiter des Informationsbüros des Europäischen Parlaments für Österreich)

Dr. Robert Hink (Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes)

Dr. Clemes Hüffel (BM für Wissenschaft und Forschung)

Daniel Kosak (Pressereferent des Österreichischen Gemeindebundes)

Robert Lender (BM für Wirtschaft & Jugend)

Mag. Susanne Metzger (BM für Verkehr, Innovation und Technik)

Bgm. Helmut Mödlhammer
(Präsident des Österreichischen Gemeindebundes)

Mag. Georg Möstl
(BM für Wirtschaft)

Eduard Olbrich (BM für Soziales und Konsumentenschutz)

Mag. Johannes Pasquali
(BM für Finanzen)

Prof. Dietmar Pilz (Finanzexperte des Österreichischen Gemeindebundes)

Mag. Bianca Pörner (BM für Inneres)

Adina Reumüller (Vertretung der Europäischen Kommission, Wien)

Mag. Christian Rupp
(Geschäftsführer IKT-Board im BKA)

Univ.-Prof. Dr. Reinbert Schauer
(Johannes-Kepler-Universität Linz)

Mag. Christian Schneider
(Landesgeschäftsführer des GVW der VP-NÖ)

Ges. Dr. Harald Stranzl (BM für Europ. und Internationale Angelegenheiten)

Dagmar Strobel (Bundesministerium für Frauen und öffentlichen Dienst)

Mag. Michael Zipmer (Geschäftsführer)

Hersteller:

Leykam Druck, 7201 Neudörfel



PEFC zertifiziert:
Dieses Produkt stammt
aus nachhaltig bewirt-
schafteten Wäldern
und kontrollierten
Quellen – www.pefc.at



Druckauflage: **35.103**
(Halbjahresdurchschnitt
2010)

Persönlich gezeichnete Artikel
fallen unter die Verantwortlichkeit
des Autors und müssen sich nicht
unbedingt mit der Meinung von
KOMMUNAL decken.

Mit „E.E.“ gekennzeichnete oder unter
der Bezeichnung „Service“ lau-
fende Artikel sind bezahlte Informa-
tionen und fallen nicht in die Ver-
antwortlichkeit der Redaktion.

Teilen dieser Ausgabe liegen Infor-
mationen der Firmen Strasser Steine
GmbH., Denios GmbH., Ubimet
GmbH. sowie der ARGE Forum Mine-
ralische Rohstoffe bei.

PRAXIS

Verkehrssicherheit

- 40 Shared Space – weder Haftungsfrage noch Horrorvision: Eine Fläche für alle

Winterdienst

- 48 Über den Schutz vor Dachlawinen: _____
Denn nicht immer kommt das Gute von oben



CHRONIK

- 58 Besuch in der Buckligen Welt: Bürgermeisterinnen-Treffen mit Anstoß zum Austausch
- 60 Der Tag des Denkmals: _____
Orte des Genusses für alle Sinne
- 62 Aus den Bundesländern
- 66 Personalia, Termine, Buch-Tipps & Info-Mix
- 71 Service & Vorschau



Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser!

Die Konjunktur zieht langsam, aber schneller als erwartet wieder an. Die angeblich größte Wirtschaftskrise seit 1928 tendiert demnach dazu, ihr Ende einzuleiten, und wir erhoffen uns eine Periode des Wirtschaftswachstums auf niedrigerem Niveau. Welche Lehren aus den teils schmerzlichen Erfahrungen dieser Zeit nun gewonnen wurden und welche Änderungen sie mit sich brachten, wird sich nun erst weisen.

Auch wenn „Aufgaben-“ oder „Verwaltungsreform“ neuerlich durchwegs begehrte Schlagwörter in den vergangenen politischen Diskussionen waren und sind, ist anzunehmen, dass Möglichkeiten, entscheidende Reformen durchzuführen, nicht



Michael Zipper
Geschäftsführer

wahrgenommen wurden. Aufgrund der verbesserten Konjunkturzahlen werden schärfere Einschnitte wieder schwerer zu argumentieren sein und der politisch einfachere Weg ist sicher, alles zu belassen wie es war.

Die Gemeinden hingegen haben Großteils verstanden, dass ihre hohe Flexibilität ein wichtiges Gut ist. Interkommunale Zusammenarbeit ist schon lange kein Randthema mehr, der Kostendruck verlangt Gemeinden höchste Kreativität bei der tägli-

chen Arbeit ab und das Bewusstsein, dass trotzdem investiert werden muss verstärkt den Drang neue Lösungen zu finden.

Wir vom KOMMUNAL möchten Ihnen für diese Herausforderungen eine Lektüre liefern, die Sie bei der täglichen kommunalpolitischen Arbeit begleitet. Um Sie immer optimal damit unterstützen zu können, schreiben Sie uns Ihre Meinung an

michael.zipper@kommunal.at

Budgetverhandlungen: Pflege ist Knackpunkt für Gemeinden

Ohne Klärung der Pflege-Finanzierung keine Einsparungszugeständnisse

Schon in den ersten Verhandlungsrunden zum Budget machte Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer einen Punkt ganz klar: „Wenn für die Pflege-Finanzierung keine Lösung gefunden wird, können die Gemeinden keine Einsparungszugeständnisse machen.“

Wenn man sich allerdings auf einen Finanzierung der Pflege einigt, können auch die Gemeinden ihren Bei-

trag zur Budgetkonsolidierung leisten, so der Gemeindechef.

Dass bei diesen ersten Verhandlungsrunden ab dem 11. Oktober nicht nur über Einsparungen gesprochen wird, sondern auch über eine Verteilung der durch (mögliche) Steuererhöhungen erwarteten Mehreinnahmen, ist auch klar, wie aus dem Gemeindebund zu vernehmen war.

Mit einem Ergebnis sei aller-



Bei der Frage Pflegefinanzierung gegen Einsparungszugeständnisse handelt es sich um eine Rechenaufgabe – es wird Lösungen gegeben. Die Frage der Verwaltungsreform ist hingegen eine Machtfrage – hier sind Fortschritte äußerst fraglich.

dings vorläufig noch nicht zu rechnen. Vorerst werden Arbeitsgruppen gebildet (Pflege, Verwaltung, Kinderbetreuung etc.), und man muss sich auf einen Zeitplan einig sein. Allerdings zeigte

sich der Gemeindebund auch skeptisch, was große Veränderungen in der Verwaltung angeht: „Es geht um eine Frage der Macht – und niemand will Macht abgeben.“

Bettelverbot

Niederösterreich zieht nach

Ende September beschloss die niederösterreichische VP „aufdringliches“, „aggressives“ und „gewerbsmäßiges Betteln“ sowie „Betteln mit Kindern“ unter Strafe zu stellen. Der Initiativantrag der VP im Landtag ging durch, nach Wien und Graz hat nun ab Dezember 2010 auch Niederösterreich sein Bettelverbot.

„Krone“-Kolumne

Halt durch, Bürgermeister

Die Vorwürfe gegen den Feldkircher Bürgermeister Wilfried Berchtold veranlassten Star-Kolumnistin Marga Swoboda, mit ihrer täglichen Kolumne „Tag für Tag“ ein Star bei der „Kronen Zeitung“, zu einem Beitrag. Sie vergleicht Berchtold mit dem „Fall Kachelmann“ aus Deutschland. In der Ausgabe vom 7. Oktober 2010 schreibt sie: „Schon

Interview: Gabi Burgstaller gegen Landeshauptleute

Schluss mit dem Machtstreit

Die Ländern sollten Macht abgeben und die Politik müsste bei sich selbst mit dem Sparen beginnen. Das sagte Salzburgs Landeshauptfrau in einem „Kurier“-Interview Anfang Oktober. Vor allem im Streit um die Zuständigkeiten bei den Lehrern vertritt sie eine andere Meinung als ihre Kollegen in der Landeshauptleutenkonferenz. Burgstaller würde zentrale Vorgaben,

ein Dienstrecht und eine einheitliche Ausbildung bevorzugen – und den Schulen größtmögliche Entscheidungsfreiheit geben. Auch auf ein Krankenanstaltengesetz mit regionaler Planung würde sich die Salzburgerin verständigen und den Bundesrat entweder aufwerten oder abschaffen. Aber dem Vernehmen nach dürfte sie bei ihren Kollegen auf Granit gebissen haben.

Staatsverschuldung

Schuldenquote 211 Prozent BIP?

Einen Blick in die Zukunft unternahm Anfang Oktober die „Presse“: Es zeigt sich laut einem Bericht, dass die Einnahmen die Verpflichtungen aus den Sozialsystemen nicht decken können. Berechnet man die „impliziten“ Schulden mit ein, ergibt sich im EU-Schnitt laut „Presse“ eine Schuldenquote von 211 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP). Österreichs Staatsausgaben lagen demnach 2009 bei mehr als 134 Milliarden Euro, die Verschuldung bei 70 Prozent des BIP – allerdings der „sichtbaren“ Schulden. Dazu kommen die „unsichtbaren“ Schulden (laut Definition die Differenz zwischen den Sozialleistungen, die der Staat seinen Bürgern verspricht, und den zu erwartenden Einnahmen). Die Studie der renommierten Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik addiert nun explizite Verschuldung und implizite Schulden und kommt so auf eine tatsächliche Schuldenquote von 211 Prozent im EU-Schnitt (für Österreich 207 Prozent).



gehört vom Skandal um den Feldkircher Bürgermeister? War ja klar, dass gleich vom österreichischen ‚Kachelmann‘ gesudelt werden musste. Erledigt. Am Ende. Der Bürgermeister als ‚Kachelmann‘. ... ADABEI waren wir alle nicht, no na. Anklage? So weit ist

es noch lange nicht. Ermittlungen eben. Bis irgendwas klar ist, treiben sie den Bürgermeister wie die Sau durchs Dorf.“

Der Volltext der Kolumne ist unter „Meldungen“ auf www.gemeindebund.at nachzulesen.

Wahlkarten: Kritik wird immer lauter – 58 Prozent der Bevölkerung für Aus

Briefwahl: Abschaffen oder ändern?

Vor der Wien-Wahl wurden mehr als 162.000 Wahlkarten ausgestellt. Schon die Auszählung einer ersten Tranche von rund 90.000 Stück brachte laut einem Bericht der „Wiener Zeitung“ eine Verschiebung der Mandate mit sich. Gleichzeitig stieg die Wahlbeteiligung von 59 auf über 64 Prozent – und wird weiter steigen. Unterdessen wird immer mehr Kritik an der derzeitigen Form der Briefwahl laut. Abgesehen von den immer zahlreicher werdenden Fällen, in denen Wahlbetrug im Raum steht, sind laut einer einer Umfra-



Die Briefwahl in der jetzigen Form mit den derzeitigen Fristen dürfte der Vergangenheit angehören.

ge des Humaninstituts 58 Prozent der Bevölkerung für eine Abschaffung der Briefwahl. Laut der „Wiener Zeitung“ reagiert nun die Politik: Kanzler Faymann und Vizekanzler Pröll kündigten jedenfalls bereits eine Reform an. Sicher scheint jedenfalls, die Frist

zum Eintreffen der Wahlkarten stark zu verkürzen (derzeit acht Tage nach der Wahl!). Was laut der Umfrage des Humaninstituts im Raum steht ist, dass sich 63 Prozent der Befragten das sogenannte E-Voting, die Abstimmung per Internet, vorstellen können. Ein neuer Versuch damit bei den ÖH-Wahlen kommendes Frühjahr wurde von Wissenschaftsministerin Karl allerdings abgelehnt.

Verfassungsgerichtshof: Entscheidung zur Grundsteuer

Keine Bedenken bei Einheitswerten

Die mit Spannung erwartete Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs betreffend einer Beschwerde gegen Einheitswerte ist nunmehr seit 15. Oktober 2010 unter www.vfgh.gv.at abrufbar. Der VfGH hat zwar dargelegt, dass die Einheitswerte von Grundbesitz notorisch unterbewertet sind (die meisten Einheitswerte stammen aus dem Jahr 1973 und wurden seither lediglich um 35 Prozent ange-

hoben), diese Entlastung aber für alle Abgabepflichtigen fast im selben Ausmaß gilt und die steuerlichen Auswirkungen absolut wie relativ geringfügig sind. Die nun abgewiesene Beschwerde hat also beim VfGH keine hinreichenden verfassungsrechtlichen Bedenken betreffend die Einheitswerte als Grundlage für eine Reihe von Abgaben geweckt. KOMMUNAL berichtet im November ausführlich

Gleichstellung der Frau: Gender Bericht 2010 ist da

Österreich nur leicht verbessert

59 Prozent aller Länder der Welt haben seit dem Vorjahr die Benachteiligungen der Frauen reduziert, wie der neue „Gender Gap Report“ ausführt. In dem Report hat sich an der Spitze

recht wenig getan, die nordischen Länder plus Neuseeland liegen vorne. Österreich ist mäßig platziert, den einzigen Top-Ten-Platz schafft Österreich beim Faktor „Frauen in der Regierung“.

Neue Meldestelle

Kampf dem Kindersex- tourismus

Das Innenministerium verstärkt den Kampf gegen die sexuelle Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen im Ausland. Gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium hat das Innenressort unter Federführung des Bundeskriminalamts eine neue Kampagne zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Ausbeutung im Tourismus gestartet und präsentiert. Kern der neuen Kampagne ist der Videospot „Witness“, der Menschen mit der Botschaft „Nicht wegsehen“ sensibilisieren soll. Der Film, der auch auf www.facebook.com/bundeskriminalamt abrufbar ist, beinhaltet einen Aufruf, Fälle von Missbrauch weiterzumelden. Österreichische Reisende können einen möglichen Fall von Kindesmissbrauch per E-Mail an meldestelle@interpol.at senden.

Zahlungsverzugsrichtlinie: Kompromiss ist da

Annahme noch im Oktober?

Wider Erwarten konnten sich Europäischer Rat und Parlament bei der Zahlungsverzugsrichtlinie auf einen Kompromiss einigen.

Die wesentlichen Punkte des Kompromisses sind:

- ▶ Zahlungsfrist von 30 Tagen, unter außergewöhnlichen Umständen Verlängerung auf 60 Tage ab Rechnungslegung möglich;
- ▶ Vertragsstrafe von acht Prozent, der auf die gängigen Verzugszinsen aufgeschlagen wird;
- ▶ Einbringungskostenpauschale von 40 Euro;
- ▶ 60-tägige Zahlungsfrist für öffentliche Krankenhäuser;
- ▶ 30-tägige Überprüfungs- bzw. Abnahmefrist für Wa-



Teil des Kompromisses: 60-tägige Zahlungsfrist für öffentliche Krankenhäuser

ren und Dienstleistungen. Sobald der sprachjuristisch geprüfte Kompromisstext vorliegt, soll die Richtlinie von Rat und Parlament verabschiedet werden, das Parlament geht von einer Annahme während der Plenarsitzung im Oktober aus. www.europarl.europa.eu

Kampf der Luftschadstoffbelastung übers Ziel geschossen?

Bundesluftreinhaltegesetz: Ist Feuer generell verboten?





Mit der Neuregelung im Luftreinhaltegesetz ist es zu einer deutlichen Verschärfung des Verbrennungsverbotes dadurch gekommen, dass das Verbrennen biogener Materialien sowohl flächenhaft als auch punktuell im Freien grundsätzlich untersagt wird. Die Frage ist, ob damit auch Brauchtumsfeuer – im Bild ein Sonnwendfeuer am Wallersee – untersagt sind.

Für großen Wirbel – vor allem auf Länderebene – hat die jüngste Novelle zum Bundesluftreinhaltegesetz (BGBl. 77/2010) gesorgt, mit der das Verbrennen von biogenen und nicht biogenen Materialien im Freien von Grund auf neu geregelt wurde.

Martin Huber

Der „Zündstoff“ für die aufgeflamnten Diskussionen liegt auf der Hand: es geht ums Lager- und Grillfeuer ebenso wie um das Sonnwendfeuer und das Verbrennen biogener Materialien in der Landwirtschaft.

Dabei war es gerade die „Vorgängerregelung“ (Bundesgesetz über das Verbrennen biogener Materialien, BGBl. Nr. 405/1993 – VVG) mit ihren Verordnungsermächtigungen die den vollziehenden Behörden immer wieder Kopfzerbrechen bereitet hat. Im Regierungsübereinkommen hat sich die Bundesregierung daher zum Ziel gesetzt, „zur Reduktion der Luftschadstoffbelastung eine Novellierung des Verbrennungsverbotsgesetzes mit vereinfachtem Vollzug, jedoch unter Bewahrung des Schutzzieles, umzusetzen“. Das Ergebnis liegt nun in der Novelle zum Bundesluftreinhaltegesetz vor, mit der das Verbrennungsverbotsgesetz in das Bundesluftreinhaltegesetz integriert wurde. Das Ziel einer erhöhten Transparenz und Übersichtlichkeit wurde nur in bescheidenem Umfang erreicht, zumal auch weiterhin die Länder die ex lege Ausnahmen des Bundes durch entsprechende Landesverordnungen „ergänzen“ können.

Mit der Neuregelung ist es zu einer deutlichen Verschärfung des Verbrennungsverbotes dadurch gekommen, dass das Verbrennen biogener Materialien sowohl flächenhaft als auch punktuell im Freien grundsätzlich untersagt wird. Auch die bisherige Ausnahme für die Wintermonate betreffend das punktuelle Verbrennen für den intensiv genutzten Landwirtschaftsbereich entfällt. Hintergrund: in den Winter- und Frühjahrsmonaten, wo die Schadstoffbelastung ohnehin am höchsten ist (Stichwort Feinstaub), hat das Abbrennen biogener Materialien vor allem bei In-



Für Lagerfeuer und Grillfeuer (Feuer, die ausschließlich mit trockenem, unbehandeltem Holz oder mittels Holzkohle beschickt werden) hat der Gesetzgeber eine Ausnahme vom generellen Verbot gemacht.

versionswetterlage dazu geführt, dass die Rauchschwaden oft tagelang in den Talböden „festgehangen“ sind – samt den damit verbundenen Schadstoffen. Die Ausnahmen, wie sie für Lagerfeuer oder Grillfeuer bereits bestehen, bleiben erhalten, nicht jedoch die für Brauchtumsveranstaltungen: hier können die Landeshauptleute aber entsprechende Ausnahmeverordnungen erlassen.

Das Bundesluftreinhaltegesetz regelt jetzt sowohl das Verbrennen biogener wie auch nicht biogener Materialien im Freien. Was konkret unter biogene und nicht biogene Materialien fällt, definiert der Gesetzgeber in § 1a Abs. 1: Biogene Materialien sind unbehandelte Materialien pflanzlicher Herkunft wie bspw. Stroh, Holz, Rebholz, Schilf, Baumschnitt, Grasschnitt und Laub; nicht biogene Materialien sind Altreifen, Gummi, Kunststoffe, Lacke, synthetische Materialien, nicht naturbelassenes (behandeltes) Holz, Verbundstoffe und sonstige Stoffe, deren Verbrennung außerhalb dafür bestimm-



Dr. Martin Huber ist Landesgeschäftsführer des Salzburger Gemeindebundes und lehrt am Technikum Kärnten

ter Anlagen die Luft verunreinigt. Kernpunkt der Regelung ist § 3 Abs. 1 Bundesluftreinhaltegesetz, der sowohl das punktuelle als auch das flächenhafte Verbrennen von biogenen Materialien sowie das Verbrennen nicht biogener Materialien außerhalb dafür bestimmter Anlagen verbietet – allerdings nicht ohne Ausnahmen. Die Ausnahmen lassen sich zusammengefasst in drei Kategorien unterteilen:

- ▶ Solche Ausnahmen, die unmittelbar durch das Gesetz selbst vorgesehen sind (§ 3 Abs. 3);
- ▶ Ausnahmen, die auf Grund einer Verordnung des Landeshauptmannes erlassen wurden (§ 3 Abs. 4) sowie auf Grund der Bestimmung des § 7 befristet weiter geltende Verordnungen der Landeshauptleute und
- ▶ auf Antrag von der Bezirksverwaltungsbehörde für den Einzelfall erteilte Ausnahmen (§ 3 Abs. 5).

Bereits durch den Bundesgesetzgeber sind bestimmte Ausnahmen vorgegeben. So sind ex lege vom generellen Verbot des § 3 Abs. 1 ausgenommen

1. das Verbrennen im Freien im Rahmen von Übungen zur Brand- und Katastrophenbekämpfung des Bundesheeres und der Feuerwehren sowie der von den Feuerwehren durchgeführten Selbstschutzausbildung von Zivilpersonen,
2. Lagerfeuer und Grillfeuer (Feuer, die ausschließlich mit trockenem, unbehandeltem Holz oder mittels Holzkohle beschickt werden),
4. das Abflammen im Sinne des § 1a Abs. 5 im Rahmen der integrierten Produktion bzw. biologischen Wirtschaftsweise und
5. das punktuelle Verbrennen von geschwendetem Material in schwer zugänglichen alpinen Lagen zur Verhinderung der Verbuschung.

Zudem kann der Landeshauptmann durch Verordnung zeitliche und räumliche Ausnahmen vom Verbot des Verbrennens biogener Materialien in bestimmten Bereichen vorsehen – beispielsweise für das Verbrennen von schädlings- und krankheitsbefallenen Materialien, das Räuchern im

Obst- und Weingartenbereich als Maßnahme des Frostschutzes oder eben für Feuer im Rahmen von Brauchtumsveranstaltungen. Berücksichtigt werden muss auch, dass auf Grund der Bestimmung des § 7 Abs. 1 die in anderen bundes- und landesrechtlichen Vorschriften enthaltenen Bestimmungen über die Reinhaltung der Luft und feuerpolizeiliche Bestimmungen durch dieses Gesetz nicht berührt werden; insbesondere bleiben Verordnungen des Landeshauptmannes, die auf Grund des Bundesgesetzes über das Verbot des Verbrennens biogener Materialien außerhalb von Anlagen, BGBl. Nr. 405/1993, erlassen wurden (wie die „Feuerbrandverordnungen“), für die Dauer von drei Jahren ab Inkrafttreten des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 77/2010 weiterhin in Geltung.

Sofern keine Ausnahmeverordnung des Landeshauptmannes gemäß Abs. 4 besteht, kann die Bezirksverwaltungsbehörde auf Antrag mit Bescheid zeitliche und räumliche Ausnahmen vom Verbot gemäß § 3 Abs. 1 für das Verbrennen von biogenen Materialien gemäß Abs. 4 Z 1 (Verbrennen von schädlings- und krankheitsbefallenen Materialien, wenn dies zur wirksamen Bekämpfung von Schädlingen und Krankheiten unbedingt erforderlich und keine andere ökologisch vertretbare Methode anwendbar ist) und das Verbrennen von Rebholz in schwer zugänglichen Lagen zulassen.

Im Fall des Verstoßes gegen das Verbrennungsverbot hat die Bezirksverwaltungsbehörde dem Verpflichteten das unverzügliche Löschen des Feuers aufzutragen. Bei Nichtbefolgung des Auftrags ist die Löschung gegen Ersatz der Kosten durch den Verpflichteten nötigenfalls unverzüglich durchführen zu lassen. Eine diesbezügliche Verpflichtung für die Gemeinden existiert somit nicht mehr, bisher hatte die Gemeinde die Aufgabe des Löschens des Feuers bzw. der Ersatzvornahme im eigenen Wirkungsbereich über. Die neuen Regelungen sind im Bundesgesetzblatt am 18. August 2010 kundgemacht worden und sind bereits in Kraft getreten.

Anpassung von Mieten und Pacht ab 2011

Notwendige Sitzungen noch heuer abhalten

Für alle von Körperschaften des öffentlichen Rechts – also auch von Gemeinden – bestehenden Miet- und Pachtverhältnisse von Immobilien, die vor dem 1. Jänner 2008 eingegangen wurden, sind die Miet- und Pachtentgelte aus steuerlichen Gründen ab 1. Jänner 2011 anzupassen.

Dietmar Pilz

Dies hat umgehend zu geschehen, sofern

- a) gem. § 6 Abs. 2 UStG für die Steuerpflicht optiert wurde (d. h. für die Mieteinnahmen werden 20 Prozent USt. abgeführt) und
- b) nur die laufenden Betriebskosten gem. § 21 bis 24 Mietrechtsgesetz durch die Miet- und Pachteinnahmen abgedeckt sind.

Nach den inhaltlich überarbeiteten Umsatzsteuerrichtlinien (RZ 265) verlangt die Finanzverwaltung nämlich ab dem kommenden Jahr zusätzlich zur Betriebskostendeckung (Betriebskosten gemäß §§ 21–24 Mietrechtsgesetz) auch ein Entgelt für den Gebrauch des Grundstücks in Form der sogenannten „AfA-Komponente“. Diese beträgt jährlich 1,5 Prozent der Anschaffungs- oder Herstellungskosten des Gebäudes, Grund und Boden eingeschlossen. Letzteres gilt dann nicht, wenn die Gemeinde glaubhaft nachweisen kann, dass Grund und Boden unentgeltlich erworben wurden.

Der Erhalt von Subventionen (etwa einer Bedarfszuweisung) hat keinen Einfluss auf die AfA-Komponente, da diese Subventionen die Anschaffungs- oder Herstellungskosten nicht kürzen. Drittkosten, die der Gemeinde im Zuge der Vermietung und Verpachtung entstehen (Anmietungskosten, Leasingkosten etc.), müssen dem Mieter (zum Beispiel dem Sportverein) ungekürzt weiterverrechnet werden.

Anmerkung: Für Miet- und Pachtverhältnisse, die nach dem 1. 1. 2008 abgeschlossen wurden, gelten bereits die steuerlichen Mindestanforderungen für die Anerkennung eines Bestandsverhältnisses.

Die AfA-Komponente beträgt jährlich 1,5 Prozent der Anschaffungs- oder Herstellungskosten des Gebäudes, Grund und Boden eingeschlossen. Letzteres gilt dann nicht, wenn die Gemeinde glaubhaft nachweisen kann, dass Grund und Boden unentgeltlich erworben wurden.

Werden hingegen Miet- und Pachtverhältnisse, die vor dem 1. Jänner 2008 abgeschlossen wurden (sofern die Einnahmen nur die Betriebskosten decken), nicht vor dem 1. Jänner 2011

entsprechend angepasst, besteht ein hohes Steuerrisiko entweder durch eine Vorsteuerkorrektur oder durch den Verlust von bereits beantragten Vorsteuern.

a) Vorsteuerkorrektur:

Im Falle einer Vorsteuerkorrektur gem. § 12 Abs 10 UStG 94 für vergütete Vorsteuern im Zuge der Errichtung der Immobilie (bzw. für Um- und Zubauten oder bei vorgenommenen Großreparaturen) kommt es zu einer aliquoten Rückzahlung von Vorsteuern. Die Höhe der Vorsteuerkorrektur ist dabei maßgeblich vom Beginn des Bestandsverhältnisses abhängig. Sind seit diesem Zeitpunkt bereits zehn Jahre vergangen (Vorsteuerkorrekturzeitraum gem. § 10 Abs 12 UStG 94), kann formlos zur Steuerfreiheit übergegangen werden. Eine Anpassung bestehender Miet- und Pachtverträge ist in diesem Fall nicht erforderlich; die Vorsteuerabzugsfähigkeit für die laufenden bzw. künftigen Betriebskosten geht allerdings verloren.

Beispiel für eine Vorsteuerkorrektur

Eine Gemeinde hat dieses Objekt an einen Sportverein gegen Betriebskostendeckung entgeltlich im Jahr 2007 in Nutzung gegeben und die Vorsteuern in Höhe von 300.000 Euro vom

Errichtung einer Sporthalle im Jahr 2007

Gesamtinvestitionskosten	1.500.000 Euro
+ 20 % USt.	300.000 Euro

Finanzamt vergütet bekommen. Erfüllt das bestehende Bestandsverhältnis ab 1. 1. 2011 nicht die steuerlichen Erfordernisse, erfolgt in diesem Fall eine aliquote Vorsteuerkorrektur von 6/10 der beantragten Vorsteuern (= 180.000 Euro) zu Lasten der Gemeinde.

Selbiges gilt auch bei einer stunden- oder tageweisen Nutzungsüberlassung von Objekten (etwa Mehrzweckhallen) auf Basis der vom Gemeinderat beschlossenen Benützungstarife.



Die zu Anpassungen der Bestandsverträge notwendige Gemeinderatsitzung sollte rechtzeitig (also bis 31. Dezember 2010) stattfinden.

b) Verlust aller Vorsteuern bei vor dem 1. 1. 2008 in Bestand gegebenen Immobilien:

Nach der RZ 265 gelten bestehende Bestandsverhältnisse, die bereits vor dem 1. 1. 2008 begründet wurden und den damaligen Richtlinien entsprochen haben (Betriebskostendeckung)

weiterhin als unternehmerische Tätigkeit, wenn sie ab 1. Jänner 2011 den bestehenden Richtlinien angepasst werden.

Eine nicht richtlinienkonforme Anpassung eines bereits vor dem 1. Jänner 2008 bestehenden Bestandsverhältnisses könnte bei enger Auslegung der RZ 265 zum gänzlichen Verlust der Vorsteuern von den Anschaffungs- oder Herstellungskosten von Immobilien (im vorangeführten Beispiel wären dies 300.000 Euro) und zusätzlich auch von den Vorsteuern von den Erhaltungskosten und laufenden Betriebskosten führen, wenn rückwirkend – also ab Beginn der Benützung der Immobilie – seitens der Finanzverwaltung

Nichtunternehmereigenschaft unterstellt wird.

Über die Auslegung, ob die Vorsteuerkorrektur greift oder der Vorsteuerabzug zur Gänze rückwirkend verloren geht, werden wir in der nächsten Ausgabe des KOMMUNAL aus Sicht des Bundesministerium für Finanzen berichten.

Schlussbemerkung

Eine Bestandsvertragsanpassung ist jedoch nicht notwendig, wenn nicht zur Steuerpflicht optiert wurde oder ein Bestandsverhältnis vor dem Jahr 2002 abgeschlossen wurde.

Wir können daher nur empfehlen, alle zwischen den Jahren 2002 und 2007 von der Gemeinde eingegangenen Bestandsverhältnisse auf ihre steuerlichen Mindestanfordernisse hin zu überprüfen und gegebenenfalls die entsprechenden Anpassungen der Bestandsverträge unbedingt noch in diesem Jahr vorzunehmen. Die dazu notwendige Gemeinderatssitzung sollte rechtzeitig (also bis 31. Dezember 2010) stattfinden.



Prof. Dietmar Pilz ist Finanzexperte des Österreichischen Gemeindebundes

Post-Geschäftsstellen-Beirat: Intensive & konstruktive Mitwirkung der Gemeinden

Jeder Fall wird eigeninitiativ recherchiert und aufgearbeitet

Das Postmarktgesetz und die damit einhergehende Umstrukturierung des Filialnetzes der Post standen in den vergangenen Monaten häufig im Mittelpunkt der medialen Aufmerksamkeit. Infolge zahlreicher Schließungsanzeigen hat die Regulierungsbehörde jede Menge zu tun.

Bernhard Haubenberger

Durchschnittlich sind rund 100 bis 150 Verfahren bei der Regulierungsbehörde anhängig. Dementsprechend umfangreich ist auch der Aufgabenbereich des Post-Geschäftsstellen-Beirats. Folgender Artikel gibt einen Einblick in die Arbeit des Post-Geschäftsstellen-Beirats und einen Überblick über die abgeschlossenen Verfahren. Mindestversorgungsgrad, Mindestreichbarkeit und Kostendeckung sind nur einige Kriterien, die über die Zulässigkeit der Schließung einer Postfiliale entscheiden. Die seit Dezember 2009 geltenden Bestimmungen über die Schließung von Postämtern haben anfänglich massive Auslegungsschwierigkeiten bereitet und es der für die Schließungsverfahren zuständigen Regulierungsbehörde (Post-Control-Kommission) als auch dem Post-Geschäftsstellen-Beirat, in dem der Österreichische Gemeindebund den Vorsitz führt, nicht immer leicht gemacht.

So gaben weder das Postmarktgesetz noch die Erläuterungen Aufschluss darüber, wann die Zehn-Kilometer-Regelung (90-prozentiger Versorgungsgrad im Umkreis von zehn Kilometer) anzuwenden ist bzw. was unter „andere Regionen“ zu verstehen ist. In dieser fast alle Schließungsverfahren betreffenden Frage hat sich die Regulierungsbehörde letztlich doch der Meinung des Post-Geschäftsstellen-

Beirats angeschlossen und als Region im Sinne des Postmarktgesetzes das Gemeindegebiet und nicht das Gebiet eines ganzen Bezirks definiert.

Zahlreiche Unschärfen beseitigt

Zwar hat der Post-Geschäftsstellen-Beirat lediglich eine beratende Funktion. Seine Stellungnahmen entfalten daher gegenüber der Regulierungsbehörde keine Bindungswirkung. Dennoch hat er wesentlich dazu beigetragen, dass die zahlreichen „Unschärfen“ und Schwachstellen des Gesetzes, die vor allem den von Schließungen betroffenen Gemeinden zum Nachteil gereichen, größtenteils beseitigt werden konnten. Beispielsweise sieht die derzeitige Gesetzeslage trotz (zumindest dem Gesetzeswortlaut nach) enger Einbindung der Gemeinden in das Schließungsverfahren keine Benachrichtigung der betroffenen Gemeinden über Ergebnis

des Schließungsverfahrens vor. Auf Druck des Post-Geschäftsstellen-Beirats entschloss sich die Regulierungsbehörde letztlich doch dazu, die betroffenen Gemeinden zumindest über das Verfahrensergebnis zu informieren.

Weitere nicht unerhebliche Rechtsfragen betrafen die Verfahrenseinbindung und die Prüfung des Versorgungsgrades von Hinterlegungsgemeinden, sprich der Gemeinden, die von zur Schließung angezeigten Postämtern mitversorgt werden. Die Regulierungsbehörde folgte in einer richtungweisenden Entscheidung der Ansicht des Post-Geschäftsstellen-Beirats, wonach die Bestimmungen und die Intention des Postmarktgesetzes eine Einbindung sowie eine Prü-

Obwohl der Post-Geschäftsstellen-Beirat lediglich eine beratende Funktion hat, hat er wesentlich dazu beigetragen, dass die zahlreichen „Unschärfen“ und Schwachstellen des Gesetzes ... größtenteils beseitigt werden konnten.

fung des Versorgungsgrades auch der Hinterlegungsgemeinden erfordern. Eine weitere vor allem für die durchgehende Versorgungssicherheit bedeutende Entscheidung der Regulierungsbehörde fußt auf einer Stellungnahme des Post-Geschäftsstellen-Beirats bzw. ist auf diesen zurückzuführen. So hat die Österreichische Post AG (ÖPAG) vor Verfahrensende in all jenen Fällen, in denen eine Ersatzlösung in Form eines Post.Partners erforderlich ist, der Regulierungsbehörde beiderseitig unterschriebene Post.Partnerverträge zu übermitteln, in denen das Datum der Übernahme angegeben ist. Dies gewährleistet insbesondere ei-

In der fast alle Schließungsverfahren betreffenden Frage der Zehn-Kilometer-Regelung hat sich die Regulierungsbehörde letztlich doch der Meinung des Post-Geschäftsstellen-Beirats angeschlossen.

nen nahtlosen Übergang vom Postamt zum Post.Partner und lässt Versorgungslücken erst gar nicht aufkommen.

Betroffene Gemeinden werden befragt

Neben zahlreichen Rechts- und Auslegungsfragen sieht es der Post-Geschäftsstellen-Beirat auch als seine Aufgabe an, nicht nur auf Ermittlungsergebnisse der Regulierungsbehörde zu replizieren, sondern auch – um eine fundierte Stellungnahme abgeben zu können – eigeninitiativ zu recherchieren und den Sachverhalt in jedem einzelnen Schließungsfall aufzuarbeiten. Hierzu tritt der Post-Geschäftsstellen-Beirat an jede betroffene Gemeinde im Wege eines Fragebogens heran, der insbesondere die entscheidungswesentlichen Fragen beinhaltet. Durch den Gesamtüberblick ist es dem

Die Aufgabe des Post-Geschäftsstellen-Beirats ist es freilich nicht, Postamtsschließungen zu verhindern oder zu blockieren. Der Post-Geschäftsstellen-Beirat ist sich des Ziels des Postmarktgesetzes, eine flächendeckende Versorgung durch Postgeschäftsstellen sicherzustellen, sei es durch Postämter oder Post.Partner, aber durchaus bewusst.

Post-Geschäftsstellen-Beirat möglich, kritisch zu den Ermittlungsergebnissen Stellung zu nehmen und Nacherhebungen einzufordern. Die Schließungsvoraussetzungen werden nicht zuletzt deswegen einer strengen Prüfung unterzogen.

Die Aufgabe des Post-Geschäftsstellen-Beirats ist es freilich nicht, Postamtsschließungen zu verhindern oder zu blockieren. Der Post-Geschäftsstellen-Beirat ist sich des Ziels des Postmarktgesetzes, eine flächendeckende Versorgung durch Postgeschäftsstellen sicherzustellen, sei es durch Postämter oder Post.Partner, durchaus bewusst. Der Post-Geschäftsstellen-Beirat ist aber bedacht darauf, dass die Vorgaben und Bestimmungen des Postmarktgesetzes von allen Beteiligten eingehalten werden.



Am 1. Jänner 2011 treten die restlichen Bestimmungen des Postmarktgesetzes in Kraft. Einige dieser Bestimmungen bieten einen nicht unbedeutlichen Interpretationsspielraum und lassen Hoffnung auf eine baldige Besserung aufkommen.

Eine nicht unbedeutende Rolle hat der Post-Geschäftsstellen-Beirat in der Beratungs- und Informationsfunktion eingenommen. Da selbst langgediente Juristen nicht selten Probleme haben, den Bestimmungen des Postmarktgesetzes ihre richtige Bedeutung zuzumessen, kann man selbiges unmöglich Bürgermeistern und Gemeindebediensteten zumuten. Daher war es nur eine Frage der Zeit, bis der PGB als Herausgeber einer Ausgabe der RFG-Schriftenreihe (Band III/2010) fungierte und das Schließungsverfahren sowie die übrigen Neuerungen umfassend und einfachverständlich dargestellt hat.

Umstrukturierung voll im Gang

Von Ende Dezember 2009 bis Ende September 2010 hat die Österreichische Post AG rund 480 Postämter zur Schließung angezeigt. In 12 Verfahren wurden bislang 320 Schließungsfälle abgeschlossen, weitere fünf Verfahren, in denen über 160 Postämter demnächst entschie-

den wird, sind derzeit offen. Bisher gab es 40 Untersagungsbescheide (12,5 Prozent) und 280 Schließungsgenehmigungen. Diese Zahlen belegen, dass die Umstrukturierung des Filialnetzes der Österreichischen Post AG voll im Gang ist.

Hervorzuheben ist, dass mehr als 90 Prozent aller geschlossenen Postämter durch Post.Partner ersetzt werden und die Österreichische Post AG darüber hinaus in vielen Gemeinden Post.Partnerschaften eingegangen ist, wo es bislang gar keine Versorgung gegeben hat.

Eine nicht unbedeutende Rolle hat der Post-Geschäftsstellen-Beirat in der Beratungs- und Informationsfunktion eingenommen. Da selbst langgediente Juristen nicht selten Probleme haben, den Bestimmungen des Postmarktgesetzes ihre richtige Bedeutung zuzumessen ...



Mag. Bernhard Haubenberger ist Jurist im Österreichischen Gemeindebund

Rund 400 neue Post.Partner haben im Jahre 2010 ihre Arbeit aufgenommen. Daher gibt es derzeit auch weit mehr Post-Geschäftsstellen (1815) als es das Gesetz (1650) eigentlich vorsieht. Mit Stand August 2010 gab es 998 eigenbetriebene (Postämter) und 817 fremdbetriebene (Post.Partner) Post-Geschäftsstellen.

Einbindung der Gemeinden unzureichend

Diese grundsätzlich positive Entwicklung im Hinblick auf die Anzahl an Post-Geschäftsstellen sagt freilich nichts über die Qualität der Versorgung vor Ort aus. In einigen Fällen wurde das seinerzeit im Postamt angebotene Repertoire an Dienstleistungen und Waren beim nachfolgenden Post.Partner auf das gesetzliche Mindestmaß gekürzt.

Die grundsätzlich positive Entwicklung im Hinblick auf die Anzahl an Post-Geschäftsstellen sagt freilich nichts über die Qualität der Versorgung vor Ort aus.

Auch wurde berichtet, dass Post.Partner ihre Postdienste aus Platzgründen zwischen Fleischwaren und Gemüseboxen anbieten. Mögen diese Beispiele nur wenige Einzelfälle betreffen, so ist doch festzuhalten, dass eine dem Postmarktgesetz entsprechende Einbindung der betroffenen Gemeinden in das Schließungsverfahren und ein einvernehmliches Zusammenwirken solche Negativbeispiele verhindern würden. Derzeit muss die Österreichische Post AG lediglich die betroffenen Gemeinden von der beabsichtigten Schließung informieren und zu Gesprächen einladen. Ob auch tatsächlich Gespräche stattgefunden haben, Alternativen gesucht wurden,

Unterlagen vorgelegt oder Vorschläge unterbreitet wurden, wie es das Postmarktgesetz an sich verlangt, ist hingegen für den Ausgang des Verfahrens völlig irrelevant. Diesbezüglich hat sich die Regulierungsbehörde nicht der Meinung des Post-Geschäftsstellen-Beirats angeschlossen, der eine Sanktionsmöglichkeit für die mangelhafte Einbindung der Gemeinden durch das PMG gedeckt sieht. Der Post-Geschäftsstellen-Beirat wird sich daher auch in Zukunft im Rahmen seiner Möglichkeiten für eine intensive und konstruktive Einbindung und Mitwirkung der Gemeinden einsetzen. Am 1. Jänner 2011 treten die restlichen Bestimmungen des Postmarktgesetzes in Kraft. Einige dieser Bestimmungen bieten einen nicht unbeträchtlichen Interpretationsspielraum und lassen Hoffnung auf eine baldige Besserung aufkommen.



Anzahl Post-Geschäftsstellen (PGS)

Bundesland	Eigenbetriebene PGS	Fremdbetriebene PGS	Summe
Burgenland	51	51	102
Kärnten	82	91	173
Niederösterreich	230	220	450
Oberösterreich	149	166	315
Salzburg	85	35	120
Steiermark	157	134	291
Tirol	95	85	180
Vorarlberg	38	34	72
Wien	111	1	112
Gesamt	998	817	1815

Stand 15. August 2010

Vertreter im Post-Geschäftsstellen-Beirat

- Generalsekretär Dr. Robert **Hink** für den Österreichischen Gemeindebund
- Dr. Paul **Trippl** vom Amt der steiermärkischen Landesregierung, Fachabteilung 13B – Bau- und Raumordnung für die Verbindungsstelle der Bundesländer
- Generalsekretär Dr. Thomas **Weninger** für den Österreichischen Städtebund
- Dr. Georg **Serentschy** für die Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH (RTR-GmbH)

Ersatzmitglieder

Als Ersatzmitglieder sind Dr. Albert **Kreiner** vom Amt der Kärntner Landesregierung, Abteilung 7 – Wirtschaftsrecht und Infrastruktur, für die Verbindungsstelle der Bundesländer, Mag. Sabine **Marchart** für den Österreichischen Städtebund, Dr. Wolfgang **Feiel** für die Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH (RTR-GmbH) und der Autor genannt.

Burgenland im Zentrum der KOMMUNAL-Dialoge

Aktiv zu weniger CO₂ Ausstoß- Umstellung in Gemeinden

Die burgenländischen Gemeinden tragen selbstbewusst ihren Beitrag zu mehr Klimafreundlichkeit. Ein Beispiel sind Gemeindebusse und Sammeltaxis, die die Menschen von Tür zu Tür bringen. Bei den KOMMUNAL-Dialogen wurde aufgezeigt, dass Initiativen, die einerseits Treibhausgase reduzieren und andererseits Menschen bewegen, angenommen werden und ein nachhaltiges Bewusstsein schaffen.

Mit gutem Beispiel voran präsentierten Eisenstadt, Purbach und Mattersburg ihre Initiativen für die Reduktion von Treibhausgasen anhand von Zahlen und Fakten. City-Taxis oder Gemeindebusse, verkehrsberuhigte Zonen und zusätzliche Radwege und -stellplätze sind alles Maßnahmen, die von der Bevölkerung sehr gut angenommen werden. Eisenstadts Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel präsentierte in ihrem Nachhaltigkeitskonzept die Herausforderungen der Landeshauptstadt. Ein wesentliches Thema dabei sei der Verkehr. Rund 11.000

Beim Transport von großen Lasten ist derzeit Gas oder Biogas noch die bessere Variante.

Clemens Piffel von Herry Consult, klima.aktiv
Fuhrparkmanagement

Pendler und 8000 Schüler verlangen in Eisenstadt eine umfangreiche Koordination der öffentlichen Verkehrsmittel und des Straßenverkehrs. Neben dem City-Taxi, welches 1992 als Pilotversuch gestartet wurde, gibt es mittlerweile auch den 70-Cent-Bus-Tarif, mit dem alle Linien befahren werden können. „Für den Schülerverkehr wollen wir die Schuldirektoren mit den

Busanbietern an einen Tisch setzen, damit das Fahrplanangebot auf die Schulzeiten besser abgestimmt wird“, erklärt die Bürgermeisterin, sie fungiere dabei als Drehscheibe für reibungslosen, zielgerichteten öffentlichen Verkehr.

Wohlfühlaspekt und sensible Zonen

Das Zufußgehen ist in Mattersburg auch PolitikerInnen-Sache: „Wir wollen mit gutem Beispiel vorangehen und auf den Wellnessaspekt hinweisen“, erklärt Mattersburgs Vizebürgermeister Helmut Mardan bei den KOMMUNAL-Dialogen. Es selbst versuche während der Arbeit so viel wie möglich zu Fuß zu gehen. Die mittelburgenländische Stadt hat Klima- und Umweltschutz an die Spitze gesetzt und dazu einige Maßnahmen eingeleitet. „Die gesamte Innenstadt wurde zur 30-Stundenkilometer-Zone, zur sogenannten sensiblen Zone ernannt“, beschreibt Mardan. Weiters wurden ein Discobus für die Jugend und ein Sozialtaxi eingeführt, es steht Bewohnern mit einer bestimmten Einkommensgrenze zur Verfügung. Auch der öffentliche Verkehr wurde an die Wohnheiten der Mattersburger angepasst. „Wir haben die Busverbindungen von und nach Eisenstadt am frühen Abend erweitert“, ist Mardan erfreut. Zusätzlich sei der Ausbau des Radwegenetzes ein wesentlicher Aspekt für die Verbesserung der Lebensqualität und soll zum „Wohlfühl“-Charakter der Stadt beitragen.

Ein Bus für alle

Der Purbacher „Gmoabus“ fährt seit 2006 seine Erfolgsgeschichte. Als gemeindeinternes Taxi bedienen sich immer mehr Purbacher



KOMMUNAL-Geschäftsführer Michael Zimper, LHStv. Franz Steindl, Umweltminister Niki Berlakovich, Präsident des burgenländischen Gemeindebundes Bgm. Leo Radakovits und Präsident des Verbandes sozialdemokratischer Gemeindevertreter im Burgenland LAbg. Bgm. Ernst Schmid.



Helmut Mardan, Martin Hollweck, Wolfgang Pöttscher und Rainer Schuber am Tisch der Kommunalkredit, wo Wolfgang Löffler (li. vorne) verschiedene Finanzierungsmodelle und Förderangebote aufzeigte.



Clemens Piffel informierte Rudolf Geissler und Eduard Nicka über die Möglichkeiten der Fuhrparkumstellung.

bacher an diesem Service. „Mit dieser Initiative wurden vier neue Arbeitsplätze geschaffen“, so Amtsleiter Mag. Michael Hoffmann. Die Preise sind moderat gestaltet, und „damit auch für die kleine Geldbörse leist-

Ich gehe zu Fuß und im Dienst habe ich ein Elektroauto. In Punkto Beschleunigung und Fahrgefühl hält es locker mit einem herkömmlichen Auto mit.

Umweltminister Niki Berlakovich

bar“. Der Bus ist ein Niederflerbus, „und so können auch Menschen mit Handicap oder Kinderwagen leicht ein- und aussteigen“, beschreibt der Amtsleiter. Der Andrang ist sehr groß, sodass das Fahrangebot am Wochenende bis 23 Uhr ausgeweitet wurde. „Purbach besitzt ein E-Bike, welches flexibel eingesetzt werden kann, und dazu eine Solar-Tankstelle“, erklärt Hoffmann weiter. Der Radverkehr ist auch in Purbach ein



Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel stellte Eisenstadts Klima-Aktivitäten in einem Referat vor.

wichtiger Aspekt für die nachhaltige Verkehrsplanung.

Austauschplattform

Im Zuge der Tischgespräche konnten die Amtsinhaber mit den Vertretern der Ministerien und der Wirtschaft auf aktuelle Herausforderungen eingehen. „Wir in Bad Tatzmannsdorf würden gerne unser altes Dieselfahrzeug gegen ein schadstoffärmeres austauschen. Wie können wir das angehen? Was ist das besser für uns, ein Elektrofahrzeug oder eines mit Gas?“ fragte Umweltgemeinderat Eduard Nicka beim Dialogforum. „In erster Linie ist es wichtig, sich zu fragen, für welchen Zweck das Fahrzeug verwendet wird“, beschreibt Clemens Piffel von Herry Consult, für klima:aktiv zum Fuhrparkmanagement, „beim Transport von großen Lasten ist derzeit Gas oder Biogas noch die bessere Variante. Doch im Allgemeinen können die Elektrofahrzeuge mit verschiedenen attraktiven Varianten sehr gut mithalten und in vielen Bereichen sehr gut eingesetzt werden“, so Piffel. Dazu gibt es auch Förderungen, zum Beispiel wird die Umrüstung von Fahrzeugen mit mehr als 3,5 Tonnen unterstützt, unter 3,5 Tonnen gibt es verschiedene Pauschalen, diese werden individuell vergeben. Ein weiterer Gast ließ durchklingen, dass die Antragsformulare für Förderungen nur schwer zu durchschauen seien und einen erheblichen Arbeitsaufwand benötigen. In

diesem Beispiel wurde die Förderung dann nicht beantragt. Anders hingegen ein weiteres Statement eines Bürgermeisters, er habe nicht locker gelassen und sich durch die Formulare gearbeitet und am Ende „hat es sich wirklich gelohnt“, war er erfreut. Ebenfalls im derzeitigen Förderprogramm sind E-Tankstellen, wenn sie mit Öko-Strom betrieben werden. Dies war für viele Gemeinden ein Anstoß, ihr Angebot auszuweiten und die Installation solcher in Betracht zu ziehen. Nach den Dialogen stand Umweltminister Niki Berlakovich den Teilnehmern Rede und Antwort. Gleich die erste Frage war: „Herr Minister, was fahren Sie privat für ein Auto?“ Mit Schmunzeln erklärte er, dass er privat gar kein Auto habe. „Ich gehe zu Fuß und im Dienst habe ich ein Elektroauto. In punkto Beschleunigung und Fahrgefühl hält es mit einem herkömmlichen Auto mit. Bei den Ampeln in Wien gewinne ich sogar den Start, selbst wenn neben mir ein Porsche steht, und wenn er mich dann auf längerer Strecke überholen würde, ist in Wien wieder die nächste Ampel rot; ich bin voll zufrieden mit dem Fahrzeug“, so der Minister.

Ausgezeichnet klima:aktiv

Umweltminister Berlakovich übergab im Anschluss der KOMMUNAL-Dialoge an Mattersburg, Eisenstadt und Stinatz Auszeichnungen für ihr Engagement im Klimaschutz.

Lehner-Studie zu den finanziellen Problemen der kleinen Gemeinden

Finanzielle Notlage schreit nach zusätzlichen Indikatoren

Die Gemeinden mit weniger als 2500 Einwohner sind nicht nur aufgrund der Wirtschaftskrise mit großen finanziellen Problemen konfrontiert. Eine Studie, die der Wirtschaftsforscher Prof. Gerhard Lehner im Auftrag des Gemeindebundes erstellt hat, zeigt deutlich, dass sich die Rahmenbedingungen für die kleinen Gemeinden seit 2001 stetig verschlechtert haben. KOMMUNAL bringt eine Zusammenfassung.

In den kleineren Gemeinden bis 2500 Einwohner zeigt sich in den letzten Jahren eine deutliche Abwanderungstendenz der Bevölkerung. Sie verloren zwischen 2001 und 2008 rund 33.000 Einwohner. Da die Verteilung der Ertragsanteile auf die einzelnen Gemeinden stark von der Bevölkerungszahl (und dem abgestuften Bevölkerungsschlüssel) geprägt ist, hat diese Abwanderung Einnahmefälle von rund 23 Millionen Euro verursacht. Sie konnten nur durch eine Anhebung der untersten Stufe des abgestuften Bevölkerungsschlüssels von 1 1/3 auf 1,5 kompensiert werden. Es ist damit zu rechnen, dass sich die Tendenz in der Bevölkerungsentwicklung künftig weiter fortsetzt und dämpfend auf die Ertragsanteile wirkt. Gleichzeitig müssen die Gemeinden dafür sorgen, dass die Rahmenbedingungen für die Bevölkerung und die

Die Gesamtausgaben der kleineren Gemeinden liegen zwar pro Einwohner unter dem Durchschnitt der Gemeinden, aber sie wachsen etwas stärker, weil sie versuchen (müssen), gewisse Nachteile zu kompensieren.

Unternehmungen verbessert werden, um dieser Entwicklung vorzubeugen. Das ist mit zusätzlichen Ausgaben verknüpft. Die Gemeinden sind daher mit einer wachsenden Enge in ihren Budgets konfrontiert.

Ausgaben

Die Gemeinden bis 2500 Einwohner gaben im Jahre 2008 insgesamt 4,81 Mrd. Euro aus, das entspricht 2194 Euro pro Einwohner. Seit 2002 sind die Aufwendungen dieser Gemeinden im

Jahresdurchschnitt um 2,7 Prozent gestiegen. Die Gesamtausgaben der Gemeinden (ohne Wien) betragen im Jahre 2008 16,81 Milliarden Euro, das sind 2592 Euro pro Einwohner. Die Ausgaben pro Kopf stiegen mit der Gemeindegrößenklasse. Die Zuwachsrate der Ausgaben der Gemeinden insgesamt lag in der Periode 2002 und 2008 bei 2,4 Prozent.

Die Gesamtausgaben der kleineren Gemeinden liegen damit zwar pro Einwohner unter dem Durchschnitt der Gemeinden, aber sie wachsen etwas stärker, weil sie versuchen (müssen), gewisse Nachteile zu kompensieren. Sie müssen trachten, durch die Bereitstellung einer leistungsfähigen kommunalen Infrastruktur und anderer Einrichtungen die Abwanderung zu stoppen und auch für Unternehmungen attraktiv zu bleiben bzw. zu werden. Die Ausgaben der Gemeinden konzentrieren sich auf drei Bereiche (kommunale Dienstleistungen, Bildung und Verwaltung). Auf sie entfallen insgesamt



etwa 60 Prozent des gesamten Ausgabenvolumens. An dieser Konzentration hat sich in den letzten Jahren nichts geändert. Die Gemeinden bis 2500 Einwohner gaben im Jahre 2008 für die **Verwaltung** 266 Euro pro Einwohner aus. Diese Aufwendungen liegen zwar höher als in den folgenden Größenklassen, aber sie sind dennoch deutlich geringer als im Durchschnitt der Gemeinden (311 Euro pro Einwohner). Diese Entwicklung lässt zwei Schlüsse zu. Zum einen besteht zwar offenbar eine gewisse Ausgabendegression, zum anderen aber sind gerade in den größeren Gemeinden die Ausgaben in der Verwaltung pro Einwohner deutlich höher als in den kleineren. Die oft vertretene Ansicht, dass Gemeindezusammenlegungen zu Einsparungen in der Verwaltung führen, lässt sich somit nicht belegen. Einer der ausgabenintensivsten Bereiche ist die **Bildung**. Der Schwerpunkt der Ausgaben liegt bei den Pflichtschulen, wo die Gemeinden nicht nur den Personalaufwand für die „Nichtlehrer“ zu tragen haben, sondern vor allem den

Die Ausgaben in den Gemeinden bis 2500 Einwohner sind deutlich gestiegen. Die Einnahmen konnten kaum Schritt halten.

gesamten Sachaufwand einschließlich der Investitionen. Bei den Kinderbetreuungseinrichtungen erbringen die Gemeinden den Großteil der Leistungen. Hier führt die Einführung der Gratiskindergärten zu einem Einnahmenausfall. Außerdem gewinnen im Angebot die Kinderkrippen an Bedeutung, die sehr ausgabenintensiv sind.

Die einzelnen Ausgabe-posten der Kommunen

Ein großer Teil der **Sozialausgaben** der Gemeinden dient der Mitfinanzierung von Sozialleistungen der Länder. Die Gemeinden bis 2500 Einwohner haben 2008 in diesem Bereich 158 Euro je Einwohner aufgewendet. Das ist zwar deutlich weniger als im Durchschnitt der

Ein großer Teil der Sozialausgaben der Gemeinden dient der Mitfinanzierung von Sozialleistungen der Länder. Die Gemeinden bis 2500 Einwohner haben 2008 in diesem Bereich 158 Euro je Einwohner aufgewendet.

Gemeinden, aber diese Aufwendungen engen dennoch den Budgetspielraum erheblich ein, zumal die Gemeinden kaum Gestaltungsmöglichkeiten besitzen. Da sich die Alterung der Bevölkerung in diesem Bereich deutlich spiegelt, sind bei gleichbleibenden Rahmenbedingungen die kleineren Gemeinden wahrscheinlich auch in Zukunft besonders betroffen. Die Pro-Kopf-Ausgaben weichen in den einzelnen Bundesländern aufgrund der unterschiedlichen gesetzlichen Bestimmungen stark voneinander ab.

Viele Gemeindespitäler sind von den Ländern übernommen worden. Das hat dazu geführt, dass die Ausgaben in einigen Gemeindegrößenklassen in den letzten Jahren rückläufig waren. Vergleiche sowohl zwischen den Gemeindegrößenklassen als auch im Zeitablauf sind daher wenig aussagekräftig.

Es zeigt sich, dass die Gesundheitsausgaben die kleineren Gemeinden zunehmend belasten. Die Spielräume werden dadurch

kleiner, zumal die Gemeinden bei diesen Ausgaben keinen Gestaltungsspielraum besitzen, weil diese Transfers von den Ländern vorgegeben werden. Die Ausgaben für **Verkehr**, insbesondere die Straßen, sind ein wichtiger Faktor der kommunalen Infrastruktur. Die Gemeinden bis 2500 Einwohner gaben 2008 216 Euro pro Einwohner in diesem Bereich aus, das sind fast zehn Prozent ihrer Gesamtausgaben. Die hohen Ausgaben der kleineren Gemeinden hängen damit zusammen, dass sie oft sehr flächengroß sind und über ein großes Gemeindestraßennetz verfügen, das gewartet werden muss.

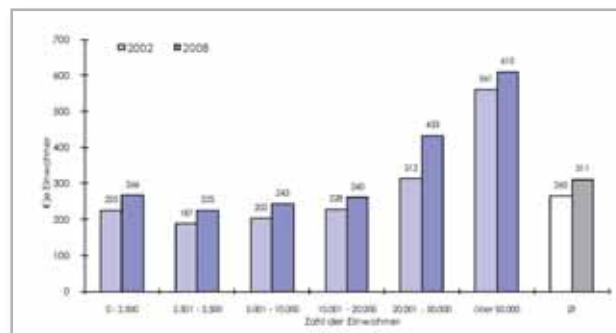
Auf die **kommunalen Dienstleistungen** entfällt fast ein Drittel der Gesamtausgaben.

In den kleineren Gemeinden sind die Ausgaben für die kommunalen Dienstleistungen zwar geringer als im Durchschnitt, aber sie steigen dort stärker als in den Gemeinden insgesamt. Die Ausgaben

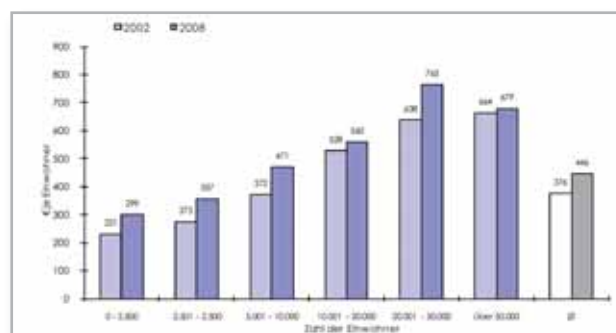
im Bereich **Finanzwirtschaft** sind bei den Kleinen deutlich geringer als in den Gemeinden insgesamt. Allerdings stiegen die Ausgaben in den kleineren Gemeinden im Jahresdurchschnitt etwas stärker als in den Gemeinden insgesamt. Wie stark die Höhe des durchschnittlichen Zinssatzes die Kleinen belastet, lässt sich an einem Beispiel zeigen: Wenn die kleineren Gemeinden den gleichen durchschnittlichen Zinssatz erreichen hätten können wie die Großen, wäre der Zinsaufwand für sie um etwa 16 Mio. Euro im Jahre 2008 geringer gewesen. Es wäre daher zu überlegen, das debt manage-

Die hohen Ausgaben der kleineren Gemeinden im Bereich Verkehr hängen damit zusammen, dass sie oft sehr flächengroß sind und über ein großes Gemeindestraßennetz verfügen, das gewartet werden muss.

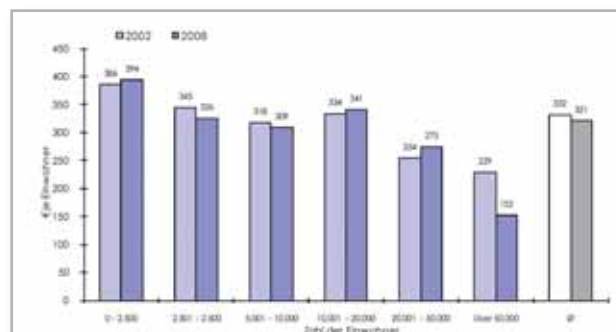
Ausgaben in der allgemeinen Verwaltung je Einwohner



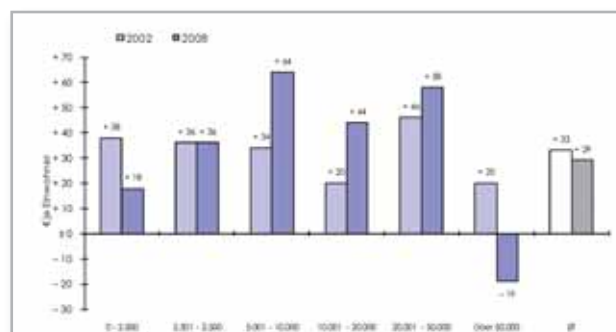
Personalausgaben je Einwohner



Investitionen pro Kopf



Finanzierungssaldo laut Maastricht je Einwohner



Quelle: Gemeindefinanzberichte 2007 und 2008

ment für die kleineren Gemeinden zu verbessern.

Die Kleinen geben pro Einwohner mit 299 Euro deutlich weniger für das **Personal** aus als die Gemeinden im Durchschnitt (446 Euro).

Es besteht zwar offenbar eine gewisse Ausgabende-
gression, zum anderen aber
sind gerade in den größeren
Gemeinden die Ausgaben in
der Verwaltung pro Einwoh-
ner deutlich höher als in den
kleineren. Die oft vertretene
Ansicht, dass Gemeindezu-
sammenlegungen zu Ein-
sparungen in der Verwal-
tung führen, lässt sich
somit nicht belegen.

Während es bei den Pro-Kopf-
Gehältern zwischen den
Größenklassen kaum Unter-
schiede gibt, haben größere Ge-
meinden nicht nur absolut, son-
dern auch relativ mehr Mitarbei-
ter. In den Gemeinden bis 2500
Einwohner kommen auf 1000
Einwohner acht Gemeindebe-
dienstete. Im Durchschnitt der
Gemeinden sind es hingegen elf.
Innerhalb des Personalstandes
lassen sich Verschiebungen zu
den Bediensteten in den Kinder-
betreuungseinrichtungen und in
den kommunalen Dienstleistun-
gen erkennen.

Pro Einwohner investierten die
Kleinen im Jahre 2008 394 Eu-
ro. Sie liegen damit um mehr
als 22 Prozent über dem Durch-
schnitt. Die hohen **Investitionen**
der kleineren Gemeinden lassen
sich auf zwei Ursachen zurück-
führen: Zum einen haben sie
weniger Ausgliederungen von
Einheiten in den marktbestimm-
ten Sektor vorgenommen, zum
anderen versuchen die kleinen
Gemeinden offenbar ihre Infra-
struktur zu verbessern, um an
Attraktivität zu gewinnen.
Der „**Maastricht-Saldo**“ der
kleineren Gemeinden entwickelt
sich deutlich schlechter als im
Durchschnitt der Gemeinden.
Im Durchschnitt der Gemeinden
ging der „Maastricht-Saldo“
zwar auch zurück, aber dieser
Rückgang war weniger stark
ausgeprägt als in den kleineren
Gemeinden. Der Saldo (Über-
schuss) pro Kopf ist in den
kleineren Gemeinden der
geringste aller Gemeinde-
größenklassen mit Ausnahme
der großen Gemeinden.

Transferleistungen zwischen Ländern und Gemeinden Gemeinden zahlen drauf

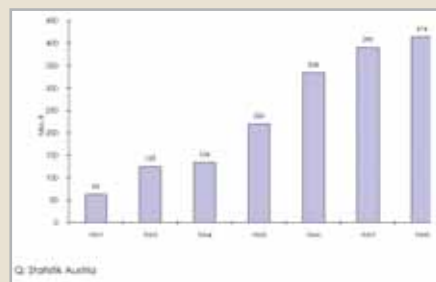
Die Transferverflechtungen zwi-
schen den Gemeinden (Gemein-
deverbänden) und den Ländern
(Landesfonds) sind sehr viel-
schichtig. Im Jahre 2008 zahlte
die Gemeindeebene um 414
Mio. Euro mehr an die Landes-
ebene als sie von dort bekam.
Das zeigt eine weitere Studie,
die der Wirtschaftsforscher Ger-
hard Lehner im Auftrag des Ge-
meindebundes erstellt hat. Die
Ausgaben der Gemeinden betru-
gen im Jahre 2008 1,9 Mrd. Eu-
ro. Ihnen standen Einnahmen
von den Ländern (Landesfonds)
von 1,48 Mrd. Euro gegenüber.
Von dem Saldo in Höhe von 414
Mio. Euro entfielen rund 224
Mio. Euro auf die Gemeinden
und 190 Mio. Euro auf die Ge-
meindeverbände.
In den letzten Jahren sind die
Verflechtungen deutlich enger
geworden. Die Ausgaben der

Gemeindeebene an die Länder
bzw. Landesfonds stiegen in der
Periode 2002 bis 2008 im Jah-
resdurchschnitt um 6,2 Prozent,
die Einnahmen hingegen nur
um 2,7 Prozent. Der deutliche
Anstieg des Saldos zu Lasten der
Gemeindeebene ist daher vor al-
lem auf die hohen Ausgabenstei-
gerungen zurückzuführen.
Der Saldo zu Gunsten der
Landesebene erschwert es den
Gemeinden (Gemeindeebene),
die im Rahmen des inneröster-
reichischen Stabilitätspaktes
vorgesehenen Ziele einzuhalten.
Durch diese Transfers wird der
Spielraum der Länder erweitert
und jene der Gemeinden einge-
schränkt.

Die Transfers der Gemeinden
lassen sich vorwiegend auf drei
Bereiche zurückführen, auf die
rund 90 Prozent der gesamten
Transfers der Gemeindeebene
an die Landesebene entfallen:
Erstens die Landesumlage. Sie
trifft zwar nicht alle Gemeinden
gleich, aber sie bringt doch ein
Aufkommen von rund 0,34 Mrd.
Euro. Die großen Komponenten
sind der Sozialbereich und die
Krankenanstalten. Die Gemein-
den können diese Ausgaben
jedoch nicht beeinflussen. Es
wäre daher zu überlegen, ob
nicht eine neue Aufgabenver-
teilung diese Probleme ent-
schärfen könnte, wobei etwa
die Gemeinden die Kinderbe-
betreuungseinrichtungen zur
Gänze finanzieren und ander-
erseits die Gemeinden keine Mit-
finanzierungen im Sozialbereich
und für die Krankenanstalten
leisten müssen.

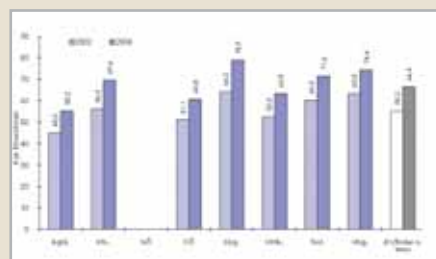
Dennoch könnten die Gemein-
den wahrscheinlich ihre finan-
zielle Position dadurch verbes-
sern, weil die Transfers der
Gemeindeebene zur Mitfinan-
zierung der Ausgaben der
Länder im Sozial- und
Krankenanstaltenbereich
deutlich höher sind als die
Aufwendungen für die
Kinderbetreuungseinrich-
tungen.

Transfersalden zwischen Gemeinden (Gemeindeverbänden) und Ländern (Landesfonds)



Quelle: Statistik Austria

Landesumlage pro Kopf



Quelle: Statistik Austria; Bevölkerung 2002; Volkszählung
2011, 2008: Registerzählung zum 31.10.2008

Studienreise des Österreichischen Gemeindebunds nach Belgien

50 Bürgermeister zu Gast in einem zerrissenen Land

Die zweite Bürgermeisterreise des Jahres 2010 führte ins Machtzentrum der Europäischen Union, der belgischen Hauptstadt Brüssel.

Bei vielen politischen Terminen und einem intensiven Gemeindebesuch stach vor allem eines ins Auge: Die Zerrissenheit des belgischen Staates, die Probleme zwischen Flamen und Wallonen dominieren den politischen Alltag.

Robert Hink

Im Jahr der Staatsgründung Belgiens, 1831, verfügte das Land über eine Gemeindestruktur, die der heutigen österreichischen Gliederung ähnlich ist. Inzwischen hat sich die Anzahl der Gemeinden von 2739 auf nun 589 reduziert. Die Zusammenlegung von Gemeinden ist auch heute noch ein politisch gewünschtes Ziel und wird vom belgischen Staat mit Geldprämien unterstützt. Bis zu 1,5 Millionen Euro zahlt die Bundesebene jenen Gemeinden, die sich für eine Fusion entscheiden, erfuhr die rund 50-köpfige Gemeindebund-Delegation bei einem Arbeitsbesuch im flämischen Innenministerium. Dem entsprechend liegt die durchschnittliche Einwohnerzahl einer belgischen Gemeinde derzeit bei 18.000 Einwohnern. Mehr als die Hälfte der Gemeinden hat zwischen 10.000 und 25.000 Einwohner. Auch in den Aufgaben unterscheiden sich die belgischen Gemeinden zum Teil sehr deutlich von den österreichischen Kommunen, wie die heimischen Bürgermeister bei einem Besuch der neuen Bürgermeisterin Marleen Mertens der Gemeinde Grimbergen nahe Brüssel feststellten. So ist etwa die Sicherheit Gemeindegasse, jede Gemeinde verfügt über einen eigenen Polizeiwachkörper, der auch bezahlt werden muss. Blankes

Erstaunen unter den Delegierten rief die Tatsache hervor, dass in Belgien etwa die Feuerwehren zwar auch Gemeindeangelegenheit sind, es jedoch in sehr vielen Gemeinden keine eigenen Wehren gibt.

Erstaunen rief auch die Tatsache hervor, dass etwa die Feuerwehren zwar auch Gemeindeangelegenheit sind, es jedoch in sehr vielen Gemeinden keine eigenen Wehren gibt. „Grimbergen, immerhin eine Stadt mit rund 35.000 Einwohnern, hat keine eigene Feuerwehr, sondern bedient sich der Wehr aus der Nachbargemeinde“, wunderte sich Gemeindebund-Vizepräsident Alfred Riedl. Die Kosten dafür sind enorm. Rund 40 Euro pro Einwohner und Jahr kostet Grimbergen die Feuerwehr. In Österreich liegt dieser Wert, trotz vielfacher Anzahl an Wehren, deutlich darunter. „In diesem Bereich gibt es in Belgien kaum Freiwillige“, weiß Gemeindebund-Chef Mödlhammer. „Wir fahren mit dem österreichischen System hier viel besser und zumindest um die Hälfte billiger.“ Schon vor dem Besuch in Grimbergen, am Beginn der Reise, hatten die österreichischen Bürgermeister ein höchst anspruchsvolles Programm zu absolvieren. Die meisten Teilnehmer waren aufgrund der frühen Flugzeiten schon um vier Uhr früh aufgestanden, der erste Tag war voll mit politischen Terminen und Ar-

beitsgesprächen auf europäischer Ebene. Beim Besuch des EU-Parlamentes und im Gespräch mit EU-Parlamentarier Paul Rübiger deponierte Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer auch die Forderungen der Gemeinden. „Die Verlängerung der Schwellenwerte-Verordnung ist auch ein europäisches Thema“, so Mödlhammer. „Hier wünschen wir uns die Unterstützung des EU-Parlamentes.“ Diese Forderung hatte Mödlhammer auch schon zuvor bei einem Treffen mit Wirtschaftskammer-Präsident Christoph Leitl deponiert und sich seiner Unterstützung versichert. „Es ist gerade in der Krise für die Wirtschaft und für die Gemeinden essentiell, dass die Vergabeverfahren im niederschweligen Bereich nicht ewig dauern“, so Mödlhammer. Auch die so genannten „Einheimischenmodelle“ standen auf der Agenda der Gespräche mit MEP Paul Rübiger und danach mit dem österreichischen EU-Botschafter in Brüssel, Hans-Dietmar Schweisgut. „Es gibt viele Gemeinden in Österreich, vor allem Tourismusgemeinden, in denen sich junge Familien Grundstücke zu Marktpreisen gar nicht mehr leisten können. Hier ist es notwendig, dass die Gemeinde auch



Dr. Robert Hink ist Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes



Arbeitsbesuch in der flandrischen Gemeinde Grimbergen bei der Bürgermeisterin Marleen Mertens. Das Stadtzentrum von Brüssel liegt etwa 10 Kilometer südlich.



Die Gemeindebund-Delegation zu Besuch im EU-Parlament.

Im Bild links die Spitzen des Gemeindebundes Vizepräsident Riedl, Präsident Mödlhammer, EU-Botschafter Schweisgut, Vizepräsident Schmid und der Autor.



Grundstücke für Einheimische zu besseren Konditionen anbieten kann, sonst nimmt die Flucht aus diesen Gemeinden zu“, so Mödlhammer.

Nicht zuletzt waren auch, vor allem im Gespräch mit Botschafter Schweisgut, der demnächst als EU-Vertreter nach Tokio geht, die finanziellen Sorgen der Gemeinden sowie die Zukunft der ländlichen Räume ein wichtiges Thema. „Die derzeitigen Verhandlungen zum Stabilitätspakt in Österreich werden von der Europäischen Union sehr genau beobachtet“, erklärte Schweisgut.

„Zur Bewältigung der Krise ist es wichtig, dass die Nationalstaaten ihre Budgets in den Griff bekommen. Daran hängt zum Teil auch die Frage, wieviel Geld für die neue Förderperiode von 2013 bis 2020 zur Verfügung steht.“

Nach einer kurzen Stärkung in der österreichischen EU-Botschaft in Brüssel ging es schließlich weiter zu einem weiteren Arbeitstermin, dieses Mal im flämischen Innenministerium. „Mir war nicht bewusst, wie groß die Zerrissenheit dieses Landes ist“, merkte ein Bürgermeister an. Tatsächlich ringt man in Belgien seit Monaten um eine neue Re-

gierung, die Spannungen zwischen dem nördlichen Landesteil Flandern, in dem niederländisch gesprochen wird, und dem südlichen Landesteil Wallonien, in dem französisch gesprochen wird, nimmt mit jedem Jahr zu. Den Flamen geht es wirtschaftlich besser, hier gibt es auch einen großen Anteil in der Bevölkerung, der sich für eine Loslösung von Belgien und Wallonien ausspricht. Dem entgegen stehen die Wallonier, die eine Trennung vehement ablehnen. Die Hauptstadt Brüssel wiederum – geografisch in Flandern gelegen – ist inzwischen weitgehend von den französischen Walloniern dominiert. „Ein fast unlösbares Dilem-



Eine herzliche Begrüßung erfuhre die Gemeindebund-Delegation durch EU-Parlamentarier Ernst Rübzig.

ma“, stöhnt Mödlhammer. „Ich bin froh, dass wir bei uns derartige Probleme nicht haben, das lähmt den gesamten Staatsapparat.“

Mit Stadtrundfahrten durch Brüssel und nach Brügge schließlich konnten die österreichischen Bürgermeister das Land auch touristisch ein wenig erkunden. Vor allem die Hauptstadt Brüssel ist strukturell und touristisch sehenswert. Das Machtzentrum der EU verfügt einerseits über zahllose Glaspaläste, andererseits über eine entzückende alte Innenstadt, aus einer Zeit, in der Brüssel nur 100.000 Einwohner hatte. Inzwischen sind es weit mehr als eine Million Bewohner und EU-Mitarbeiter, die sich in der europäischsten und internationalsten Metropole des Kontinents tummeln.

Ankündigung

Der Termin für die nächste Bürgermeister-Reise in eine EU-Rathauptstadt steht auch schon fest: Vom 18. bis zum 21. Mai 2011 führt die Reise in die ungarische Hauptstadt Budapest.

Brüssel und die „Open Days 2010“: Ein Erfahrungs- und Reisebericht

Europas Kommissar der Regionen und der „Zug zur Urbanität“

Jede Menge Prominenz, jede Menge Kameras, jede Menge Technik, höchste Sicherheitsstandards, aber auch Mangel an Deutsch-Dolmetschern bestimmten die Open Days 2010. KOMMUNAL war in Brüssel.

Hans Braun

Zwar war ich schon bei verschiedenen Plenartagungen des AdR in Brüssel, aber noch nie bei so einer Großveranstaltung. Und um es kurz zu machen: Wenn man aus der Nähe sieht, wie die Europäische Union funktioniert, muss man bei aller Skepsis ein bisschen Bewunderung verspüren. Die Open Days ermöglichen zudem den Zugang zu fast allen Institutionen der EU, sei es im Parlament, sei im Berlaymont, dem Sitz der Kommission, oder im Gebäude Charlemagne gleich daneben. Man ist zwar bei dem siebenten Security-Check oder so etwas genervt, aber man lässt es über sich ergehen. Dafür entschädigt das Programm: Ein Workshop folgt auf den anderen, eine Pressekonferenz löst ein Interview ab, dazwischen ein Empfang, kurze Gespräche an Info-Ständen diverser Städte und Regionen Europas. Und trotz der räumlichen Nähe der Gebäude hatte ich nach drei Tagen das Gefühl, eben einen Halbmarathon gelaufen zu sein. Man spürt aber an jeder Ecke, dass hier sozusagen „das Herz der Regionen Europas“ ist. Wie



Oben: Wie eine Kommandozentrale der Zukunft sieht der Presse-raum „Schuman“ der Europäischen Kommission aus. Jedenfalls ein beeindruckender Rahmen für die Journalisten.



Im Rahmen der Open Days unterzeichneten Elisabeth Kautz, Bürgermeisterin der Stadt Burnsville in Minnesota und Präsidentin der US-amerikanischen „Conference of Mayors“, und Mercedes Bresso, Präsidentin des AdR, ein „Memorandum of Understanding“. Darin geht es um transatlantische Zusammenarbeit im Kampf gegen den Klimawandel.

im Gespräch mit Österreichs EU-Kommissar Hahn deutlich wird, steht die Union am Beginn der Diskussion zu einer künftigen Struktur der Regionalpolitik nach 2013. „Wir werden in wenigen Wochen den Kohäsionsreport präsentieren, der Aufschluss über die künftige Regionalpolitik gibt“, so Hahn. Seiner Ansicht nach soll die Förderpolitik auch „künftig alle 271 Regionen Europas umfassen, nicht nur die

Österreichs EU-Kommissar Johannes Hahn war nicht nur ein beliebter Gesprächspartner während der Open Days. Sein Ressort ist auch eines der größten und bedeutendsten der Europäischen Union.

ärmeren Regionen. Und das nicht im Sinne einer Charitativpolitik, sondern meiner Meinung nach ist Regionalpolitik Investitionspolitik ohne eine Alternative.“ Was „Europa 2020“ bedeutet, ist auf einer eigenen Homepage nachzulesen. Was die neue Strategie beeinflussen wird, ist der Unterschied zwischen Stadt und Land. Hahn weist im Gespräch auf den hohen CO₂- (rund 80 Prozent am gesamten) und Energieverbrauch (rund 70 Prozent) der Städte hin, betont aber zugleich auch das Potenzial an Energiesparen und Energieeffizienz vor allem bei urbanen Gebäuden. Angesprochen auf die europaweit feststellbare Landflucht

meinte der Kommissar, dass es wohl regionale Kreativität braucht, um dem entgegen zu wirken. Er nennt die Regionen Almeria (Südspanien), Kiruna (Nordschweden) oder die Orkneys (Schottland) als Vorzeigebispiele. Unter dem Strich stellt Kommissar Hahn dann fest, dass „es doch einen gewissen Zug in Richtung Urbanität gibt“. Absoluter Höhepunkt aus kommunaler Sicht war aber die Abstimmung im AdR-Plenum (siehe auch Bericht auf Seite 26), wo es um eine Neuverteilung der Sitze im AdR nach einem Beitritt Kroatiens ging. Im Zuge dieser Diskussion tat sich eine zweite emotionale Differenz im AdR auf. Einerseits der Unterschied zwischen Stadt und Land, andererseits der zwischen großem und kleinem Mitgliedsland.

Und dann waren da noch die Munderfinger ...

Auch Österreich war mit einer Projektpräsentation vertreten. Die kleine Innviertler Gemeinde Munderfing hielt mit ihrem Projekt zu Nutzung erneuerbarer Energie Österreichs Fahne hoch. Auf www.opendays.europa.eu in der Rubrik „Theme C – Cohesion“ unter „Presentations“ ist der Vortrag von Munderfings Bürgermeister Martin Voggenberger und seines Projektleiters Erwin Moser nachzulesen. Die beiden „erlebten“ auch einen echten Misstand der EU: Das Fehlen eines Deutsch-Dolmetschers. Im Grunde ist es ganz einfach: Die EU kann nicht einerseits die Mitarbeit der Menschen wollen und andererseits aufhören, die

Sprache der Menschen zu sprechen. Niemand kann erwarten, dass der Bürgermeister einer kleinen Innviertler Gemeinde Business-Englisch spricht, ebenso wenig, wie das ein andalusischer Alcalde oder ein einfacher schwedischer Borgmästare können wird. Die Union muss die Menschen abholen, wo sie sind – und das in deren Sprache.

Mag. Hans Braun ist
Chefredakteur von KOMMUNAL

Web-Tipp

Alle Beiträge und Texte, alle Fotos und Videoberichte von den Open Days 2010 finden sich auf der Homepage www.opendays.europa.eu Zusätzliche Infos unter <http://ec.europa.eu/eu2020> <http://cor.europa.eu/>



Freuen sich mit den Gewinnern: Gemeindebund-Vizepräsident Ernst Schmid, Johann Mayr, EU-Kommissar Johannes Hahn, Peter Varygas, Florian Kasseroler, Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer, Alexandra Khoss vom Stadtdialog, IRE-Präsident Franz Schausberger, AdR-Präsidiumsmitglied und Europa-Delegierter des Gemeindebundes Erwin Mohr und Christian Gsodam vom AdR.

Peter Varygas aus Mörbisch ist Österreichs EU-Bürgermeister 2011

„Ich glaube an die europäische Integration ...“

„Österreichs EU-Bürgermeister des Jahres 2011“ kommt aus dem Burgenland: Peter Varygas aus Mörbisch konnte sich gegen 170 Ortschefs (sieben Prozent aller Bürgermeister/innen) durchsetzen und bekam den Titel von EU-Kommissar Dr. Johannes Hahn verliehen. Florian Kasseroler aus Nenzing (Vlbg.) wurde zum 1. EU-Vizebürgermeister Österreichs, Johann Mayr aus Wernstein am Inn (OÖ) zum 2. EU-Vizebürgermeister gekürt. Die drei Kandidaten hatten zuvor auf der sechsten Konferenz der Regionen und Städte in Salzburg ihre Ideen zu Europa präsentiert. Gewinner Peter Varygas sagte nach der Bekanntgabe des

Ergebnisses: „Ich glaube an die europäische Integration, weil sie auf dem Grundkonsens „nie wieder Krieg“ basiert. Als EU-Bürgermeister möchte ich dazu beitragen, das Europabewusstsein der Menschen zu verbessern und ganz konkret Schüleraustauschprogramme, grenzüberschreitende Aktionen und Sprachunterricht fördern.“ Unter den besten Teilnehmern wurden drei Finalisten gelost. Ihre Initiativen und Ideen für Europa wurden von einer Jury bewertet und so der Sieger ermittelt. Die Texte der drei Kandidaten sind auf der AdR-Website verfügbar: Europabürgermeister Peter Varygas und seine „Vizebürgermeister“ Florian

Kasseroler und Johann Mayr. Die Auszeichnung wurde von EU-Regionalkommissar Dr. Johannes Hahn und dem Präsidenten des Österreichischen Gemeindebundes, Helmut Mödlhammer, vergeben. Peter Varygas wird im Dezember mit einer Delegation nach Brüssel reisen, um dort seine Gemeinde und deren Europaprojekte vorzustellen. Alle Hintergrundinfos, Teilnehmerstatistiken und Videos mit EU-Kommissar Dr. Johannes Hahn, Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer und dem Bürgermeister der Stadt Salzburg, Dr. Heinz Schaden, auf www.cor.europa.eu/austria



Erweiterung: Emotionale Diskussionen im Ausschuss der Regionen

Dieser Streit war absehbar ...

Seit dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon gab es im Ausschuss der Regionen eine Arbeitsgruppe, die sich mit der zukünftigen Zusammensetzung dieses Organs beschäftigte. Ein heikles Thema, denn der Vertrag von Lissabon legt eine Obergrenze von 350 Mitgliedern fest – und die würde mit dem Beitritt Kroatiens 2011 überschritten.

Daniela Fraiss

Der Vertrag von Lissabon enthält überdies eine Bestimmung, wonach der für die Beschlussfassung zuständige Rat die Zusammensetzung regelmäßig überprüft und dabei unter anderem der demografischen Entwicklung Rechnung zu tragen hat. Derzeit zählt der AdR 344 Mitglieder, das heißt die Mitgliederobergrenze wäre bei der nächsten EU-Erweiterung überschritten. Um die Entscheidung über seine Zukunft nicht allein dem Rat zu überlassen, machte sich der AdR selbst daran, für den Fall des Falles schon einmal eine Empfehlung für die künftige Zusammensetzung auszuarbeiten – eine Vertragsgrundlage dafür gibt es, im Gegensatz zum EU-Parlament, freilich nicht. Aber nichts schwerer als das,

Schon im sogenannten Ad-hoc-Ausschuss kam es zu äußerst emotionalen Diskussionen, zumal jeder Mitgliedstaat nur einen Vertreter in diesen Ausschuss entsandte.

denn die Lesarten der entsprechenden Vertragsbestimmungen waren äußerst unterschiedlich. Während große Mitgliedstaaten, die sich im AdR unterrepräsentiert fühlen, in der Bestimmung des Art. 300 AEUV einen klaren Auftrag sahen, die derzeitige Zusammensetzung zur Diskussion zu stellen und die Sitzverteilung besser an die Bevölkerungszahl zu koppeln, konnten kleine und mittlere Staaten dieser Interpretation nichts abgewinnen. Folglich kam es bereits im sogenannten Ad-hoc-Ausschuss, der eine Empfehlung für

die zukünftige Zusammensetzung ausarbeiten sollte, zu äußerst emotionalen Diskussionen, zumal jeder Mitgliedstaat – egal ob groß, mittelgroß oder klein – nur einen Vertreter in diesen Ausschuss entsandte. Österreich war in dieser im Februar 2010 eingesetzten Kommission durch den Gemeindebund-Delegierten Erwin Mohr vertreten. Er musste mehr als einmal als Vermittler auftreten, um teils festgefahrene Positionen zu lockern und persönliche Ressentiments zu beschwichtigen. Immerhin teilte Österreich die Position der kleinen und mittleren Staaten, die nur im Fall zukünftiger Erweiterungen Sitze abgeben wollen, während Deutschland und andere große Staaten in jedem Fall eine Neuverteilung der Sitze anstrebten. GR Mohr wurde von der Gruppe der Kleinen und Mittleren immer wieder als Sprachrohr und Vermittler ausgeschickt, hatte dabei für sein deutschsprachiges Gegenüber aber selten gute Nachrichten im Gepäck. Erwartungsgemäß spiegelte der aus der Ad-hoc-Kommission hervorgehende Vorschlag, der am 6. Oktober 2010 im Plenum abgestimmt wurde, daher eher die



Mag. Daniela Fraiss
ist Leiterin des
Brüsseler Büros des
Österreichischen
Gemeindebundes



Foto: Ausschuss der Regionen

Der AdR tagt im großen Sitzungssaal des Europäischen Parlaments in Brüssel – ein imposantes Bild.

Interessen jener wider, die an einer Beibehaltung des Status quo interessiert waren und in der Frage der Sitzverteilung keine Parallele zum Europäischen Parlament erkennen konnten. Deshalb brachte die „Gegenseite“ Änderungsanträge für die Abstimmung im Plenum ein und hoffte, die Karten so neu zu mischen. Die teils auch hochgespielte Brisanz des Themas sorgte für eine unglaubliche Mobilisierung der Mitglieder, der Plenarsaal war um neun Uhr Früh so gut gefüllt wie schon lange nicht. Die von AdR-Präsidentin Bresso geleitete Sitzung verlief dann auch

►► weiter auf Seite 28

Fakten:

Zusammensetzung des EU-Parlaments

Das EU-Parlament setzt sich nach dem Prinzip der degressiven Proportionalität zusammen und legt Unter- und Obergrenzen fest. Die kleinsten Mitgliedstaaten haben Anspruch auf mindestens sechs Abgeordnete, Deutschland als größter Mitgliedstaat auf 96 Sitze. Auch im Fall des EU-Parlaments erlässt der Rat einen Beschluss über dessen Zusammensetzung, wobei dieser auf eine Empfehlung des Parlaments zurück geht und vom Parlament auf jeden Fall zu billigen ist.



In Umsetzung der Initiative von Außenminister Michael Spindelegger

Informationsreise für „Europa-Gemeinderäte“ in die „Hauptstadt Europas“

Ausgehend von den Vorschlägen der GemeindevertreterInnen freuen wir uns, den neuen Europa-Gemeinderäten – als Teil des Service-Paketes des Außenministeriums und der Vertretung der Europäischen Kommission – Informations- und Bildungsreisen zu den EU-Institutionen nach Brüssel zu ermöglichen. Im Wege der Europa-Verwaltungspartnerschaft wird eine erste Brüsselreise vom **8. bis 10. De-**

zember 2010 stattfinden. Ein attraktives Programm, das für Gemeinden relevante Themen berücksichtigt und Gespräche unter anderem mit dem österreichischen EU-Kommissar Johannes Hahn, mit österreichischen Mitgliedern im Europäischen Parlament und im Ausschuss der Regionen beinhaltet, ist in Vorbereitung.

Geplant ist, dass die EU-Gemeinderäte auch mit den Ansprechpartnern in den jeweiligen Bundesländer-Vertretungen in Brüssel zusammentreffen und diese kennenlernen.

Ziel der Reise ist eine bessere Vernetzung sowie ein direkter Informations- und Meinungsaustausch mit Vertretern in den EU-Institutionen, aber auch unter den Europa-Gemeinderäten selbst.

Infos und Anfragen an E-Mail:

abt13@bmeia.gv.at

Achtung: Die Teilnehmerzahl ist begrenzt.



Brüssel – das „Nervenzentrum“ Europas – ist jedenfalls auch abseits der Institutionen der Europäischen Union eine Reise wert.

Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten



EUROPÄISCHE KOMMISSION
VERTRETUNG IN ÖSTERREICH

äußerst emotional. Noch vor der Abstimmung meldeten sich Vertreter aus Dänemark, Italien, Irland, Frankreich, Großbritannien und Belgien zu Wort, wobei die Wortmeldung des irischen Vertreters besonders hervorzuheben ist. Er argumentierte nämlich mit den zwei irischen Referenda zum Lissabon-Vertrag und mit den dort geschürten Ängsten, kleine Mitgliedstaaten würden ihre Stimme in Europa verlieren und gegen eine Übermacht großer Staaten nichts mehr zu sagen haben. Die irischen AdR-Mitglieder hätten im Vorfeld der Abstimmungen selbst an vorderster Front Überzeugungsarbeit geleistet und sich deshalb auch im AdR für das Kompromisspapier eingesetzt. Beinahe mit Tränen in den Augen wurde um Unterstützung dieses Papiers geworben. Die Abstimmung der 14 Änderungsanträge, die zum Großteil von einer Koalition von Vertretern größerer Mitgliedstaaten eingebracht worden waren, ging dann erstaunlich eindeutig aus: Sämtliche Anträge wurden mit Zweidrittelmehrheit abgelehnt, die Quoren reichten von 144 zu 92 bis 190 zu 62 Stimmen. Das endgültige Dokument wurde noch immer mit 153 zu 101 Stimmen angenommen, d. h. auch hier ein relativ klares Votum für das Konsenspapier. Rein rechtlich ist dieses Dokument jedoch eine unverbindliche Empfehlung des Ausschusses der Regionen an EU-Kommission

Anträge wurden mit Zweidrittelmehrheit abgelehnt, das endgültige Dokument mit 153 zu 101 Stimmen angenommen. Rein rechtlich ist das Dokument jedoch eine unverbindliche Empfehlung des AdR an EU-Kommission und Rat.

und Rat. Gemäß Art. 300 Abs. 5 AEUV erlässt der Rat seinen Beschluss auf Vorschlag der Kommission, von einem Vorschlag des AdR selbst ist nicht die Rede. Das bedeutet, um mit den Worten so mancher AdR-Mitglieder nach der Abstimmung zu sprechen: „Der Kampf geht weiter“ oder „The show must go on“ ...



„Wie können Gemeinden und Regionen trotz Krise ihre Leistungen weiterhin erbringen?“ Das war die Gretchenfrage, der gleich mehrere hochkarätig besetzte Podien in Salzburg nachgingen. Tenor der Antworten: Mehr Kooperation, besseres Management und stärker aufeinander abgestimmte Programm der EU.

6. Konferenz Europäischer Regionen und Städte Sparen geht am leichtesten mit Kooperationen

Kooperationen über Gemeinde- und Regionengrenzen hinweg sind die wirksamste Möglichkeit, um in Zeiten sinkender Einnahmen und steigender Ausgaben wirkungsvoll zu sparen und die Leistungen für die Bürger weiterhin zu erbringen. Das war die Kernaussage der Referenten und Teilnehmer der 6. Konferenz Europäischer Städte und Regionen, die Ende September in Salzburg stattfand. Rund 250 Personen aus 22 europäischen Ländern nahmen an der vom Institut der Regionen Europas (IRE) organisierten Tagung teil.

„Die Forderung nach mehr Zentralisierung und die Schwächung des Föderalismus sind der falsche und unintelligenteste Weg, den man einschlagen könnte“, so IRE-Vorsitzender Franz Schausberger. Der Schlüssel zu Einsparungen wäre eine verstärkte interkommunale und interregionale Zusammenarbeit. Als Beispiele nannte Schausberger Wirtschafts- und Bauhöfe, Standesämter oder den Gesundheitsbereich. Die Gemeinden

und Regionen hätten lange Zeit über ihre Verhältnisse gelebt und teure Strukturen aufgebaut. Nun laute das Gebot der Stunde nicht Abschaffen, sondern Zusammenarbeiten, sagte Schausberger weiter. Regionale Kooperationen wären ein wichtiges Thema, meinte auch der für die Regionalpolitik zuständige EU-Kommissar Johannes Hahn. Für die Menschen seien Grenzen längst verschwunden.

Die Kooperationen im Gesundheitsbereich scheiterten oft an unterschiedlichen Gesetzeslagen oder der Verrechnungsmöglichkeit mit den Sozialversicherungen, wenn es um grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Schwerpunktsetzung gehe, erklärte die ehemalige Gesundheitsministerin Andrea Kdolsky, nun bei PwC Wien.

Unter den Teilnehmern waren neben Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer auch hochrangige Vertreter von weiteren 21 Staaten Europas. Mehr Infos und Fotos auf www.institut-ire.eu

SOKO KFZ – ein unverzichtbares Element im Kampf gegen den Kfz-Diebstahl

Europäischer Spitzenwert: Rückgang von über 50 Prozent

Am 4. Oktober 2009 wurde die SOKO KFZ mit Sitz im Burgenland ins Leben gerufen. Seit ihrer Gründung ist die Zahl der Kfz-Diebstähle in Österreich deutlich zurückgegangen: Mit einem Rückgang um 51,9 Prozent im 3. Quartal 2010 befindet sich Österreich europaweit in einer Spitzenposition.

So wurden in den ersten drei Quartalen 2010 um 2067 weniger Personenkraftwagen gestohlen als in den ersten drei Quartalen 2009 (2009: 3982; 2010: 1915). „Viele haben mich belächelt und kritisiert, als ich 2009 die SOKO OST ins Leben gerufen habe. Viele Erkenntnisse, die wir durch die SOKO OST ermitteln konnten, sind in die SOKO KFZ eingeflossen und haben diese zu einem Erfolgsrezept gemacht“, so Innenministerin Maria Fekter.

Für den Rückgang der Kfz-Diebstähle sind viele Faktoren verantwortlich: zum Beispiel Schwerpunktkontrollen an strategisch wichtigen Stellen, die massive Erhöhung des Fahndungsdrucks, die Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit und die vermehrte Polizeipräsenz auf den Straßen.

„Ein erheblicher Teil des Erfolgs geht aber in erster Linie auf die Ermittlungsarbeit und das Know-how der Mitarbeiter der SOKO KFZ zurück. Durch ihre Ermittlungen ist es gelungen, die Strukturen zahlreicher Tätergruppen



Copyright: BMI/Egon WEISSHEIMER

EKIS-Abfrage im Rahmen einer Schwerpunktaktion der SOKO KFZ.

zu zerschlagen und in die obersten Führungsebenen vorzudringen“, sagte Fekter.

Errichtung einer zweiten SOKO KFZ in Linz

Die SOKO KFZ gilt mittlerweile als die zentrale Anlaufstelle für alle Bereiche zum Thema Kfz-Diebstahl in Österreich.

„Dennoch bin ich noch nicht am Ziel: Jedes Auto, das in Österreich gestohlen wird, ist eines zuviel. Ich werde daher den Kampf gegen den Kfz-Diebstahl weiter verstärken und eine zweite SOKO KFZ einrichten“, sagte Fekter.

Die zweite SOKO KFZ wird aufgrund der geografischen Lage in Oberösterreich (Linz) installiert. Beide SOKO werden künftig mit Unterstützung des Bundeskriminalamts und der Sicherheitsdirektionen und Landeskriminalämter sehr eng strategisch, operativ und analytisch zusammenarbeiten und sich gegenseitig unterstützen. „So wie die SOKO KFZ im Burgenland wird sich auch die neue SOKO in erster Linie auf Struktur- und Intensivtäterermittlungen konzentrieren“, sagte Fekter. Ihr Ziel ist es, die Hintermänner auszuforschen und die Organisation zu zerschlagen – sowohl im In- als auch im Ausland. Mehr auf www.bmi.gv.at

Bundesweiter Probealarm Österreichs Sirenen funktionieren

Anfang Oktober wurde der jährliche bundesweite Zivilschutz-Probealarm durchgeführt. Zwischen 12.00 und 12.45 Uhr wurden nach dem Signal „Sirenenprobe“ die drei Zivilschutzsignale „Warnung“, „Alarm“ und „Entwarnung“ in ganz Österreich ausgestrahlt. Die Ergebnisse des Zivilschutz-Probealarms sind auch heuer wieder sehr zufriedenstellend. 8193 Sirenen wurden auf ihre Funktionstüchtigkeit getestet, wobei 99,29 Prozent der Sirenen einwandfrei funktionierten. Keine Ausfälle gab es im Burgenland, Bestwerte gab es auch in Oberösterreich (ein Ausfall bei 1410 Sirenen) und in Niederösterreich (drei Ausfälle bei 2450 Sirenen). In den anderen Bundesländern kam es zu lediglich geringen Ausfällen. Allgemein lagen die Ausfälle in den Bundesländern bei etwa 0,71 Prozent (2009 bei 0,36 Prozent).



Foto: KOMMUNAL

Ich freue mich, dass ich nach einem Jahr SOKO KFZ eine äußerst positive Bilanz über ihre Arbeit ziehen kann. Eine Bilanz, die sowohl im In- als auch im Ausland für Anerkennung sorgt.

Innenministerin Dr. Maria Fekter



Zertifikate für die „Familienfreundlichsten Gemeinden Österreichs“

Stärkung der „Infrastruktur der Menschlichkeit“

Im Rahmen eines Festaktes im Palais Niederösterreich in Wien wurden Ende September insgesamt 46 Gemeinden aus ganz Österreich von Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer und Familienstaatssekretärin Christine Marek für ihr Engagement in Sachen Familienfreundlichkeit ausgezeichnet. KOMMUNAL war dabei.

Die Gemeinden haben im Rahmen des Audits familienfreundliche Gemeinde generationenerecht und nachhaltig familienfreundliche Maßnahmen erarbeitet und umgesetzt. Sie schafften mit einem Ja zur Familienfreundlichkeit ein Mehr an Miteinander, Kommunikation und Identifikation. „Besonders in ländlichen Regionen ist die familienfreundliche



Die Beteiligung beim Audit familienfreundliche Gemeinde ist eine Stärkung der „Infrastruktur der Menschlichkeit“ in der Gemeinde.

Gemeindebund-Präsident
Helmut Mödlhammer

Ausrichtung ein wichtiger Faktor im Kampf gegen die Abwanderung“, so Christine Marek. „Viele Gemeinden konnten diese dank des Audits bereits nachweislich stoppen und verzeichnen zum Teil bereits eine Zuwanderung

junger Familien. Das Audit leistet hier einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Gemeinden und Regionen. Wer in eine familienfreundliche Infrastruktur investiert, erlangt dadurch auch einen Standortvorteil. Immer mehr Gemeinden erkennen, dass Familienfreundlichkeit ein Erfolgsfaktor ist und sich auszahlt.“

Der Präsident des Österreichischen Gemeindebundes, Helmut Mödlhammer, definiert das Audit familienfreundliche Gemeinde als Stärkung der „Infrastruktur der Menschlichkeit“ in der Gemeinde. Das Netzwerk der Generationen ist vor allem in wirtschaftlich schwierigen Zeiten für ein erfolgreiches Wirtschaften einer Gemeinde immer wichtiger. Die ausgezeichneten Gemeinden haben eine Vielzahl von nachhaltigen Maßnahmen, von der Errichtung eines Generationenhauses über die Schaffung einer Jugend- und Seni-



Fotos: Werner Braun

46 Gemeinden nahmen Aufstellung zum Gruppenfoto. Stolz präsentierten sie die Zertifikate und die Zusatztafeln, die sie ab nun bei den Ortstafeln führen dürfen.

orenbörse bis zu Vernetzungsmaßnahmen für Seniorinnen und Senioren, Jugendlichen und Migranten, beschlossen und umgesetzt. „Die verschiedensten Generationen haben viele Stunden an Freiwilligenarbeit für ihren Lebensraum Gemeinde investiert, und dafür gilt es, allen Gemeinden Danke zu sagen“, so Marek und Mödlhammer.

46 Preisträger aus ganz Österreich

Von den Preisträgern sind 20 aus Oberösterreich, acht aus Salzburg, jeweils fünf aus Niederösterreich und der Steiermark, jeweils drei aus Vorarlberg und Kärnten und zwei aus dem Burgenland. 32 Gemeinden bekommen das Grundzertifikat verliehen. Sie haben sich für Familienfreundlichkeit entschieden und werden eine Fülle von Maßnahmen umsetzen. 13 Gemeinden sind schon drei Jahre dabei, haben bereits eine Vielzahl an familienfreundlichen Maßnahmen umgesetzt und bekommen ihr 1. Zertifikat. Die Kärntner Gemeinde Moosburg ist schon über sechs Jahre im Auditprozess und erhält als erste Gemeinde Österreichs somit das zweite Zertifikat.

Das Audit familienfreundliche Gemeinde

Das Audit familienfreundliche Gemeinde ist ein kommunalpolitischer Prozess, der die Gemeinden unterstützt, ihre Familienfreundlichkeit systematisch zu überprüfen und weiterzuentwickeln. Zudem fördert es auch die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Gemeinde als Lebensraum aller Ge-

Immer mehr Gemeinden erkennen, dass Familienfreundlichkeit ein Erfolgsfaktor ist und sich auszahlt – allein durch den Standortvorteil.

Familienstaatssekretärin
Christine Marek



nerationen. Die Gemeinden werden für die nachhaltige Sicherung der Familienfreundlichkeit von der Republik Österreich mit dem staatlichen Gütezeichen familienfreundliche Gemeinde ausgezeichnet. Teilnahmeberechtigt ist jede österreichische Gemeinde, Marktgemeinde, Stadtgemeinde und Stadt mit eigenem Statut. Im Rahmen des Audits wird der Ist-Stand der familienfreundlichen Maßnahmen evaluiert und

für jede Gemeinde daraus individuell ein Soll-Stand ermittelt. Hierauf folgt ein Gemeinderatsbeschluss zur Umsetzung der Maßnahmen und die Verleihung des Grundzertifikates familienfreundliche Gemeinde. Im Rahmen eines dreijährigen Prozesses werden die Maßnahmen umgesetzt, und anschließend wird von einer unabhängigen Begutachtungsstelle die Umsetzung überprüft. Im Fall einer positiven

Begutachtung wird die Gemeinde mit dem Vollzertifikat familienfreundliche Gemeinde, einem staatlichen Gütezeichen, ausgezeichnet. Alle drei Jahre ist

eine Rezertifizierung mit neuen Maßnahmen möglich. Seit 2009 gibt es eine enge Kooperation der Familie & Beruf Management GmbH und dem Österreichischen Gemeindebund. Der Gemeindebund übernimmt bei dieser Kooperation vor allem Aufgaben im operativen Bereich und verstärkt als kommunale Plattform die Zusammenarbeit mit den Gemeinden. Mehr Infos und alle Fotos auf www.gemeindebund.at

Aufbruchstimmung im Westen

Familien stärken Lebensraum

Nach Abhaltung zweier Auditseminare *familienfreundlichegemeinde* in Bregenz und Innsbruck war das Echo in Vorarlberg und Tirol klar vernehmbar. In wirtschaftlich schwierigen Zeiten wollen die Gemeinden wissen, was vorhanden ist und wie man die Ressourcen effizient einsetzen kann. Der Lebensraum Gemeinde wird durch die Stärkung der Familie in der Gemeinde gestärkt.

Vorarlberg hat punkto Familienfreundlichkeit bereits seit vielen Jahren eine Vorreiterrolle. Bereits 78 von 96 Gemeinden haben bei dem Landesprojekt familiengerechte Gemeinde mitgemacht. Die Vorarlberger Gemeinden sind sensibilisiert und streben nach Aktualisierung und Reevaluierung der umgesetzten familienfreundlichen Maßnahmen. Das Audit *familienfreundlichegemeinde* bietet als Evaluierungskonzept mit Nachhaltigkeit diese Voraussetzungen.

Denn die klassische Familienstruktur hat sich stark verändert. Die Großfamilien gibt es nicht mehr, Großeltern und Enkelkinder wohnen oft weit entfernt. Die Unterstützungsangebote wie Kinder- und Jugendbetreuung, früher von den Familien durchgeführt, werden immer mehr in die öffentliche Hand gelegt. LR Greti Schmid appelliert, dass „Prophylaxe besser ist als Reparatur“, Vorarlberger Gemeinden engagieren sich seit jeher für Familienförderung.

Auch der Vizepräsident des Tiroler Gemeindeverbandes, Bgm.

Rudolf Nagl, betonte, dass die Förderung und Sicherung der Familie in der Gemeinde sehr wichtig ist. Ähnlich wie in Vorarlberg, führt auch Bgm. Nagl an, dass die traditionelle Familienstruktur – er selbst war eines von elf Kindern – sich stark gewandelt hat. Die Abwanderung der Jugend ab 16 Jahren, aber auch der Jungeltern mangels Arbeitsplätzen und günstigen Wohnmöglichkeiten als auch die Entwurzelung der Seniorinnen und Senioren stellt die Gemeinden immer häufiger vor große Herausforderungen. Das Audit *familienfreundlichegemeinde* leistet hier einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Gemeinden und Regionen. Das Audit wird als Brückenschlag der Generationen empfunden, da bei der Erarbeitung von familienfreundlichen Maßnahmen alle Generationen eingebunden werden. Den Problemen Vandalismus und Ausgrenzung ist mit der Einbindung der Zielgruppe zu begegnen. Das Audit *familienfreundlichegemeinde* wird von den Gemeinden zunehmend herangezogen, um genau diese The-

men zu visualisieren, gemeinsam mit den betroffenen Zielgruppen Lösungen zu erarbeiten und die Umgebung zu sensibilisieren. Auch die bedarfsgerechte Kinderbetreuung ist von zentraler Bedeutung für die Familienfreundlichkeit. Durch das BM für Wirtschaft, Familie und Jugend werden bedarfsgerechte Kinderbetreuungsprojekte privater, gemeinnütziger Träger zusätzlich mit rund 700.000 Euro jährlich gefördert. Alle Informationen zu diesem Thema erhalten Sie bei den Informationsworkshops in Tirol und Oberösterreich sowie auf der Interpädagogica-Messe in Linz bei Messestand 116.

Workshoptermine

- „Bedarfsgerechte Kinderbetreuung“
- ▶ 17. 11. in Innsbruck, Tirol
 - ▶ 11., 12. und 13. 11. in Oberösterreich bei der Interpädagogica-Messe in Linz

Alle weiteren Infos unter www.familieundberuf.at

Information

Familie & Beruf Management GmbH



Ansprechpartnerinnen:
Heike Trammer
heike.trammer@familieundberuf.at



Mag. Johanna Czech
johanna.czech@familieundberuf.at



Tel. 01/218 50 70
Web: www.familieundberuf.at

Österreichischer Gemeindebund
Tel.: 01/512 14 80-20
Ansprechpartnerin:
Mag. Anna Nödl-Ellenbogen
anna.noedl-ellenbogen@gemeindebund.gv.at
Web: www.gemeindebund.at

Familienpolitische Fachtagung am 11. und 12. 11. 2010



Die Gemeinden versuchen zunehmend, ihre durch Haushaltskürzungen beschnittenen Handlungsmöglichkeiten wieder zu erweitern, indem sie sich vernetzen. Im Rahmen dieser Tagung soll die Vernetzung innerhalb der Gemeindepolitik erörtert und auch unter den Gemeinden als zentrale Aufgabe moderner Gemeindepolitik besprochen werden, um Gemeinden noch attraktiver für Familien zu gestalten. Informationen zur Anmeldung sowie den Vorträgen und Workshops finden Sie unter: www.familienakademie.at



Fonds Gesundes Österreich fördert Gemeinde-Projekte

Gemeinsam gesund in Gaflenz

Der Fonds Gesundes Österreich betreibt einen Schwerpunkt Herz-Kreislauf-Gesundheit. Ziel des Schwerpunkts ist es, die Österreicherinnen und Österreicher zu einem gesünderen Lebensstil zu motivieren und gesunde Lebenswelten zu schaffen.



Ein Kernelement dieser Strategie ist die Initiierung und Förderung von Projekten auf kommunaler Ebene im Setting Gemeinde. Dazu wurde speziell für Gemeinden eine eigene Förderschiene im Fonds Gesundes Österreich eingerichtet. Es ist dafür ein Kostenrahmen vorgesehen, wovon der Fonds Gesundes Österreich 50 Prozent übernimmt. Je nach Gemeindegröße können Projekte in folgender Gesamthöhe beantragt werden.

- Gemeinden bis 2000 Einwohner/innen: € 5.000,- bis 10.000,-
- Gemeinden bis 10.000 Einwohner/innen: € 7.500,- bis 15.000,-
- Gemeinden über 10.000 Einwohner/innen: € 10.000,- bis 20.000,-

Gefördert werden:

- Projekte zum Thema Herz-Kreislauf-Gesundheit mit einer Laufzeit von 12 – 18 Monaten
- Projekte mit einem Projekt-titel, der an die Kampagne des Fonds Gesundes Österreich (Mein Herz und ich. Gemeinsam gesund) anknüpft
- Projekte mit Maßnahmen, die Bewegung, Ernährung, seelische Gesundheit betreffen, wobei ei-

„Ferdie und Dorli“ erklären Kindern gesunde Ernährung.

ne thematische Schwerpunktsetzung möglich ist. Die Einreichung erfolgt im Rahmen des Projektguides unter www.info.projektguide.fgoe.org

Gemeinsam gesund in Gaflenz

Die Gemeinde Gaflenz hat bereits von der Fördermöglichkeit des Fonds Gesundes Österreich Gebrauch gemacht und führt seit März 2010 mit finanzieller Unterstützung durch den Fonds Gesundes Österreich das Projekt Gemeinsam gesund in Gaflenz durch.

Schlau und gesund mit Ferdi und Dorli

Mit den Veranstaltungen etc. richten sich die Projektverantwortlichen vor allem an die erwachsene Bevölkerung der oberösterreichischen Gemeinde. Für Kinder gibt's ein spezielles Programm: Schlau und gesund mit Ferdi und Dorli. Ernährung- und Bewegungsthemen werden kindgerecht und anschaulich aufbereitet und auf der Website www.schlau-und-gesund.at sowie mittels Buch vermittelt. Auch Eltern und Pädagogen/innen finden Anregungen

für Bewegungsspiele, Infos über Lebensmittel und darüber, was von Kinder-Lebensmitteln zu halten ist, und jede Menge Rezepte.

Projektzeitung Herzblatt

Zentrales Element ist die Projektzeitung Herzblatt. Mit dieser Zeitung wird die Bevölkerung regelmäßig über alle Aktivitäten informiert, Veranstaltungen, Vorträge und Workshops werden rechtzeitig angekündigt und nach deren Abschluss wird darüber berichtet. Das Herzblatt wird gemeinsam mit der Gemeindezeitung verteilt.

Information und Kontakt

Ihre Ansprechpartner bei Fragen zur Einreichung

Mag. Rita Kichler
Tel.: 01 / 895 04 00 -13
E-Mail: rita.kichler@goeg.at



Mag. Edith Bierbaumer
Tel.: 01/895 04 00 - 23
E-Mail: edith.bierbaumer@goeg.at





Umweltminister Niki Berlakovich beim Aufladen seines Elektro-Dienstwagens.

E-Ladestationen: klima:aktiv mobil-Förderaktion für Gemeinden

Bis 2020 sollen 250.000 E-Autos auf Österreichs Straßen fahren

Das Lebensministerium forciert die Markteinführung umweltfreundlicher Elektromobilität. So wurden bereits 2500 Elektrofahrzeuge gefördert und vier Millionen Euro an Förderungen für die Elektromobilität ausgeschüttet. Damit wurden Investitionen in der Höhe von 18,6 Millionen ausgelöst und rund 200 Green Jobs gesichert bzw. geschaffen.

„Die Ölkatastrophe im Golf von Mexiko hat gezeigt welche massive ökologische Risiken unsere Abhängigkeit vom Erdöl birgt. Daher müssen wir raus aus dem Öl. Die Elektro-Mobilität ist eine Antwort darauf und ein Weg zum energieautarken Österreich“, appelliert Umweltminister Niki Berlakovich. „Unser Ziel ist es, bis 2020 rund 250.000 Elektroautos auf Österreichs Straßen zu haben.“ Aber für die rasche Markteinführung der E-Mobilität braucht es nicht nur alltagstaugliche E-Fahrzeuge, sondern auch eine strukturierte Versorgung mit Ladestationen. „Um der E-Mobilität zum Durchbruch zu verhelfen, benötigen wir zusätzliche Ladestationen mit Strom aus erneuer-

baren Energien“, so Berlakovich. Daher startete das Lebensministerium im September 2010 die Sonderaktion für 1000 neue Ladestationen. Gefördert wird die

Die Förderpauschalen für Gemeinden, die Ladestationen anschaffen, belaufen sich für Stationen für E-Fahrräder und E-Scooter auf 250 Euro und für E-Autos auf 500 Euro.

Errichtung von bis zu 50 E-Ladestationen je Antragsteller, an denen Strom aus erneuerbaren Energiequellen als Antriebsenergie erhältlich ist. Anträge können Unternehmen, Gemeinden, Städte, Länder, Vereine und Regionalverbände stellen.

Die Förderpauschalen belaufen sich für Stationen für E-Fahrräder und E-Scooter auf 250 Euro und für E-Autos auf 500 Euro. Voraussetzung: Die Ladestationen müssen bestimmte technische Mindestanforderungen erfüllen und durch Ökostrom gespeist werden, denn nur mit Ökostrom betriebene E-Ladestationen sichern klimafreundliche Elektromobilität. Das Ansuchen zur Förderung einer E-Ladestation muss vor Beginn der Umsetzung der Maßnahme (Lieferung der E-Ladestationen oder Teilen davon und deren Errichtung) bei der Kommunalkredit Public Consulting GmbH einlangen. Das Förderungsansuchen ist ausschließlich elektronisch auf www.umweltfoerderung.at/verkehr einzureichen. Die Förderaktion lief schon erfolgreich an: Bereits nach 20 Tagen gab es 19 Projekteinreichungen für insgesamt 137 E-Ladestationen. Infos über Anbieter von Ladestationen und worauf bei der Anschaffung von Stationen zu achten ist auf www.klimaaktiv.at

Infos auf www.lebensministerium.at



lebensministerium.at



Minister Niki Berlakovich beim vielfaltLeben-Pflegeinsatz in den March-Thaya-Auen Ende August.

Aktion vielfaltLeben

Gemeindenetzwerk wächst weiter

Mit Hallwang, Neumarkt am Wallersee und Lamprechtshausen sind drei neue Orte der vielfaltLeben-Gemeinschaft beigetreten und für den Artenschutz aktiv. Gemeinden haben bei der Flächengestaltung großen Einfluss auf die Flora und Fauna. Sie fördern den Facettenreichtum, indem sie der Natur genügend Raum geben.

Die vielfaltLeben-Gemeinden

Seit Anfang des Jahres ist das vielfaltLeben-Gemeindenetz kräftig angewachsen. Derzeit sind 59 Gemeinden dabei, die konkrete Schritte zum Erhalt der biologischen Vielfalt setzen. Machen Sie doch mit, wenn sich Ihre Heimatgemeinde für den Artenschutz einsetzt! Nähere Informationen: www.vielfaltLeben.at

vielfaltLeben-Champion wird im November gekürt

Viele Orte aus dem Gemeindefeld haben sich auch um den Titel zum vielfaltLeben-Champion beworben. 121 wollen den Wettbewerb gewinnen. Die Siegergemeinde wird im Rahmen einer Gala am **24. November** gekürt. Für die Erstplatzierte winkt ein Preisgeld von 5000 Euro.

Klimaschutzpreis: Regionale Projekte begeistern Umweltschutz macht Spaß

Auch heuer wurden wieder zahlreiche interessante Projekte von Gemeinden, Regionen, Unternehmen und Privatpersonen aus ganz Österreich beim Klimaschutzpreis eingereicht, den das Lebensministerium gemeinsam mit dem ORF ausgelobt hat. Derzeit werden die Projekte vorgestellt – die Öffentlichkeit kann unter www.klimaschutzpreis.at noch mitvoten. Die Region Weiz-

Um die Motivation der Jugendlichen auch messbar zu machen, wurden die geradelten Kilometer mit einem elektronischen Stick am Fahrradhelm genau verfolgt. Das Ergebnis kann sich sehen lassen: In nur zwei Wochen legten die Kids fast 5000 Kilometer zurück. Mit dem Projekt „Energy in Minds“ konnte die Region Weiz-Gleisdorf den Ausstoß an Treib-



Mit dem Projekt „BikeLine“ hat sich die Ökoregion Kaindorf zum Ziel gesetzt, Schülerinnen und Schüler für das Radfahren neu zu begeistern.

Gleisdorf und die Ökoregion Kaindorf konnten die Jury dabei besonders beeindrucken und dürfen sich über eine Nominierung freuen. Die beiden Vorzeigeprojekte beweisen: Umweltschutz kann Spaß machen – besonders wenn sich alle zusammentun.

Mit dem Projekt „BikeLine“ hat sich die Ökoregion Kaindorf zum Ziel gesetzt, Schülerinnen und Schüler für das Radfahren neu zu begeistern. Aufgrund der Zersiedlung und des starken Verkehrs war es für viele bisher üblich, den Schulbus zu nutzen oder von den Eltern zur Schule gebracht zu werden. Diesem Zustand wurde mit dem Projekt „BikeLine“ Abhilfe geschafft: Ein umfassendes Routensystem mit Fahrradhaltestellen macht es den Schülerinnen und Schülern möglich, den Schulweg gemeinsam zurückzulegen, was nicht nur Spaß macht, sondern auch die Sicherheit wesentlich erhöht.

hausgasen in nur fünf Jahren um 25 Prozent verringern und schafft damit den Einzug in die Europa-League der Energieregionen. Maßnahmen wie Gebäudemodernisierungen oder die Installation von Solar- und Photovoltaikanlagen führten dazu, dass schon nach kurzer Zeit Erfolge erzielt werden konnten. Durch die Förderung der EU-Kommission erhielt die Region nicht nur eine wichtige finanzielle Unterstützung, sondern konnte sich auch mit anderen Vorreitern aus ganz Europa austauschen und erfolgreich messen. Nun will Weiz-Gleisdorf im Rahmen der europäischen „Convent of Majors“-Initiative selbst Erfahrungen weitergeben, damit künftig auch andere Gemeinden von der tollen Projektidee profitieren können. Die Siegerprojekte werden am 8. November 2010 im Rahmen der Gala des österreichischen Klimaschutzpreises bekannt gegeben. Mehr Infos auf www.klimaschutzpreis.at

Infos auf www.lebensministerium.at

Rasant: 9000 Kilometer in zwei Tagen

Fuhrpark gut getestet

Fast 400 Geschäftsführer, Flottenmanager und Fachexperten besuchten am 6. und 7. Oktober das ÖAMTC-Fahrtechnikzentrum in Teesdorf/NÖ.

Die Bawag PSK Leasing lud zum großen Fuhrparktest mit mehr als 100 Fahrzeugen von rund 20 verschiedenen Herstellern ein. Unter dem Motto „find the best 2010“ standen Testfahrten mit motorisierter Gesprächskulisse an der Tagesordnung, und insgesamt wurden rund 9000 Kilometer gefahren.

Neben der normalen ÖAMTC-Teststrecke und

dem Schleuderparcours konnte auch Off-Road mit Jeeps gefahren werden. Dabei wurde nichts ausgelassen: die an die 90.000 Euro teuren Geländefahrzeuge schafften extreme Steigungen, Schlammlöcher, die ebenfalls extreme Gefällestrecke sowie eine „Waschrumpel“ ohne Probleme, und das bei wetterbedingt zusätzlichem „Gatsch“. Neben dem Pkw und Limousinen-Testfahrten standen auch verschiedene Elektroautos und Hybridmodelle zum Ausprobieren bereit. Zusätzlich gab es informative Vorträge und



Foto: Pollak

Michael Schmied, Geschäftsführer Fuhrparkmanagement Bawag PSK Fuhrparkleasing, und Mag. Alexander Schmidecker, Geschäftsführer der Bawag PSK Leasing, beim Testen eines Kleintransporters.

Workshops zum Thema Fuhrparkmanagement. Beim KOMMUNAL-Interview brachte Bawag PSK Fuhrparkmanagement-Geschäftsführer Michael Schmied die Vorteile des Leasings gegenüber eines

Kaufes auf den Punkt: „Die Kosten für eine Investition sind beim Leasing besser planbar, schneller leistbar und können auch während des Vertrages aktiv an die Gegebenheiten angepasst werden.“

Sonnenschutz: Das richtige Maß an Licht und der Schutz vor zu viel Sonne zählen

Licht ja, Blendung und Hitze nein



Foto: Valetta

Eine Verbindung aus Licht, Blend- und Sonnenschutz stellt zum Beispiel der Tageslichtrollladen von Valetta dar.

Ausreichend Tageslicht ist für jeden Menschen lebensnotwendig, vor allem in geschlossenen Räumen. Dabei geht es nicht ausschließlich darum, besonders viel Licht in die Räume hineinzuholen, sondern es geht um den richtigen Umgang mit wertvollem Tageslicht. Denn sobald zu viel Licht und Wärme in das Gebäude gelangen, kommt es in den Sommermonaten zur Überhit-

zung der Innenräume. Dynamische Sonnenschutzsysteme sorgen für ein Raumklima mit komfortablen Temperaturen, dosiertem Tageslichteinfall und freier Sicht nach außen. Diese beweglichen Systeme werden dem individuellen Bedarf der Bewohner oder auch Büro-Benutzer angepasst und dem Sonnenstand gezielt nachgeführt. Mehr auf www.valetta.at

Holzimporte in die EU

Verbot illegalen Tropenholzes

Der EU-Rat in Brüssel hat das EU-Holzhandelsgesetz angenommen. Damit wird die Einfuhr illegaler Holzprodukte nach Europa künftig endlich verboten. Wer Holz und Holzprodukte als Erster in der EU auf den Markt bringt (sogenannte „Erst-in-Verkehr-Bringer“), muss künftig die legale Herkunft nachweisen.

Energie: Europa braucht leistungsfähige Infrastruktur

Gemeinsame Ziele sind wichtig

Bei einem Arbeitstreffen zwischen Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner und dem britischen Energieminister Charles Hendry ging es vor allem um die Energiepolitik im Rahmen der Europäischen Union. Zentrales Thema waren die unterschiedlichen Energiestrategien der beiden Län-

der. Großbritannien will den Anteil von erneuerbaren Energieträgern bis 2020 auf 15 Prozent ausbauen, Österreich auf 34 Prozent. Auf besonderes britisches Interesse stieß das große Know-how österreichischer Unternehmen bei der thermischen Sanierung von Gebäuden.

Energieeffizienz-Oscar: Zahl der Preisträger wächst

Sechs Steirer Gemeinden ausgezeichnet

Für Schauspieler ist es der Oscar, für Spitzensportler die Goldmedaille und für Gemeinden das „e“: die Auszeichnung für erfolgreich umgesetzte Maßnahmen rund um Energieeffizienz und Klimaschutz. Sechs steirische Gemeinden durften sich bei der Verleihung Anfang Oktober in Graz

über die begehrte Auszeichnung freuen: Zwaring-Pöls und Deutschfeistritz erreichten ihr erstes „e“ (bis zu fünf können erreicht werden), Mürrzuslag gleich zwei. Die Gemeinden Judenburg, Lödersdorf und Raabau haben sich ein drittes „e“ dazuverdient. www.landespressediener.steiermark.at

Abfallwirtschaft: Österreichs Modell ist ein Erfolgsmodell

Ergebnisse des Abfallwirtschaftsdialogs

Vor 20 Jahren ist das Abfallwirtschaftsgesetz in Kraft getreten. Seither konnte durch das gemeinsame Engagement aller Beteiligten die Abfallproblematik in Österreich in vielen Bereichen erfolgreich gelöst werden. Bei einer Fach- und Festveranstaltung am 28. September 2010 in Wien wurde über Einladung des Lebensministeriums in Kooperation mit dem Österreichischen Wasser- und Abfallwirtschaftsverband mit über 400 VertreterInnen der österreichischen Abfallwirtschaft eine durchwegs positive Bilanz gezogen.



In Österreich werden keine Wertstoffe mehr „deponiert“.

Eine der größten Leistungen der letzten 20 Jahre und einer der wichtigsten Schritte zur nachhaltigen Abfallwirtschaft ist die Abfallbehandlung vor der Ablagerung. In Österreich gelangen keine unbehandelten Siedlungs-

abfälle mehr auf Deponien. Wertstoffe wie Papier, Metall, Glas und Kunststoffe gehen in Österreich wieder retour in die Produktion. Im Detail gibt es die Ergebnisse des Abfallwirtschaftsdialogs auf www.aw2020.at

Ausbildung

5,5 Mio. Euro in Holztechnikum Kuchl investiert

Jugendliche, die Führungspositionen in der Holzbranche anstreben, erhalten ihre Praxisausbildung künftig in den modernsten Räumlichkeiten. Am Holztechnikum Kuchl www.holztechnikum.at ging die neue Werkstatthalle in ihre Bestimmung für den Unterricht über. Eröffnet wurde das hölzerne 5,5-Mio.-Euro-Gebäude von Unterrichtsministerin Claudia Schmied, Salzburgerin LH Gabi Burgstaller und dem Kuratoriumsvorsitzenden des Holztechnikums Kuchl, Hans-Michael Offner.

Grüne Energie: EU-Geld für Südtirols Forschung

Südtirol will sich weiter als Musterland der grünen Energie etablieren

Beim Treffen des Südtiroler Landeshauptmanns Luis Durnwalder mit EU-Kommissar Günther Öttinger wurde nicht nur über Geld für die Forschung zu erneuerbaren Energiequellen verhandelt, sondern auch

über Wasserstoff, Energieeinsparung und grünen Korridor über den Brenner. So soll über die Wasserstoffmeile hinaus aus der Brennerachse ein grüner Korridor werden, so die Internet-Plattform

www.euroticker.de

Rotes Kreuz: Katastrophen-Jahrzehnt zu Ende

2,5 Milliarden Betroffene weltweit

„Wir blicken zurück auf ein Katastrophen-Jahrzehnt“, sagt Wolfgang Kopetzky, Generalsekretär des Österreichischen Roten Kreuzes. „Zwischen den Jahren 2000 und 2009 waren mehr als 2,5 Milliarden Menschen von Naturkatastrophen betroffen.“ Diese Zahlen ge-

hen aus dem jüngst veröffentlichten „World Disasters Report“ des Internationalen Roten Kreuzes hervor, der jährlich seit 1993 von der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften veröffentlicht wird.

www.rotekreuz.at



VERTRAUEN ALS BASIS

IMMER MEHR KUNDEN VERTRAUEN
auf die integrierten HR-Softwarelösungen und -Services von P&I und gestalten damit ihre Zukunft erfolgreicher. Davon sind mehr als 15.000 internationale Endkunden, zahlreiche Rechenzentren und führende HR-Serviceanbieter überzeugt. Der generierte Mehrwert fließt direkt in die Verwaltungen. P&I - Basis für erfolgreiche Personalarbeit [WWW.PI-AG.COM](http://www.PI-AG.COM)



Your partner for integrated HR solutions

Salzburger Landesenergiemesse entwickelt sich zur Leitmesse

Vielfalt an regenerativen Energien

Die Premiere der RENEXPO® Austria fiel 2009 mit der Entstehung der Energiestrategie Österreich zusammen – ein Zukunfts-Projekt für die Energieversorgung in Österreich. Große Bedeutung wird dabei den Bundesländern zugemessen. Die Salzburger Landesenergiemesse RENEXPO® Austria, die vom 25. bis 27. November 2010 zum zweiten Mal stattfindet, liefert Impulse für diesen Prozess und informiert über erneuerbare Energien und Energieeffizienz bei Bau und Sanierung.

Aufgrund ihres einzigartigen Angebots ist die RENEXPO® Austria auf dem besten Weg, sich als Leitmesse für regenerative Energien zu etablieren. Keine andere Messe in Österreich ist im Hinblick auf die Themenbandbreite so breit aufgestellt wie die Salzburger Veranstal-

tung. 130 Aussteller, 4000 Besucher und 500 Kongressteilnehmer werden dieses Jahr erwartet.

Der hervorgehobene Messebereich „Internationale Wasserkraft-Fachausstellung“ der RENEXPO® Austria entwickelt sich

bereits in seinem zweiten Jahr zur wichtigsten europäischen Plattform für Wasserkraft. Ob Maschinen, Komponenten oder Technologien zu Instandhaltung und Reaktivierung bestehender Anlagen – die RENEXPO® Austria deckt das gesamte Themenspektrum der Wasserkraft ab. In Zusammenarbeit mit der European Small Hydropower Association (ESHA) begleitet die impulsgebende „2. Internationale Kleinwasserkraftkonferenz: Neubau, Sanierung und Revitalisierung“ die Ausstellung.

Auch für Energieberater hat sich die RENEXPO® Austria bereits zum Branchentreffpunkt entwickelt. Auf der Energieberater-Insel, dem „2. Österreichischen Energieberater Tag“ und der Fachtagung „Energie-Ausweis in

RENEXPO® AUSTRIA

Internationale Kongressmesse für Erneuerbare Energien
& Energieeffizientes Bauen und Sanieren



Die große Besonderheit der internationalen Kongressmesse für erneuerbare Energien und energieeffizientes Bauen und Sanieren ist ihre Einzigartigkeit, durch welche sie auch zur **Salzburger Landesenergiemesse** geworden ist.

Parallel zu der exklusiven Fachausstellung finden hochkarätige **Fachkongresse** statt, wie unter anderem

- » 2. Fachtagung regenerative Nahwärme- und Mikro-Netze
- » Energie im Fokus - 2. ÖSTERREICHISCHER ENERGIEBERATER TAG
- » 2. Internationale Kleinwasserkraftkonferenz: Neubau, Sanierung und Revitalisierung
- » Bürgermeisterstag

25. – 27.11.2010, Messezentrum Salzburg

www.renexpo-austria.at



Gutschein für eine Freikarte!

Bei Abgabe dieser Anzeige an der Kasse erhalten Sie eine Freikarte für den kostenlosen Messebesuch

(kommunal)

Salzburg, Fragen und Antworten“ treffen sich Experten aus ganz Österreich und Bayern zum Informations- und Erfahrungsaustausch.

Nahwärme und Mikronetze sind weitere Themen, die auf der RENEXPO® Austria einzigartig sind. Die „2. Fachtagung regenerative Nahwärme- und Mikronetze“ erläutert Potenziale, Technik, Planungsgrundlagen, Förderung und Finanzierung zur Nahwärmeversorgung und vergleicht Projekte und Praxisbeispiele.

Insgesamt stellen elf messebegleitende Fachkongresse zu Bau- und Sanieren, dezentralen Energiesystemen, Grünem Arbeitsmarkt, Mobilität, Wasserkraft und Wärmepumpe Innovationen, Trends, Technologien und praxisorientierte Lösungen vor. Foren wie der Landwirtschaftstag und der Bürgermeistertag führen spezielle Zielgruppen zu Wissensaustausch und Weiterbildung zusammen. Des Weiteren bietet das Interna-

tional Brokerage Event die Möglichkeit, schnell und effektiv passende Geschäfts- und Kooperationspartner der Branche zu finden und mehrere gezielte Gespräche an einem Tag zu führen. Neu in diesem Jahr ist die Sonderschau Kamin-, Pellets- und Kachelöfen, die über Trends im Bereich der Kleinf Feuerungsanlagen informiert. Wer einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz sucht und erste Kontakte zu Unternehmen der rasant wachsenden Branche knüpfen möchte, findet in der Sonderschau Green Jobs eine Startrampe für seine grüne Zukunft.

Die hochwertige Informations- und Wissensvermittlung der RENEXPO® Austria ist nicht zuletzt ihrem starken Netzwerk zu verdanken. Der Dachverband Energie-Klima, der Bundesverband WärmePumpe Austria, das Energieinstitut der Wirtschaft GmbH, der Österreichische Biomasseverband, die Wirtschaftskammer Salzburg, das Amt der Salzburger Landesregierung und viele andere fördern die Landes-

energiemesse sowohl ideell als auch inhaltlich. Bundesminister Niki Berlakovich und Landesrat Sepp Eisl sind Schirmherren der Messe.

Die RENEXPO® Austria findet vom 25. bis 27. November 2010 im Messezentrum Salzburg statt und ist Donnerstag und Freitag von 9.00 bis 18.00 Uhr und Samstag bis 17.00 Uhr geöffnet. Weitere Informationen zur Messe, den Kongressen und dem Rahmenprogramm gibt es unter www.renexpo-austria.at.

Information

REECO GmbH
Melanie Fritz
Josef-Schwer-Gasse 9, AT - 5020 Salzburg
Tel.: +49 (0) 7121 - 3016 - 0
Fax: +49 (0) 7121 - 3016 - 100
presse@energie-server.de
www.renexpo-austria.at

E.F.



Noch nie war Elektromobilität so günstig

Mit den „Gator-Modellen“ bietet John Deere eine Produktreihe von vielseitigen Transport- und Nutzfahrzeugen für unterschiedliche Einsatzbereiche an. Mit dem klima aktiv mobil Förderungsprogramm für Fahrzeuge mit alternativem Antrieb können Sie bei den TE-Gatormodellen bis 5.000 € Förderung erhalten.

Nähere Infos erhalten Sie beim österreichischen John Deere Generalimporteur, RKM Rasenpflege & Kommunal Maschinen GmbH unter 02782/83 222 oder unter www.johndeere.at.



WIR UNTERSTÜTZEN ÖSTERREICHS GEMEINDEN. UND SIE PROFITIEREN DAVON.

Kommunalleasing
Infos unter:
0810 20 52 51
www.leasing.at

UNTERNEHMEN ÖSTERREICH
EINE INITIATIVE DER BAWAG PSK

BAWAG PSK Leasing

Shared Space: Was hinter der Bezeichnung steckt

Eine Fläche für alle





Fotos: Stadtgemeinde Enns

„Shared Space“, „Straße fair teilen“, Begegnungszone und Wohnstraße – vier Bezeichnungen für unterschiedliche Verkehrsgestaltungskonzepte, die auf einem ähnlichen Prinzip beruhen: eine Fläche für alle. Doch wo liegen die Unterschiede, und vor allem – welches Konzept eignet sich wann und passt zu Ihrer Gemeinde?

Florian Schneider

Ein für Österreich neues Konzept zur Gestaltung des öffentlichen Raums ist derzeit in aller Munde: „Shared Space“. Dabei handelt es sich um ein Prinzip zur gemeinsamen Nutzung öffentlicher Flächen für alle Verkehrsteilnehmer. Doch so neu ist dieses Verkehrskonzept nicht: Shared Space ist nur eine von mehreren Möglichkeiten, den Straßenraum so zu gestalten, dass ein Miteinander und gegenseitige Rücksichtnahme im Vordergrund stehen und nicht der motorisierte Verkehr das Verkehrsgeschehen alleine dominiert.

Das Kuratorium für Verkehrssicherheit (KFV) hat für Sie das breite Spektrum an Gestaltungsmöglichkeiten für den Straßenraum dargestellt. Je nach Verkehrslage, örtlichen Gegebenheiten und Nutzung der Verkehrsfläche ist jedoch im Einzelfall zu klären, welches Verkehrskonzept am besten zur Gestaltung Ihrer Gemeinde geeignet ist.

Gemeinsam genutzter Raum: „Shared Space“ oder „Straße fair teilen“

Bewährte Verkehrskonzepte in Österreich bevorzugen meist

motorisierte Fahrzeuge gegenüber schwächeren Verkehrsteilnehmern wie Fußgänger oder Radfahrer. Anders ist dies bei „Shared Space“ oder „Straße fair teilen“ – zwei Konzepten die in ihrer Ausführung sehr ähnlich sind und vor allem eines gemeinsam haben: Sie beruhen auf dem Prinzip der gemeinsamen Nutzung öffentlicher Flächen, ohne dass bestimmte Verkehrsteilnehmer bevorzugt werden. Vielmehr geht es dabei um ein rücksichtsvolles Miteinander im Straßenverkehr, das ohne Ampeln, Verkehrsschilder, Geschwindigkeitsbegrenzungen oder Bodenmarkierungen auskommt. Der öffentliche Raum wird so gestaltet, dass alle Verkehrsteilnehmer die Möglichkeit haben, sich über ihre Teilnahme am Straßenverkehr gegenseitig zu verständigen.

Ein Vorteil von „Shared Space“ bzw. „Straße fair teilen“ ist die Einbeziehung der Wohnbevölkerung: Während bei anderen Verkehrskonzepten die Planung üblicherweise bei den Verantwortlichen in der Gemeinde bleibt, sieht der Ansatz von „Straße fair teilen“ bzw. „Shared Space“ eine umfassende Bürgerbeteiligung vor. Anwohner, Fahrzeuglenker, Radfahrer und andere betroffene Personen können an der Planung mitwirken und so direkt

Einfluss auf die Gestaltung ihres Verkehrsumfeldes nehmen. Das führt zu breiterer Akzeptanz der Verkehrsgestaltung und erhöht die Lebensqualität in der Gemeinde.

Da diese Konzepte in Österreich neu sind, bedarf es vor allem in der Anfangsphase Aufklärung über die Nutzung von derart gestalteten Verkehrsflächen. Erfahrungen aus Pilotprojekten, wie etwa der Gemeinde Gleinstätten in der Steiermark (siehe auch *Beicht rechts*), zeigen, dass „Shared Space“ bzw. „Straße fair teilen“ bereits nach kurzer Eingewöhnungsphase gut angenommen wird.

„Shared Space“ oder „Straße fair teilen“ ist aber nicht immer eine geeignete Maßnahme. Je nach Fläche, Nutzung und Verkehrsaufkommen müssen die Maßnahmen individuell angepasst werden. Planung, rechtliche Abklärung sowie bauliche Umsetzung können zeit- und kostenin-

Erfahrungen aus Pilotprojekten, wie etwa der Gemeinde Gleinstätten in der Steiermark, zeigen, dass „Shared Space“ bzw. „Straße fair teilen“ bereits nach kurzer Eingewöhnungsphase gut angenommen wird.

tensiv sein, so dass im Einzelfall abgeklärt werden sollte, ob diese Verkehrskonzepte für die Gestaltung des Straßenraums optimal geeignet sind. Ziel muss sein, mit einer richtig konzeptionierten Maßnahme die Verkehrssicherheit positiv zu beeinflussen.

Begegnungszone und Wohnstraße: Fußgänger haben Vorrang

Bei der so genannten Begegnungszone handelt es sich um ein Verkehrskonzept aus der Schweiz, das jenem von „Shared Space“ ähnlich ist. Begegnungszonen sind Bereiche, in denen Fußgänger gegenüber dem motorisierten Verkehr Vorrang haben: Die Verkehrsfläche dient gleichermaßen zum Spielen, für sportliche Betätigung, zum Einkaufen oder Spazieren. Fußgänger dürfen jederzeit und überall die Fahrbahn queren, solange

sie den Straßenverkehr nicht unnötig behindern. Begegnungszonen werden vor allem in Nebenstraßen mit Wohnbereichen oder Bereichen mit Geschäftsnutzung eingerichtet. Im Unterschied zu „Shared Space“ bzw. „Straße fair teilen“ besteht in Begegnungszonen eine eindeutige Bevorzugung einer Gruppe: der Fußgänger. Das Befahren der Begegnungszone ist zwar mit einer Höchstgeschwindigkeit von 20 km/h erlaubt, Pkw-Lenker müssen aber jederzeit damit rechnen, dass Fußgänger den Straßenraum nutzen und beispielsweise die Straße queren.

Das in Österreich bewährte Konzept der Wohnstraße ist jenem der Begegnungszone durchaus ähnlich. Auch in Wohnstraßen sind das Betreten der Fahrbahn, das Spielen auf der Straße sowie Fahrradverkehr erlaubt. Im Unterschied zur Begegnungszone ist zwar ein Zu- und Abfahren für Kfz-Lenker erlaubt, nicht aber das Durchfahren der Wohnstraße. Fußgänger und Radfahrer dürfen nicht behindert werden – sie haben ge-

genüber motorisierten Verkehrsteilnehmern Vorrang, weshalb in Wohnstraßen Schrittgeschwindigkeit eingehalten werden muss.

Zur Erhöhung der Verkehrssicherheit und Verbesserung der Wohnqualität können auch Tempo-30-Zonen eingerichtet werden. Dabei handelt es sich um einen definierten Bereich, der mit einer Geschwindigkeit von höchstens 30 km/h befahren werden darf. Tempo-30-Zonen eignen sich daher besonders in Wohnsiedlungen.

Sowohl in Begegnungszonen als auch in Wohnstraßen ist Parken nur an dafür vorgesehenen Stellen erlaubt. Beide Konzepte eignen sich besonders in verkehrsberuhigten Zonen oder Wohngebieten. Die Kosten dieser beiden Konzepte sind überschaubar, da der juristische sowie bauliche und planerische Aufwand geringer ist als beispielsweise bei „Shared Space“.



Ganz ohne Markierungen oder Tafeln geht es dann auch nicht: „Shared Space“ oder „Der gemeinsam genutzte Raum“, sei es eine Fußgängerzone oder eine Wohnstraße, müssen gekennzeichnet sein.

Wegfall des motorisierten Verkehrs in der Fußgängerzone

Eine Straßenraumgestaltung, die ebenfalls Fußgänger bevorzugt, ist die Fußgängerzone. Anders als in den genannten Konzepten beruht die Fußgängerzone nicht auf dem Mischprinzip, sondern ist ausschließlich dem Fußgängerverkehr vorbehalten, das Schieben von Fahrrädern ist erlaubt.

Vom Fahrverbot ausgenommen sind Fahrzeuge der Müllabfuhr, des Straßendienstes sowie des öffentlichen Sicherheitsdienstes und der Feuerwehr – sie dürfen Fußgängerzonen wie auch Wohnstraßen immer befahren. Durch eine Zusatztafel am Hinweiszeichen, das am Anfang und am Ende einer Fußgängerzone anzubringen ist, können Ausnahmen vom Fahrverbot für



Dipl.-Ing. Florian Schneider ist im Bereich Präventionsberatung beim Kuratorium für Verkehrssicherheit (KfV)tätig.
florian.schneider@kfv.at

Kraftfahrzeuge definiert werden, zum Beispiel wenn Lade-tätigkeiten erforderlich sind oder für Taxis zum Zubringen und Abholen von Fahrgästen. Fußgängerzonen sind eine wichtige Maßnahme der Verkehrsberuhigung und der Förderung des Fußgängerverkehrs. Auch Fußgängerzonen können bereits kostengünstig errichtet werden, nicht immer ist die Anlage einer Fußgängerzone aber sinnvoll – wie bei allen Konzepten bedarf es auch hier einer individuellen Beratung durch Experten, die sich mit der Verkehrsplanung befassen.

Die Gestaltung von gemeinsamen Verkehrsflächen ist so individuell wie Österreichs Gemeinden. Es gibt keine Lösung, die für alle passt. Das Kuratorium für Verkehrssicherheit (KfV) hilft dabei, den richtigen Ansatz zu finden und umzusetzen.

Kuratorium für Verkehrssicherheit, Schleiergasse 18, A-1100 Wien

Tel.: +43 (0)5 77 0 77-2133

Fax: +43 (0)5 77 0 77-1186

Web: www.kfv.at

Das Pilotprojekt Gleinstätten und andere

Während viele Gemeinden noch mit dem Gedanken des Shared Space spielen, ist man in der Steiermark schon weiter: Am 12. September 2010 wurden die baulichen Maßnahmen beendet. Mittlerweile blicken Bürger und Bürgermeister auf ein Monat gleichberechtigten Verkehrs zurück, und das Resümee fällt befriedigend aus. „Die Stimmung ist gut, die Thesen bewahrheiten sich. Die Durchschnittsgeschwindigkeit hat sich von den früheren 50 km/h auf 41 bzw. 42 km/h eingependelt. Die Berufskraftfahrer haben es zwar nach wie vor etwas eiliger, aber auch sie haben ihre Geschwindigkeit verringert“, erklärt Bürgermeister Gottfried Schober.

Gleich zwei oberösterreichische Gemeinden forcieren den Ausbau des Konzeptes in den nächsten Jahren: **Ried** und **Vöcklabruck**. Zeitgleich mit Gleinstätten machte man sich in Vöcklabruck Gedanken über eine Verkehrsbe-

ruhigung. Anlass ist eine Straße, die von vielen gerne als Ausweichroute und Abkürzung verwendet wird. Dementsprechend groß ist das Verkehrsaufkommen. „Durch Shared Space erwarten wir uns weniger Autos, geringere Geschwindigkeiten und ein gut funktionierendes Miteinander von Fußgängern, Radfahrern und Pkw“, fasst Ortschef Herbert Brunsteiner die Ideen des Bauprojektes zusammen.

In Salzburg widmet sich der Preis des „Österreichischen Vereins für FußgängerInnen“ einem in Planung befindlichen Pilotprojekt der Gemeinde **Thalgau**. Alle Verkehrsteilnehmer sind in das Konzept involviert: Für Autofahrer eine 30er-Beschränkung, und SchülerInnen orientieren sich beispielsweise an Fußabdrücken, die zusätzlich ihren Weg zur Bildungseinrichtung kennzeichnen.

Mehr auf www.kommunalnet.at



www.hyponoe.at

WIR FINANZIEREN AUTOS. UND DIE STRASSEN, AUF DENEN SIE FAHREN.

Als Spezialist für Finanzierungen der öffentlichen Hand bietet die HYPO NOE GRUPPE maßgeschneiderte und individuelle Lösungen. Der ganzheitliche Ansatz für öffentliche Auftraggeber beginnt bei einer umfassenden Bedarfsanalyse mit kompetenter Beratung und reicht bis zur professionellen Abwicklung inklusive zuverlässiger Projektrealisation. Über effektive Finanzierungskonzepte aus einer Hand - für die öffentliche Hand - informiert Sie der Leiter Public Finance & Corporates Austria, Mag. Johannes Kern, unter +43 590 910-1250, johannes.kern@hyponoe.at



HYPO NOE
GRUPPE

Finanzierungsinitiative „Licht“

Mehr Licht – mehr Sicherheit

Licht gibt Menschen Orientierung, Sicherheit und Wohlbefinden. Mit moderner öffentlicher Beleuchtung können Sie Ihren Bürgerinnen und Bürgern ein attraktives Ortsbild bieten, die Lebensqualität erhöhen und gleichzeitig die Energiekosten reduzieren.

Allein das Energieeinsparungspotenzial einer durchschnittlichen Gemeinde durch moderne Beleuchtungskonzepte liegt bei ca. 50 Prozent.

Aufgrund neuer EU-Vorgaben („EuP“ Energy-using Products-Richtlinie) müssen in naher Zukunft alle Kommunen, öffentliche Einrichtungen und Unternehmen bis 2017 veraltete Beleuchtungstechnologien umrüsten. Der Austausch ineffizienter Beleuchtung wird auch maßgeblich zur Erreichung der klimapolitischen Ziele Österreichs beitragen, denn die CO₂-Emissionen reduzieren sich um 1,8 Millionen Tonnen pro Jahr. „Schon die Modernisierung von 30 Prozent der Straßenbeleuchtung bringt eine unglaubliche Energiekostensparnis von ca. 35 Millionen Euro oder 250 Gigawattstunden pro Jahr“, erläutert Susanne Rischaneck von der Kommunalkredit. „Das ist die halbe Jahresproduktion des Kraftwerks Kaprun.“ Österreichs Bank für Infrastruktur bietet übrigens kompetente Lösungen für die Finanzierung Ihrer Lichtprojekte und berät über Fördermöglichkeiten.

Alles aus einer Hand

Als Kompetenzzentrum für das kommunale und infrastrukturnahe Projektgeschäft ist die Kommunalkredit mit den Anliegen der Gemeinden und Städte seit vielen Jahren vertraut. Mit der Finanzierungsinitiative „Licht“ bietet sie attraktive Möglichkeiten zur Umsetzung geplanter Innen- und Außenbeleuchtungsprojekte – alles aus einer Hand. Ob eine Stadt oder



Um die verantwortlichen Gemeindebediensteten in den Kommunen über die Neuerungen punktgenau und bedarfsorientiert zu informieren, tourte eine Roadshow durch die Bundesländer. Schlusspunkt der gut besuchten Veranstaltungsreihe war heuer am 6. Oktober 2010 im steirischen Gleisdorf – hier beantwortet Kommunalkredit-Chef Alois Steinbichler Fragen der zahlreichen Interessenten.

Gemeinde ein eher kleineres Projekt andenkt oder die gesamte Straßenbeleuchtung erneuern möchte, die Kommunalkredit schnürt eine maßgeschneiderte, umfassende und kostengünstige Finanzierungsvariante, kooperiert mit Energieversorgungsunternehmen und Lichtanbietern und berät über Fördermöglichkeiten.

„Einfach und schnell funktioniert die Investitionsfinanzierung Licht“, so Susanne Rischaneck weiter, „denn sie bietet eine verbesserte Liquiditätssituation sowie langfristig eine Kostensenkung. Es ist keine Kreditaufnahme seitens der Gemeinde erforderlich. Für größere Projekte eignet sich Contracting Licht. Und falls Sie sich zum Umstieg entschließen, bevor die neuen

gesetzlichen Rahmenbedingungen in Kraft treten, können Sie Ihr Lichtprojekt durch eine Förderung noch optimieren.“

Erfolgreicher Abschluss der Info-Roadshow

Veranstalter dieser Tour waren der Österreichische Gemeindebund, der FEEI – Fachverband der Elektro- und Elektronikindustrie sowie die Kommunalkredit Austria unter der Patronanz des Bundesministeriums für Wirtschaft, Familie und Jugend.

Beleuchtet wurden sämtliche relevanten Themen in Zusammenhang mit Beleuchtungsanierung im kommunalen Bereich:

- ▶ Technologien,
- ▶ Rahmenbedingungen,
- ▶ Einsparungspotenziale,
- ▶ Finanzierungsmöglichkeiten,
- ▶ Förderungen u. v. m.

Information

Falls Sie an der Veranstaltung nicht persönlich teilnehmen konnten oder Fragen zur Umsetzung Ihres Lichtprojektes haben, beraten wir Sie gerne: Kommunalkredit Austria Initiative „Licht“
Türkenstraße 9, 1092 Wien
www.kommunalkredit.at

Susanne Rischaneck
Finanzierung
s.rischaneck@kommunalkredit.at
Tel.: +43 (0)1/31 6 31-124

DI Karin Schweyer
Förderung/Kommunalkredit
Public Consulting
k.schweyer@kommunalkredit.at
Tel.: +43 (0)1/31 6 31-274
oder DW 723
www.umweltfoerderung.at

Weitere Informationen:
www.gemeindebund.at
www.feei.at

Einfacher waren Verkehrszählungen noch nie!

Neuer Weg der Verkehrserfassung

Normalerweise sollen Leitpflocke den Verlauf einer Straße besser hervorheben und die Fahrbahn eindeutig vom Straßenrand trennen – so die Meinung bisher. Nun jedoch kann jeder dieser Leitpflocke – mit der richtigen Technologie ausgestattet – den Straßenverkehr problemlos erfassen und bietet somit eine wesentliche Erleichterung bei Verkehrszählungen. Aufgrund seines High-Tech-Innenlebens bietet der „schlaue“ Leitpfosten die Möglichkeit, das gesamte Verkehrsaufkommen zu erfassen und diese Daten standortbezogen weiterzuleiten. Ein Diebstahlschutz hilft bei unerlaubter Entfernung des Leitpflocks. Wir haben die wichtigsten Fragen zu unseren neuen

Zählgeräten SR5L und SR6 mit den dazugehörigen Antworten für Sie herausgearbeitet:

Wie kann ich den Straßenverkehr einfach erfassen?

Unsere auf Radartechnologie basierenden Erfassungsgeräte (SR4, SR5L und SR6) sind die perfekte Lösung zur Erfassung von Fahrzeugen im Straßenverkehr. Im Gegensatz zu anderen Systemen können unsere Seitenradargeräte ohne Beeinflussung des Verkehrs (Straßensperrungen für Montagearbeiten ...) problemlos in Betrieb genommen werden.

Wie erhalte ich Zugriff auf meine erfassten Daten?

Die Verkehrsdaten werden mittels GPRS-Technologie an unseren Server übertragen und stehen in unserem

Web-Portal SR.net 24 Stunden am Tag für Sie zur Verfügung – natürlich passwortgeschützt. Das Web-Portal können Sie bequem von jedem Office-PC aus erreichen.

Wie kann ich meine Daten auswerten?

Auch hier haben wir eine einfache Lösung entwickelt: In unserem Web-Portal SR.net werden die Daten aufbereitet und stehen bereits ausgewertet für Sie zur Verfügung – einfacher war die Verkehrsanalyse noch nie. Alternativ können Sie die Daten auch offline analysieren – über die Verkehrsstatistik-Software SRA.

Natürlich steht Ihnen weiterhin das Verkehrsstatistikgerät SR4 für mobile Einsätze zur Verfügung.

Weiters möchten wir Sie darauf hinweisen, dass alle unsere Geräte – in Abhängigkeit des jeweiligen Modells – mit modernster Radar- und Übertragungstechnologie ausgestattet sind. Mit der Kombination aus Erfassungsgeräten und einfacher Speicher- und Analysemöglichkeit bietet Ihnen Sierzega eine wertvolle Unterstützung für Ihre nächste Verkehrszählung.

Information

Sierzega Elektronik GmbH
 Valentinstraße 11
 4062 Thening
 Tel.: 07221-64114-0
office@sierzega.com
www.sierzega.com

E.L.

SR.net
 Die neue Auswertelösung

Geräte	System	Spezif. Typ	Batt. Spannung	Status	Letzte Übertragung
Auswert.	SR5L	SR5L	8,3	OK	13.10.2010 10:08:34
Auswert.	SR5L	SR5L	8,3	OK	13.10.2010 10:08:34
Auswert.	SR5L	SR5L	8,3	OK	13.10.2010 10:08:34
Auswert.	SR5L	SR5L	8,3	OK	13.10.2010 10:08:34
Auswert.	SR5L	SR5L	8,3	OK	13.10.2010 10:08:34
Auswert.	SR5L	SR5L	8,3	OK	13.10.2010 10:08:34

- Automatische Kalibrierung
- Datenübertragung über GPRS
- GPS-Position in Microsoft Maps

SR5L
 Der schlaue Leitpfosten.

- Rasche Kalibrierung
- Datenübertragung über GPRS
- GPS-Position in Microsoft Maps

SR6
 Die bewährte Zählung.

Damit Verkehrszählungen in Zukunft ohne Strichlisten auskommen.

SIERZEGA
www.sierzega.com



1200 Mitarbeiter in 43 Autobahnmeistereien für 2180 Fahrbahnkilometer

ASFINAG Winterdienst – gemeinsam zu mehr Sicherheit!

Der Winter 2010/11 steht vor der Tür. Bei der ASFINAG haben die Planungen für den anstehenden Winterdienst bereits im Frühjahr begonnen. Hauptziel des Autobahnbetreibers ist es, seinen Kunden auch bei Eis & Schnee eine gute und sichere Fahrt zu ermöglichen. Der größte Einsatz und die besten technischen Hilfsmittel helfen aber nicht, wenn die Verkehrsteilnehmer nicht auch ihren Teil beitragen.

Im Zuge der Vorbereitungen auf die kalte Jahreszeit wurden bereits umfangreiche Vorbereitungen getroffen. So wurden die Räumrouten aller Autobahnmeistereien überprüft und weiter optimiert, um den bestmöglichen Ressourceneinsatz sicherzustellen. An strategisch wichtigen Punkten wurden sieben Salzsilos und 16 Soletanks errichtet. So können die Streumittel auch an der Strecke nachgeladen werden. Die Fahrt zurück in die Autobahnmeisterei entfällt, und der Winterdienst wird noch effizienter. Durch Tankkarten wird es heuer in manchen Regionen auch möglich sein, entlang der Strecken bei den Autobahntankstellen zu tanken.

Wetterinformation und Glatteis-Frühwarnsysteme

Um den Winterdienst bestmöglich zu planen, bedarf es einer guten Vorhersage. Das System SWIS liefert jedem Autobahnmeister detaillierte Prognosen für Temperaturentwicklung und

Niederschlagssituation – laufend, stündlich aktualisiert und mit genauen Angaben für die erwarteten Schneemengen. So ist die ASFINAG in der Lage, starke Schneefälle in bestimmten Regionen durch die Unterstützung anderer Autobahnmeistereien leichter in den Griff zu bekommen. 350 Glatteis-Frühwarnsysteme entlang der Strecke lösen zudem rechtzeitig Alarm aus, wenn Glatteisbildung droht. Die Mitarbeiter in den Tunnel-Überwachungszentralen, wo die Alarmmeldungen zusammenlaufen, können so die Kollegen der Autobahnmeisterei rechtzeitig verständigen.

360 moderne Winterdienst-Lkw im Einsatz

Im Winter 2009/10 wurden österreichweit etwa 115.000 Tonnen Salz für den Winterdienst auf den Autobahnen und Schnellstraßen benötigt. Im Rahmen eines Langzeit-Pilotprojektes mit der TU Wien wird zudem an weiteren Verbesserun-

gen beim Einsatz von Streumitteln gearbeitet. Parallel dazu investiert die ASFINAG jährlich in die Aufrüstung des Fuhrparks. 360 Winterdienst-Lkw – großteils mit Front- und Seitenpflug sowie Salzstreu-Automat – sind österreichweit im Einsatz. Die beste Technik und der größte Einsatz von Ressourcen helfen allerdings nicht, wenn nicht auch die Verkehrsteilnehmer mithelfen. Das Anpassen der Geschwindigkeit, vorausschauendes Fahren auf Sicht und die Vergrößerung des Sicherheitsabstandes helfen, den Winterdienst der ASFINAG zu unterstützen – zum Wohle und zur Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer!

In Zahlen

- Streckennetz: rund 2180 km (entspricht 11.000 Fahrstreifenkilometern)
- 1200 Mitarbeiter im Winterdienst
- 43 Autobahnmeistereien
- 360 Winterdienst-Lkw
- 350 Glatteis-Frühwarn-Anlagen
- Salzverbrauch 2009/10: rund 115.000 Tonnen

Information

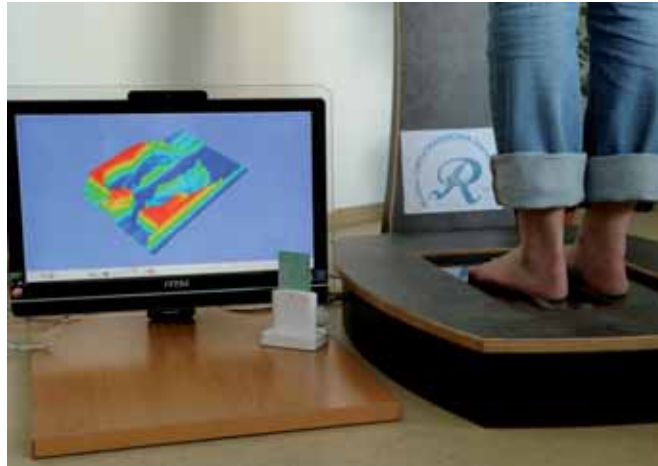
ASFINAG Service Center
Tel.: 0800 400 12 400
E-Mail: info@asfinag.at
Web: www.asfinag.at

Digitaler Fußscanner für Maß-Sicherheitsschuhe von Rukapol

Exakte Schuhgröße in Sekundenschnelle

Großes Interesse auf der Kommunalmesse fand der neue digitale Fußscanner des heimischen Sicherheitsschuspezialisten Rukapol. Damit können jetzt Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Kommunen und Betrieben der öffentlichen Hand ihre exakte Schuhgröße in Sekundenschnelle bestimmen, eventuelle Fehlstellungen werden sofort erkannt. Untersuchungen zufolge tragen rund 80 Prozent der Menschen zu lange oder zu eng geschnittene Schuhe, damit sind Fehlstellungen im Fußbereich mit negativen Auswirkungen auf die Gesundheit vorprogrammiert.

Die einschlägigen europäischen Normen für Arbeits- und Sicherheitsschuhe be-



Digitale Fußscanner werden den Kommunen sowie Betrieben der öffentlichen Hand kostenlos zur Verfügung gestellt.

schränken sich auf reine Sicherheitserfordernisse, lassen aber die Passform völlig außer Acht. „Gerade bei Arbeits- und Sicherheitsschuhen kommt der Passform ganz besondere Be-

deutung zu“, sagt Rukapol-Firmenchef Thomas Rudolf Haider. Wie bisher die Schuhgröße beim Anprobieren festzulegen, ist äußerst mangelhaft und ungenau.

Rukapol stellt Kommunen und Betrieben den Fußscanner jetzt kostenlos zur Verfügung. Das Gerät liefert in wenigen Sekunden eine zweidimensionale Fußvermessung, zeitaufwändige Anproben entfallen. Der Einsatz der digitalen Fußvermessung ist ein wichtiger Schritt zu einer weiteren Verbesserung der Gesundheit am Arbeitsplatz.

Information

Rukapol-Manufaktur für Sicherheitsschuhe GmbH
4441 Behamberg
Tel.: 07252/82001
Mail: office@rukapol.at
Web: www.rukapol.at

F.F.



M-U-T Maschinen - Umwelttechnik - Transportanlagen GmbH
A - 2000 Stockerau Schießstattgasse 49
fon: +43-2266-603-0 fax: +43-2266-603-153
e-mail: office@m-u-t.at homepage: www.m-u-t.at





Schutz vor Dachlawinen ist Sache des Liegenschaftseigentümers

Denn nicht immer kommt das Gute von oben

Während hinreichend geklärt scheint, wer für die Räumung der Gehsteige entlang von Grundstücken zuständig ist, wird der „Schneelage auf dem Dach“ meist noch zu wenig Beachtung geschenkt. Wie nun die Fläche eines Daches richtig gesichert wird, damit nicht Schnee oder Eis Passanten gefährden oder es durch zu große Schneemassen an den Rand der Belastbarkeit kommt, davon handelt dieser Bericht.

Hans Braun

Haus- und Liegenschaftsbesitzer in den Schneelagen Österreichs werden wahrscheinlich aus Erfahrung wissen, wie sie ihre Dachflächen sichern müssen, damit es nicht zu Dachlawinen kommt. Sie werden auch wis-

sen, wieviel Last ihre Dächer vertragen, damit es nicht zu Katastrophen kommt wie vor ein paar Jahren in Bayern, als das Dach einer Schwimmhalle eingestürzt ist. Zudem es seitdem jeden Menge Literatur über den Druck von nassem oder trockenem Schnee gibt und wer den

gefährlichen Weg auf das Dach antreten muss, um den Schnee zu entfernen.

Doch schon wenig Schnee kann ins Rutschen kommen und auf dem Boden böse Schäden anrichten. Wie dem vorgebeugt wird, darüber gibt es eine neue Önorm B 3418:2010.

Schneeschutzsysteme: Planung und Ausführung

Sogenannte Schneeschutzsysteme sollen in der Regel das Abrutschen verhindern und die Dachdeckung sowie die Traufenausbildung vor zu großem Druck schützen. Bei möglichen Gefährdungen durch Schneeverfrachtungen oder Wächten müssen diese entfernt bezie-



Gerade in einem vorwiegend alpin geprägten Land wie Österreich gehört der Umgang mit großen Schneemassen zum Alltag. Leider ist vielen Bürgern nicht bewusst, was Österreichs Gemeinden hier an vorbeugendem Schutz leisten.

hingweise durch den Liegenschaftseigentümer entsprechende Sicherungsmaßnahmen gesetzt werden.

Der Gesetzgeber fordert nun insbesondere in den Baugesetzen der einzelnen Bundesländer, dass auf Dachflächen, auf denen die Gefahr einer Schneeabrutschung besteht, entsprechende Maßnahmen zur Vermeidung eben des Abrutschens der Schneemassen vom Dach festzulegen und umzusetzen sind.

In der Regel werden dazu einreihige Schneefangsysteme im Traufenbereich des Daches verlegt. Diese kommen aber auch wieder nur in wenig schneereichen Gegenden oder bei kleinen Dächern zum Einsatz. Bei großen, steilen und glatten Dachflächen oder in Gegenden mit hohem Schneeaufkommen sind Kombinationen von Schneehaltesystemen zu verwenden, die über die ganze Dachfläche verteilt sind.

Werden nun auf Dächern Schneeschutzsysteme angeordnet (wer dies anordnet, wird in der Norm nicht weiter ausge-

führt, Anm.), so dürfen Schneefang-, Schneehaltesysteme oder eine Kombination aus beiden zur Anwendung kommen. Auch hier eine Spezifizierung: Lineare Schneeschutzsysteme dürfen so-

Der Gesetzgeber fordert insbesondere in den Baugesetzen ..., dass auf Dachflächen, auf denen die Gefahr einer Schneeabrutschung besteht, entsprechende Maßnahmen zur Vermeidung ... festzulegen und umzusetzen sind.

wohl als schneehalte- als auch als Schneefangsysteme verwendet werden, punktförmige nur als Schneehaltesysteme.

Ab einer Dachneigung von 45 Grad ist eine Kombination von Schneefangsystemen und Schneehaltesystemen auszuführen, bei Systemen aus Ton bereits ab 35 Grad Dachneigung.

Worauf zu achten ist

Exponierte Dachbereiche wie Kehlen können höhere Schneemengen aufweisen und bedürfen daher weitergehender Maß-

nahmen. Die gewählten Schneeschutzsysteme müssen in diesen Dachbereichen entweder die höheren Lastanforderungen aufnehmen oder die Last wird durch zusätzliche Schutzsysteme verteilt.

Und bei großen Dachvorsprüngen ist natürlich besonders auf die Lastabtragung der gewählten Schneeschutzsysteme zu achten.

Bei großflächigen Belichtungs-, Solarthermie- und Photovoltaik-elementen und dergleichen, bei denen ein Rückhalten des Schnees unmöglich und meist auch unerwünscht ist, sind besondere Vorkehrungen zu treffen, um Beschädigungen an Dach, Bauwerk und anderen Gütern sowie insbesondere Personenschäden mit ausreichender Sicherheit zu verhindern.

Mehr Information zu dieser Norm beim Österreichischen Normungsinstitut, Heinestraße 38, 1020 Wien, www.as-plus.at

Medienservice von Infrapool

Infrapool bietet
speziell für Städte und
Handelsverbände:

Websites/Blogs inkl.
Newsletter, Forum,
Veranstaltungskalender,
Online-Shop,
Umfragen, RSS-Feed
uvm.

Meinungsführer-Email-
Adressrecherche u.
Stammkundenerfassung,
Adressdatenbank-
Verwaltung

Flyer, Folder,
Broschüren, Poster,
Transparente,
Visitenkarten,
Präsentationsflächen,
Verkleidung von
Ständen/Schalter,
3D-Stadtpläne, uvm.



Kontakt:

Frau Mag. Schaffner
0699/19449404 oder
marketing@infrapool.com



Eindeutig: Neueste LED-Lampen helfen beim Sparen Energiesparlampen überall: LED- Europameister Mitterdorf im Mürztal

Mitterdorf i.M. gehörte öster-
reichweit zu den ersten Ge-
meinden, die den Einstieg in
die LED-Technik machten.

Bereits 2009 wurden die er-
sten 20 LED-Straßenleuchten
installiert.

Nach einem Jahr konnte man
erste Ergebnisse präsentie-
ren: Seit der Installation der
LED-Leuchten wurden 75%
der Strom- und Wartungskos-
ten eingespart. Durch den
geringeren Stromverbrauch
konnte eine CO₂-Reduktion von 1270
kg erreicht werden.

Bürgermeister Walter Berger, Marktge-
meinde Mitterdorf i.M.: „Nach den Er-
fahrungen im ersten Jahr waren wir
einfach begeistert. Die LED-Technik
von AUTOLUX hat die Erwartungen
weit übertroffen. Für uns war deshalb
klar, dass wir möglichst schnell auf
diese Straßenbeleuchtung der Zukunft



Die Glühbir-
ne hat ausge-
dient, im Bild
eine energie-
sparende LED
Leuchte

umsteigen wollen. Und
zwar komplett!“ Zwischen
September und November
werden rund 600 Straßen-
leuchten auf LED-Licht um-
gerüstet. 2011 folgt die Sa-
nierung des Hauptplatzes.
Gleichzeitig werden die
Bürgerinnen und Bürger
von Mitterdorf i.M. moti-
viert, auch in den Haushal-
ten auf das umweltfreundli-
che LED-Licht umzusteigen.

Information



Autolux Vertriebs- und
Beratungsgesellschaft m.b.H
Poststraße 3 * 8753 Fohnsdorf
Tel: +43 (0) 3573 / 34 290
Fax: +43 (0) 3573 / 34 290 20
www.led-europameister.at

E.E.

Platzgestaltung mit TerraWay

Umweltschonung lässt sich belegen!



Der neue TerraWay-Bodenbelag am Ben-
noplaz zeichnet sich auch durch hohen
Gehkomfort aus.

So wie der Park am Bennoplaz im
8. Wiener Gemeindebezirk lassen sich
viele öffentliche Plätze, Wege und
Flächen in Städten und Gemeinden
mit TerraWay-Bodenbelägen beson-
ders umweltfreundlich gestalten.
Denn TerraWay ist wasserdurchlässig,
atmungsaktiv und gleichzeitig fest.
Die befestigten Flächen werden je-
doch im Vergleich mit Asphalt oder
Beton nicht versiegelt, die Erde atmet
spürbar auf. Zusätzlich bestechen
TerraWay-Bodenbeläge durch ihre
Langlebigkeit und Fähigkeit, Schall
und Feinstaub zu schlucken.
Informieren Sie sich jetzt!

Information

Steinbauer Development GmbH
Favoritenstraße 50, A-1040 Wien
Tel.: 01/505 80 11
Mail: terraway@steinbauer.co.at
www.terraway.info

E.E.

Schneeräumvorhersagen für Ihre Gemeinde

Rechtzeitig wissen, wann es schneit



Österreichs größter privater Wetterdienst UBIMET bietet heuer wieder spezielle Schneeräumvorhersagen für Ihre Gemeinde. Die Wetterprognosen werden individuell für jede Gemeinde berechnet und enthalten neben der Schneefallgrenze, der Temperatur- und Wetterentwicklung auch Informationen, wieviel Neuschnee an Ihrem Ort zu erwarten ist. „Grundlage für die Prognosen sind eigens für den Alpenraum entwickelte lokale Wettermodelle“, erklärt Chefmeteorologe Manfred Spatzierer. Der Vorteil

der Schneeräumprognosen liegt darin, dass Ihre Gemeinde nicht mehr von allgemein gehaltenen Vorhersagen im Rundfunk abhängig ist und bei Haftungsfragen die Wetterwerte archiviert werden. Kunden wie ÖBB, aber auch Straßendienste und Maschinenringe vertrauen bereits seit Jahren auf die punktgenauen Vorhersagen von UBIMET.

Information

UBIMET GmbH
Dresdner Straße 82
A-1200 Wien
Tel.: +43 (0) 1 99 71 004 0
Fax: +43 (0) 1 99 71 004 20
E-Mail: office@ubimet.com
Web: www.wetter.tv
www.umweltzentrale.at
www.ubimet.com

E.E.

Pietätvoll, umweltfreundlich und würdevoll

Erfolgreich zertifiziert: Urnenbestattungssysteme von PAUL WOLFF

Für höchste Produktqualität wurde aktuell der Friedhofsausstatter PAUL WOLFF mit dem RAL-Gütezeichen 502/3 für Urnenbestattungssysteme zertifiziert. Das Unternehmen entspricht damit den sehr strengen Normen der deutschen RAL-Gütegemeinschaft Friedhofsysteme e. V.

Die Prüf- und Gütebestimmungen legen fest, dass die Urnensysteme und -anlagen eine langfristige Belegung sowie eine pietätvolle, umweltfreundliche und würdevolle Verwendung über mehrere Mindestruhepflichten gewährleisten. Die Zertifizierung garantiert, dass PAUL WOLFF eine gleichbleibende



Qualität auf hohem Niveau bietet. Das gilt sowohl für die Herstellung und die Konstruktion der Urnenbestattungssysteme als auch für die vielfältigen Zusatzausstattungen. Damit ist sichergestellt, dass der Kunde auf seinen Friedhöfen Qualitätsprodukte einsetzen kann. Insbesondere, wenn es um ein so sensibles Thema wie Bestattung geht.

Information

PAUL WOLFF GmbH
Tel.: +49 (0) 21 61/9 30-3
Web: www.paulwolff.de

E.E.

Stangl Kommunaltechnik

Neue Kehrmaschine für Villach



Anfang September konnte Stangl Kommunaltechnik eine neue Kompaktkehrmaschine an die Mitarbeiter des Wirtschaftshofes der Stadt Villach übergeben. Die Kehrmaschine vom Typ Hako Citymaster 2000 wird zum Reinigen der Straßen, Wege, Gehsteige und Plätze in der rund 59.000 Einwohner zählenden Stadt eingesetzt. Die Maschine verfügt über ein robustes und leistungsfähiges Frontkehraggregat mit 3 Besen, wobei der dritte Frontkehrbesen in alle Richtungen schwenkbar ist, die Kehrmaschine arbeitet dadurch besonders effizient. Das leistungsstarke Absaugaggregat sorgt dabei zusätzlich für ein perfektes Kehrergebnis. Zusätzlich ist am Frontkehraggregat eine Schwemmanlage mit Schwalldüse montiert. Aber auch eine optimale Wendigkeit – dank Allradlenkung – und der hohe Bedienerkomfort zeichnen die Stangl Kehrmaschine aus. Die Citymaster 2000 ist mit einem 100 PS starken, extrem treibstoffsparendem 2,0-Liter-Motor ausgerüstet, zugelassen nach der neuesten Euro 5-Abgasnorm. Die Kehrmaschine verfügt außerdem über einen aktiven, wartungsfreien Rußpartikelfilter, der zusätzlich für möglichst saubere Emissionen der Abluft sorgt. Und die Citymaster ist nach der Feinstaubrichtlinie „PM10“ zertifiziert.

Information

Stangl Reinigungstechnik GmbH
Tel.: 06215/8900-0
Fax: 06215/6432
info@kommunalmaschinen.at
www.kommunalmaschinen.at

E.E.

Hohe Anforderungen an die Sicherheit von Straßen und Gehsteigen

Winterdienst mit Unterschieden: Splitt und Salz im Vergleich

Je härter der Winter, umso stärker schlägt der Dauerbrenner Splitt oder Salz auf Straßen und Gehsteigen wieder zu. Begriffe wie Baumsterben, Zerstörung von Grünflächen, Schädigung von Hausfassaden und Belastungen durch Feinstäube beherrschen die Diskussion, wenn es um die Entscheidung zwischen Splitt oder Salz beim Winterdienst geht.

Die richtige Auswahl des Streumittels und dessen Dosierung stellt nach wie vor eine Herausforderung für Straßenmeistereien und Hausbesorger dar. Ein Zeichen dafür, dass das Allheilmittel noch nicht gefunden wurde. Nachdem in den 1980er-Jahren die Hälfte des Baumbestandes in den Wiener Alleen dem Salz zum Opfer gefallen war, wurde bis 2004 ein Streusalzverbot in der Bundeshauptstadt verhängt. Dann hat die Diskussion um die Belastung durch Feinstäube den Streusplittproduzenten hart zuge-setzt. Deren Umsätze haben sich seither halbiert, obwohl Mess-ergebnisse in Ballungsgebieten

Wie der heurige Winter gezeigt hat, dürfte die Versorgungssicherheit beim dezentral bereitgestellten Streusplitt höher sein als beim Streusalz.

den Streusplitt weitgehend von Schuld befreien. Seine Wirkung wird im Zusammenhang mit der Gesamtstaubbelastung ziemlich überschätzt. Ein neues Regelwerk soll in Zukunft dafür sorgen, dass Streusplitt vernünftigen und Staub reduzierenden Kriterien entspricht. Seine Nachteile sollen vermindert werden, damit die Vorteile von Streusplitt weiter zum Tragen kommen können: Er ist bei allen Temperaturen einsetzbar, Oberflächen und Grundwasser werden nicht beeinträchtigt, er führt vergleichsweise zu geringen Schäden an der Vegetation und sein Einsatz an Stelle von Streusalz entspricht außerdem der Alpenkonvention.

Wie der heurige Winter gezeigt hat, dürfte die Versorgungssicherheit beim dezentral bereitgestellten Streusplitt höher sein als beim Streusalz. Bekanntlich kam es in mehreren europäischen Ländern und vor allem in deutschen Großstädten zu gewaltigen Engpässen und teilweise zu Panikkäufen. Die Wahl des richtigen Streumittels ist immer eine Frage der Rahmenbedingungen. Die falsche Anwendung von Splitt oder Salz ist nur geeignet, beide Produkte in Verruf

zu bringen. Hersteller und Anwender sind daher gefordert, durch fortlaufende Untersuchungen, Innovationen und Forschungsprojekte für mehr Sicherheit und Qualität im Interesse der Bürger, der Natur, aber auch von Pudel, Pinscher und Co. zu sorgen.

Verkehrssicherheit

Zur Erhöhung der Verkehrssicherheit im Winter werden auf Österreichs Straßen zur Glatteisbekämpfung verschiedene Mittel eingesetzt. Man unterscheidet grundsätzlich zwei Arten von Streumittel:

- ▶ abstumpfende Streumittel (Streusplitt)
- ▶ auftauende Streumittel (Streusalze)

Die Festlegung auf einen der beiden Streumittel-Typen ist von verschiedenen Rahmenbedingungen abhängig, wobei sich grob zwei Einsatzbereiche definieren lassen:

- ▶ Primäres Straßennetz hohe Verkehrsbelastung/hohe Geschwindigkeit (Autobahnen, Schnellstraßen, hoch belastete Bundes- oder Landesstraßen)
- ▶ Sekundäres Straßennetz geringe Verkehrsbelastung/geringe Geschwindigkeit (ländliches, regionales Verkehrs-wegenetz, Parkplätze)

Der Einsatz von Streusplitt im sogenannten primären Straßennetz wie Autobahnen, Schnellstraßen oder andere Hauptverkehrswege ist kaum effizient und nicht sinnvoll. Der Einsatz auftauender Streumittel ist aus Gründen der Verkehrssicherheit auf hochbelasteten Straßen jedenfalls vorzuziehen.

Ganz anders ist die Situation im sekundären Straßennetz, für dessen Bewirtschaftung teilweise die örtlichen Kommunen ver-



Pflanzen leiden besonders unter der Anwendung von Streusalz. Solche „Verbrennungen“ können vermieden werden.



Streusplitt, wie er z. B. im Piestingtal (NÖ) produziert wird, ist optimal zur Splittstreuung.

antwortlich sind. Beispielsweise ist es im ländlichen Verkehrsnetz üblich, dass der Streusplitt abgedeckt in losen Haufen straßennahe gelagert wird. Die Beladung der Streufahrzeuge kann dabei mit einfachen landwirtschaftlichen Maschinen bei so gut wie jeder Witterung erfolgen. Außerdem verfügen die für den Winterdienst zuständigen Gemeindebauhöfe nicht immer über das technische Equipment, das für die Lagerung bzw. Ausbringung von auftauenden Streumittel erforderlich ist. Gerade in jüngster Zeit wird immer häufiger eine sogenannte „Nullstreuung“ propagiert. Argumentiert wird dabei, dass Strecken ohne Streumittel-Ausbringung gemieden werden und daher auch keine signifikanten Unfallzahlen eruiert wären. Die Antwort auf die Frage: Wozu werden Straßen gebaut, wenn diese gemieden werden sollen, ist dem Leser vorbehalten. Bleibt daher nur zu hoffen, dass im nächsten Winter niemand auf „spiegelglatter“ Fahrbahn ausrutscht.

Ökonomische Versorgung

Während auftauende Streumittel teilweise tausende Kilometer weit an den Ort der Verwendung transportiert werden, ist Streusplitt ein regionales Produkt. Streusplitt wird in vielen Rohstoffbetrieben Österreichs vor Ort gewonnen und ist deshalb für das regionale bzw. ländliche Straßennetz von großer Bedeutung. Die Transportwege sind kurz und die sofortige Verfügbarkeit ist stets gewährleistet. Gerade bei langen, frost- und tauintensiven Wintern ist die Versorgung mit österreichischem Streusplitt besser gesichert als mit teilweise importiertem Streusalz. Vor schnellen Schlüssen beim

Kostenvergleich muss ebenfalls gewarnt werden. Auf den ersten Blick scheint Streusalz in der Anschaffung billiger. Die indirekten Kosten durch Korrosions-

Vorteile der Splittstreuung

- ▶ Streusplitt ist bei allen Temperaturen einsetzbar
- ▶ Grund- und Oberflächenwässer werden durch Streusplitt nicht beeinträchtigt
- ▶ Streusplitt führt kaum zu Schäden an der Vegetation
- ▶ Streusplitt beeinträchtigt nicht das Landschaftsbild. Dies ist insbesondere in Tourismusregionen von Bedeutung
- ▶ Der Einsatz von Streusplitt anstelle von Streusalz entspricht der Alpenkonvention
- ▶ Streusplitt wird regional produziert und ist stets vor Ort verfügbar
- ▶ Die Versorgungssicherheit in langen und frost-tauwechselintensiven Wintern ist bei Streusplitt höher als bei Streusalz
- ▶ Aufgrund der Nahversorgerfunktion der Streusplitt-Produzenten werden Arbeitsplätze in der Region gesichert
- ▶ Streusplitt kann rezykliert oder deponiert werden

Nachteile bei der Splittstreuung

- ▶ Streusplitt muss eingekehrt werden
- ▶ Streusplitt trägt an den Einkehrtagen zur Staubbelastung bei
- ▶ Der Winterdienst mit Streusplitt im primären Straßennetz ist teuer
- ▶ Streusplitt führt zu Lack- und Korrosionsschäden an Fahrzeugen
- ▶ Streusplitt führt zum vorzeitigen Verschleiß von Fahrmarkierungen

schäden an Bauwerken und vor allem an Bäumen und Pflanzen sind beim Einsatz von Streusalz jedoch wesentlich höher.

Durch die Funktion der Streusplitt-Erzeuger als „Nahversorger“ haben diese große wirtschaftliche Bedeutung für die Kommunen, da auch über die Wintermonate Arbeitsplätze in der Region zur Verfügung stehen. Wie Studien belegen, schont der Winterdienst mit Streusplitt auch die Umwelt und sichert Arbeitsplätze in den Regionen.

Vorteile der Salzstreuung

- ▶ Die Ausbringung von Streusalz ist billiger
- ▶ Salzstreuung gewährleistet eine höhere Verkehrssicherheit

Nachteile bei der Salzstreuung

- ▶ Die Wirkungsweise der verschiedenen Auftaumittel ist temperaturabhängig (z. B. wirkt Natriumchlorid, auch Kochsalz genannt, nur bis minus 8 °C)
- ▶ Die Wirkungsweise von Streusalz ist stark von der zu schmelzenden Schneemenge abhängig
- ▶ Streusalz verursacht Korrosionsschäden an Fahrzeugen (Lack- und Elektronikschäden)
- ▶ Streusalz verursacht Schäden an der Vegetation
- ▶ Salzstreuung belastet die straßennahen Böden
- ▶ Salzstreuung belastet Grund- und Oberflächenwasser
- ▶ Salzstreuung kann die Abwasserreinigungsleistung von Kläranlagen beeinträchtigen
- ▶ Streusalz greift die Pfoten von Haustieren und das Schuhwerk der Passanten an
- ▶ In langen Wintern mit vielen Frost-Tauwechseln kann es zu Versorgungsengpässen kommen

Information

Forum mineralische Rohstoffe
Wiedner Hauptstraße 63
1040 Wien
Tel.: 05/ 90 900 - 3533
Fax: 01/505 62 40
E-Mail: steine@wko.at
www.forumrohstoffe.at
www.strassenbaustoffe.at

Die niedrigen Emissionszahlen sprechen für den Kraftstoff Erdgas

Mit Erdgas fahren und Sprit sparen

Erdgas im Tank, auch Compressed Natural Gas (CNG) genannt, verbindet Wirtschaftlichkeit und Umweltbewusstsein. Verglichen mit konventionellen Fahrzeugen emittieren Erdgasautos bis zu 85 Prozent weniger Stickstoffoxide, die zur Ozonbildung beitragen, bis zu 20 Prozent weniger Kohlendioxid und bis zu 90 Prozent weniger Partikel. Und auch die Einfahrt in Tiefgaragen ist – anders als bei Flüssiggasautos – möglich.



Erdgas ist ein kostengünstiger und mit weniger Emissionen verbundener Treibstoff für alle motorisierten Fahrzeuge.

5500 Erdgasautos in Österreich zeigen, dass umweltfreundliche Mobilität ohne Komfortverlust möglich ist. Mit derzeit 169 Erdgastankstellen ist

auch eine durchgängige Versorgung gewährleistet. Besonderer Vorteil: Der CNG-Preis ist mit durchschnittlich 0,9 Euro per Kilo konstant niedrig. Ein Kilogramm Erdgas hat außerdem den Energieinhalt von 1,5 Liter Benzin und 1,3 Liter Diesel. Wer sein Erdgasauto um zehn Euro

betankt, muss erst nach 214 Kilometern wieder an die Tankstelle – und kommt damit von Wien bis nach Judenburg. Der gleiche Mittelklassewagen mit Dieselmotor schafft es um zehn Euro hingegen nur 173 Kilometer weit. Die Anschaffungskosten eines Erdgasautos entsprechen jenen eines vergleichbaren Dieselmotors und rechnen sich rasch.

Der CNG-Preis ist mit durchschnittlich 0,9 Euro per Kilo konstant niedrig. Ein Kilogramm Erdgas hat außerdem den Energieinhalt von 1,5 Liter Benzin und 1,3 Liter Diesel.

Information

Wien Energie
E-Mail:
erdgasfahrzeuge@wienenergie.at
Aktuelle Liste der Tankstellen im Internet auf:
www.wienenergie.at

E.E.

Zusammenarbeit mit der BAWAG P.S.K. bringt 500 gemeinsame Filialen

Post Partner Teil eines noch stärkeren Netzwerks

Seit Mitte Oktober ist es soweit: Mit der Inbetriebnahme des bereits 925. Post Partners haben die Partner-Unternehmer die Zahl der von der Post selbst betriebenen Geschäftsstellen erstmals überflügelt. Und das Netz, das mittlerweile insgesamt schon 1850 Geschäftsstellen umfasst, wächst weiter. In diesen Tagen wird bereits der 1000. Post Partner, ein Spar-Markt im niederösterreichischen Lilienfeld, seine Pforten öffnen.

Parallel zum kontinuierlichen Ausbau des Partnernetzwerkes hat die Post jetzt einen weiteren wichtigen Schritt für die Zukunft ihres Netzes getan: Durch die intensivierte Zusammenarbeit mit der BAWAG P.S.K., mit der künftig mehr



Bald wird der 1000. Post Partner eröffnet, Vorstandsmitglied Herbert Götz sieht positiv in die Zukunft.

als 500 Filialen gemeinsam betrieben werden, wurde der Finanzdienstleistungssektor noch einmal verstärkt. Künftig wird die BAWAG P.S.K. auch gemeinsam mit der Post zur Vollbank und so regional



stark vertreten sein. „Und gerade da kommen wieder die Post Partner ins Spiel. Sie ergänzen das Netz der Geschäftsstellen und bieten ja auch die wichtigsten Basis-Finanzdienstleistungen an. Und

eben dieses dichte Netz in ganz Österreich kann kaum jemand bieten. Wir gehen davon aus, dass deshalb der Finanzbereich weiter gestärkt wird und sich das natürlich auch auf den Erfolg der Post Partner auswirken wird“, sieht Post-Vorstandsdirektor Dr. Herbert Götz positive Effekte der intensivierten Kooperation auf die Partner.

Information

Österreichische Post AG
Postgasse 8
1010 Wien
Post Partner-Hotline:
0800 20 60 60
E-Mail:
postpartner@post.at

E.E.

Nach Verwendung wieder in den Kreislauf zurück

Bitte weitersagen: Glasverpackungen zum Altglas geben

Aus Glas formen die Glasmacher wieder Glas. In 1A-Qualität. Leider ist nicht allen Weinflaschen, Gurkengläsern, Parfumflacons ein neues Leben als edle Glasverpackung vergönnt. Über 40.000 Tonnen Altglas sehen einem tristen Ende auf Deponien entgegen. Das ist sehr schade. Sie sind für das Recycling unwiederbringlich verloren.

Glasrecycling ist ein perfekter Materialkreislauf.

Dank Glasrecycling sparen wir Rohstoffe, Energie und Geld. Und reduzieren unseren CO₂-Footprint. Pro Jahr sparen wir zum Beispiel über 150.000 Tonnen Quarzsand. Über 200.000 m³ Naturraum bleiben unberührt, weil Glasverpackungen nicht deponiert, sondern rezykliert werden.

Daher: Glasverpackungen gehören zum Altglas. Zum Schutz von Umwelt und Klima.



Fotos: Vetropack

Gebrauchte Glasverpackungen gehören zum Altglas. Es werden neue daraus geformt. Zur Freude der Umwelt.

Information

Austria Glas Recycling GmbH
Obere Donaustraße 71
A-1020 Wien
Tel.: +43/1/214 49 00
Fax: +43/1/214 49 08
E-Mail: office@agr.at
Web: www.agr.at

E.E.

Wiener Stadthalle

Garant für tolle Veranstaltungen und Shows für alle Sinne

Mit unzähligen Top-Veranstaltungen ist Österreichs größtes Veranstaltungszentrum weit über die Grenzen des Landes hinaus bekannt. Ob als Schauplatz von tollen Konzerten (Pop, Rock, Musicals), Sportereignissen (Masters of Dirt, Bank Austria TennisTrophy) oder Messen und Ausstellungen (La Donna, Best) – so gut wie alles ist möglich in der Wiener Stadthalle. Bis zu 1,2 Mio. Menschen jährlich besuchen die Wiener Stadthalle. Rund 600 Veranstaltungen werden Jahr für Jahr in den Hallen am Vogelweidplatz abgewickelt.

Highlights im Herbst/Winter:

Disney „Camp-Rock – Das Musical“. Am 25. November feiert das Musical, in dem Musik von jungen, talentierten SängerInnen und MusikerInnen gelebt wird, seine deutschsprachige Erstaufführung in der Halle F. Weitere Termine bis 6. Dezember. Ein Hit für Kids und Jugendliche.

www.camprock-musical.at

Best of Christmas

Am 10. Dezember lädt Weltstar José Carreras hochkarätige Gäste wie Patrizia Kaas, Natalia Ushakova, José Carreras & Friends auf die Bühne der Wiener Sängerknaben auf die Bühne der Halle D ein und werden die BesucherInnen stimmungsvoll auf die schönste Zeit des Jahres vorbereiten. Das Topkonzert in der Weihnachtszeit.



Credit: Maro Taliani

wiener stadthalle
ein unternehmen der wienholding

Information

Alle Infos und Tickets unter
Tel.: 01/ 79 999 79
Web: www.stadthalle.at

E.E.

Unternehmenssoftware mit Online-Service

Was kann Cloud für Sie tun?

Bedeutet eine (Schnee)Wolke (Cloud) nicht nur Räumarbeit? Nicht nur ... wenn Sie in Ihrer Gemeinde moderne IT nutzen und dabei die Kosten gering halten wollen, macht es Sinn, sich mit Cloud Computing zu beschäftigen. Mit Microsofts Cloud Computing - den Online Services - können Sie auch unterwegs auf Ihre E-Mails zugreifen, gemeinsam mit Kollegen ein Dokument bearbeiten oder Webkonferenzen durchführen. Eine aufwändige IT ist nicht erforderlich, denn die Produkte nutzen Sie direkt übers Internet. So sparen Sie Kosten und profitieren gleichzeitig von 99,9% Verfügbarkeit, umfassender Sicherheit und vereinfachter IT-Verwaltung. Microsoft Online Services bieten Ihnen ein Höchstmaß an Flexibilität mit vielen weiteren Vorteilen:

- ▶ keine Vorinvestitionen, kein Eigenaufwand für IT-Betrieb (Server, Strom, Updates etc.), günstige Preise.
- ▶ hoher Sicherheitsstandard der Microsoft-Rechenzentren (mehrere Zertifizierung zb nach ISO 27001), vertraglich zugesicherte Service Level Agreements mit über 99,9 % Verfügbarkeit
- ▶ Online Services sind sofort und einfach nach der Buchung innerhalb weniger Stunden nutzbar, die Einrichtung erfordert kein IT-Wissen, Updates werden von Microsoft eingespielt.
- ▶ Online Services bieten hohe Flexibilität in der Abrechnung (pro Nutzer und Monat, Buchung entsprechend des realen Bedarfes, etc.)
- ▶ Online Services erleichtern Ihre Kommunikation und vereinfachen die Zusammenarbeit innerhalb der Gemeinde und mit Ihren Partnern.

Informationen und eine Übersicht der Partner finden Sie auf www.microsoft.com/austria/cloud



Christian Beyrl ist Verkaufsleiter für öffentliche Unternehmen im Mittelstand, Microsoft

Autofrei: Picknickstimmung an der Ringstraße

435 Gemeinden dabei

Picknickstimmung herrschte Anfang September auf der Wiener Ringstraße. Am „Autofreien Tag“ hat sich der Asphalt zwischen Babenbergerstraße und Burgtor zum grünen Rasen verwandelt, neun Stunden lang blieb die innerstädtische Hauptverkehrsader gesperrt. Österreichweit haben sich 435 Gemeinden an Aktionen rund um den „Autofreien Tag“ beteiligt. Rollrasen wurde auch in einigen Stadtteilen Salzburgs ausgelegt. Vier Tage lang war ein Teil Reuttes in Tirol au-

tofrei. In Wien, Graz, Linz, St. Pölten, Eisenstadt, Wels, Steyr und Feldkirch traten Fahrräder, Öffis und Autos zu einem Vergleichstest an. Das Fahrrad setzte sich dabei auf Kurzstrecken als das schnellste Verkehrsmittel durch. „Das beweist einmal mehr, dass das Umsteigen auf klimafreundliche Alternativen nicht nur gesünder ist und weniger Kosten verursacht, sondern gleichzeitig auch noch Zeit spart“, sagte Umweltminister Niki Blerakovich (VP). Verkehrsministerin Doris Bures (SP)



Zahlreiche Aktionen machten den autofreien Tag zum Erlebnis.

kündigte an, Alternativen zum Auto forcieren zu wollen. Sie sieht die Zukunft der Mobilität vor allem im intermodalen Verkehr: „Wenn ich in St. Pölten mit dem eBike zum Bahnhof fahre, dort in den Zug steige

und nach dem Westbahnausbau in nur 25 Minuten in Wien bin und danach mit der U-Bahn ins Büro fahre, dann ist das nicht nur schneller als mit dem Auto, sondern auch wesentlich umweltfreundlicher.“

Mindestsicherung

Anlaufprobleme bei Auszahlung

Eine Flut von Anträgen und zu wenig Sachbearbeiter führten bei der Umsetzung der Mindestsicherung in vielen Bundesländern zu Anlaufschwierigkeiten. Laut „Standard“ und „Salzburger Nachrichten“ gäbe es auch vermehrt Fälle, wo Menschen trotz „Verschlechterungsverbot“ mit deutlich geringeren Bezügen auskommen müssen.

Innovativ: Erste Gemeinde-Applikation (App)

Schwaz Mobile – Infos auf einen Blick

SCHWAZ

Schwaz Mobile ist mehr als ein interaktiver Stadtplan. Die Welt der Mobilfunkindustrie dreht sich um zahlreiche Neuerungen, dieser Trend ist an der Tiroler Gemeinde Schwaz nicht spurlos vorbeigegangen. Als eine der ersten Gemeinden kann man die Silberstadt mit der App „Schwaz Mobile“ erleben. Die Informationen reichen von Sehenswürdigkei-

ten und Öffnungszeiten bis hin zu Fahrplänen. Beim nächsten Besuch sollten Bürger als auch Gäste das iPhone also stets an ihrer Seite haben, denn der Dienst ist noch dazu gratis verfügbar. Dabei handelt es sich um Anwendungen für Internet, Mobiltelefone und andere elektronische Geräte. Voraussetzung für die Verwendung ist einzig eine Internetverbindung.

Atomkraft: Rechtswidrig

AKW-Ausbau vorerst gestoppt

SÜDBÖHMEN

Der Ausbau des AKW Temelin, welches sich in der Nähe der österreichischen Grenze befindet, wurde nun vorerst unterbrochen. Der Kraftwerksbetreiber CEZ hat eine „Verspätung“ um mehrere Jahre angekündigt. Eine Umweltverträglichkeitsprüfung und ein schwieriger Absatzmarkt seien die Ursachen für die Planänderung, sehr zur Freude der heimischen Atomkraftgegner.

Wettbewerb: Gemeinden sind ausgezeichnet seniorengenehm

Viele Aspekte für eine Auszeichnung

WIEN

Bereits zum vierten Mal wurden die seniorengenehm-

lichsten Gemeinden ausgezeichnet. Insgesamt 77 Gemeinden hatten sich bewor-

ben, nun wurden die fünf Sieggemeinden prämiert. Zahlreichen Auswahlkriterien, dazu gehörten Gesundheit, Pflege und Betreuung, Barrierefreiheit, Infrastruktur, Freizeit- und Bildungsangebot, Ehrenamt, Partizipation, Vernetzung zwischen den Generationen und vieles mehr, zählten zu den Auswahlkriterien. Eine hochkarätige Jury kürte die fünf Gewinner, was keine leichte Aufgabe war.

Unbestimmte Zeit

Gemeindetag verschoben

FELDKIRCH

Da Präsident und Bürgermeister Mag. Wilfried Berchtold aus gesundheitlichen Gründen seine Funktion derzeit nicht ausüben kann, wurde der auf 8. Oktober 2010 in Schlins anberaumte Voralberger Gemeindetag abgesagt. Es gibt noch keinen neuen Termin.



Die BürgermeisterInnen der Gewinnergemeinden mit Sozialminister Rudolf Hundsdorfer.

Sicherheitsstatistik: Ergebnisse zeigen ein erfreuliches Bild

Rückgang der Gesamtkriminalität um 9,5 Prozent

WIEN

„Die Kriminalität geht in Österreich weiter zurück. In den ersten drei Quartalen des heurigen Jahres gab es um 9,5 Prozent weniger Anzeigen als im Vergleichszeitraum des Vorjahres“, sagte Dr. Herbert Anderl, Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit, am 7. Oktober 2010 in Wien. Von Jänner bis September 2010 wurden bundesweit 398.415 Fälle angezeigt. Im Vergleichszeitraum des Vorjahres waren es 440.187 Fälle.

„Bei all jenen Delikten, die im Vorjahr die Exekutive massiv forderten, sind die Rückgänge besonders hoch“, sagte Anderl. So ging die Zahl der Einbruchsdiebstähle in Einfamilienhäuser um 40,9 Prozent zurück, die Zahl der Einbruchsdiebstähle in Wohnungen um 19,01 Prozent. Diese Kriminalitätsrückgänge gibt es in allen neun Bundesländern: In Salzburg ging die Kriminalität um 12,5 Prozent zurück, in Niederösterreich um 12,4 Prozent und in Oberösterreich um 11,7 Prozent. In der Bundeshauptstadt Wien ist die Zahl der Anzeigen um 10,4 Prozent zurückgegangen. Gerade in



Keine Chance für Einbrecher

der Bundeshauptstadt ist der Rückgang besonders erfreulich, weil Wien als Großstadt besonderen Herausforderungen unterliegt. Die höchsten Aufklärungsquoten verzeichneten Vorarlberg mit 56,9 Prozent, das Burgenland mit 51,3 Prozent und Oberösterreich mit 49,7 Prozent. Mehr auf www.bmi.gv.at

Schülerprojekt: Weltweit Individuelle Schülermobilität

ÖSTERREICH

Das Programm Comenius – individuelle Schülermobilität ermöglicht Auslandsaufenthalte von Schülern im Rahmen bereits bestehender Comenius-Schulpartnerschaften. Dazu werden sie auch finanziell unterstützt. Förderungen werden für die entsendende Schule, die Gastschule und die betroffenen Schüler vergeben; diese erhalten eine monatliche Pauschalförderung sowie Reisekosten. Die aktuelle Ausschreibung betrifft das Schuljahr 2011/12, Anträge sind bis 1. Dezember bei der Nationalagentur Lebenslanges Lernen in Wien zu stellen. Mehr Infos auf www.lebenslanges-lernen.at/home/nationalagentur_lebenslanges_lernen/comenius_schule_und_kindergarten/individuelle_schuelermobilitaet/

Im Verdacht: Immer mehr Betrugsfälle in der Politik

Wahlfälschungen bei allen Wahlen

Nach den jüngsten Ereignissen im Burgenland, ein Bürgermeister legte wegen zugegebener Wahlmanipulation sein Amt nieder, häufen sich insgesamt die Beschwerden über unsach-

gemäßige Wahlabläufe. Derzeit gibt es zu untersuchende Fälle in Ostirol und Wien. Laut Experten sei eine Briefwahlreform dringend umzusetzen, sonst gäbe es zu viele Betrugsmöglichkeiten.

Erweitert: Initiative für junge Vorarlberger

Finanzführerschein für 18- bis 25-Jährige

Bereits mehr als 4000 Kinder und Jugendliche im Alter von elf bis 18 Jahren haben den Vorarlberger Finanzführerschein absolviert und machen so diese österreichweit einzigartige Initiative für Schuldenprävention zu einem Erfolgsmodell.

Nun geht man einen Schritt weiter. Landesrätin Greti Schmid kündigte Mitte Oktober im Landhaus eine Ausweitung der Aktion an: Ab Herbst 2010 wird der Finanzführerschein auch für 18- bis 25-Jährige angeboten.

Unabhängig: Sprache und Kultur teilen

Gemeinsame Heimat: Zehn Jahre zweisprachige Ortstafeln

Zehn Jahre Ortstafeln im Burgenland, ein guter Grund, das gute Miteinander zu betonen. Das vieldiskutierte Thema Ortstafeln stand am Sonntag im burgenländischen Ort Großwarasdorf im Mittelpunkt. Dass diese Frage ganz friedlich gelöst werden kann, zeigt man im Burgenland schon seit zehn Jahren. Aus diesem Grund trafen sich wichtige österreichische Politiker und betonten den Vorbildcharakter des Bundeslandes. Im Jahr 2000 wurden die 47 zweisprachigen deutsch-



Landtagsabgeordneter Leo Radakovits, Vizekanzler Josef Pröll, Bundesminister Niki Berlakovich und Bürgermeister Stefan Rozsenich.

kroatischen und vier deutsch-ungarischen Ortstafeln an ihren Standorten montiert.

Bürgermeisterinnen-Treffen mit Anstoß zum Austausch

Ortschefinnen zu Besuch in der Buckligen Welt

Vom 20. bis 22. August fand in der Buckligen Welt (Bezirk Wiener Neustadt-Land in Niederösterreich) das alljährliche Bürgermeisterinnentreffen statt. Derzeit gibt es in Österreich 118 Bürgermeisterinnen – bei insgesamt 2357 Gemeinden, 22 kamen zum vierten bundesweiten Treffen. Neben touristischen Besichtigungen wurden auch aktuelle Themen der Kommunalpolitik erläutert und vor allem Erfahrungen aus der Praxis ausgetauscht.

Die beiden Bürgermeisterinnen Michaela Walla (Warth) und Hannelore Handler-Woltran (Katzelsdorf) organisierten, unterstützt von Roman Lechner, Obmann des Tourismusverbandes Bucklige Welt, das vierte bundesweite Bürgermeisterinnentreffen. Die Politikerinnen reisten aus allen Bundesländern nach Niederösterreich, um sich zu vernetzen und auszutauschen. „Die Stimmung war sehr gut. Für mich war es wichtig, Erfahrungen von anderen Bürgermeisterinnen auf den Tisch zu bringen. Denn als Frau ist es manchmal nicht so einfach; da tut es gut, zu wissen, dass es

auch anderen genauso geht“, erklärt Michaela Walla nach dem Treffen. „Man kann schon sagen, dass es Frauen nicht unbedingt leichter haben im Amt“, so Walla.

Parteilpolitik stand beim Bürgermeisterinnentreffen nicht auf der Tagesordnung. „Ob Schwarz oder Rot, was zählt sind die gemeinsamen Stärken als Frauen“, so Warths Ortschefin. Ein um-



fangreiches Programm führte die Damen, die hoch zufrieden in der Therme Bad Erlach untergebracht waren, quer durch die Bucklige Welt. „Großartig, so positiv und vielseitig, dass viele gleich anmerkten, sicher auch einmal privat in unsere Region zu kommen“, schwärmt Walla. „Für manche war das Treffen aus zeitlichen Gründen nicht möglich, andere, wie die Bürgermeisterin aus Karpfenberg Mag. Brigitte Schwarz, kamen auch nur für ein paar Stunden, und das freut mich ganz besonders“, erzählt Walla. Die Arbeit mit Menschen und für Menschen ist für die Bürgermeisterinnen wie für die Bürgermeister eine Herausforderung. „Mit dem Zusatz, dass für Frauen oft eine Dreifachbelastung auf sie wartet: Familie, Job und Amt“, das beschreibt für Walla im Großen und Ganzen ihren Lebensinhalt. Walla wurde für ihre Arbeit in der Politik, nahezu ins kalte Wasser gestoßen. Sie gibt bekannt, dass sie sich so manches auch anders vorgestellt habe, bevor sie das Amt antrat. Damit ist sie sicher nicht die Einzige. Neben großzügigen Ausflügen, besuchten die Ortschefinnen unter anderem das Keltenmuseum Schwarzenbach, das Passionspielhaus Kirchschatz, die Windkraftanlage zwischen den Gemeinden Hollenthon und Lichtenegg sowie das Zinnfigurenmuseum Katzelsdorf und die Theresianische Militärakademie in Wiener Neustadt.



Pitters KOMMUNALTREND

Wer macht Lobbying für den Bürger?

Und da war es wieder, das böse L-Wort: „Lobbying verhindert notwendige Reformen“. Oder: „Lobbyisten diktieren die Politik“. Was verbirgt sich hinter dem Begriff, der vom englischen

dem Fehlen verpflichtender Regeln. Nicht zuletzt deshalb hat man auf EU-Ebene ein freiwilliges Register von Lobbyisten eingerichtet, und auch in Österreich werden stärkere Kontrollmechanismen diskutiert.



Nicht das Lobbying selbst ist das Problem, sondern das Fehlen klarer Regeln.

Letztlich unabhängig davon, ob Lobbying positiv oder negativ besetzt ist, stellt sich die Frage, welche Rolle es in der Gemeindepolitik spielt. Gerade auf Gemeindeebene gibt es

„lobby“ (= Vorhalle – des Parlaments, wie wohl hinzuzufügen ist) abstammt. Einfach ausgedrückt geht es um Einflussnahme auf die Politik durch verschiedene Interessengruppen abseits der normalen Entscheidungswege. Das Phänomen stammt aus den USA, die Politik in der EU wurde jedoch schnell ein wichtiges Feld für Lobbyisten. Auch in Österreich zeigt sich eine stetige Zunahme lobbyistischer Einwirkungen. Dies wurde durch verschiedene Skandale begleitet, und so bekamen Lobbyisten rasch ein negatives Image. Branchenkenner sehen jedoch nicht im Lobbying selbst das Problem, sondern in der fehlenden Transparenz und

häufig Partikularinteressen; dies schafft einen idealen Raum für Lobbying. Die Entwicklung der Gemeinde ist eben nicht nur Sache der Behörden, sondern aller Akteure in der Gemeinde. Neben formellen Mitwirkungsmöglichkeiten, wie der Teilnahme an Gemeindeversammlungen, Partizipation an Abstimmungen oder Mitwirkungsverfahren bei Planungen, gibt es informelle Möglichkeiten wie eben Lobbying. Im gemeindepolitischen Kontext ist dies die Bildung einer Interessengruppe, die eine gemeinsame Meinung vertritt und dieser Geltung zu verschaffen sucht. Oder anders ausgedrückt: Bürger machen Lobbying für Bürger.



Dr. Harald Pitters,
Trendexperte und
Kommunalforscher



Kärnten, Klein St. Paul, Museum für Quellenkultur, begehbare Stahlobjekt, von Werner Hofmeister.

Rechts: Salzburg, das Thiersattelgut in Werfen: Ein Blick auf die bäuerliche Lebenswelt vergangener Zeiten.



Foto: BDA

26. September 2010: 12. Tag des Denkmals

Orte des Genusses für alle Sinne

Bei freiem Eintritt und fachkundigen Führungen waren am 26. September über 250 „Orte des Genusses“ zu besichtigen, die meist sonst nicht öffentlich zugänglich sind. EigentümerInnen und Bundesdenkmalamt (BDA) luden zum „Tag des Denkmals“ ein, der im Rahmen der „European Heritage Days“ (EHD) zum 12. Mal stattfand.

Die EHD basieren auf einer Idee des französischen Kulturministers Jack Lang aus dem Jahr 1884, die 1991 vom Europarat aufgegriffen wurde. Seit 1999 finden sie unter der Patronanz von Europarat und der Europäischen Kommission statt und haben sich zur größten, jeden September in ganz Europa von 49 Ländern inszenierten Kulturveranstaltung mit insgesamt über 10 Millionen BesucherInnen entwickelt.

Ziel der EHD ist es, den Wert des gemeinsamen kulturellen Erbes bewusst zu machen. Dieses Erbe umfasst nicht nur „Denkmale“ im klassischen Sinn, sondern auch Kulturräume, handwerkli-

che Fähigkeiten oder besonderes Wissen und Fertigkeiten.

In Österreich öffnen private Wohnhäuser wie z. B. das „Orgelbauerhaus“ in Eisenstadt (Bgl.), die „Alban Berg Villa“ in Trahtütten (Stmk.), die „Ehem. Domkapitel Pflugsverwaltung“ in Mauterdorf (Szb.), das „Ehemalige Sommerhaus des Damenstiftes“ in Hall (T) oder die „Villa Maund“ in Schoppernau (Vlbg.) ebenso ihre Türen, wie die Schlösser „Freyenthurn“ in Klagenfurt (K), „Hagenberg“ und „Loosdorf“ im Weinviertel (NÖ) oder auch das „Ehemalige Palais Kaunitz“ in Laxenburg (NÖ). Einen Einblick in ihre Gärten gewährten etwa „Schloss Ehrnegg“



Foto © Urzeitmuseum Nussdorf Traisental

Niederösterreich, Nußdorf ob der Traisen, Urzeitmuseum, archäologische Funde aus der Region Traisental.



Foto: Michael Oberer

Vorarlberg, Berg Isel bei Bregenz, Schützenscheibe aus der Sammlung der Hauptschützengilde Bregenz.



Foto: Georg Falkner

Burgenland; Die Freistadt Rust ist das bedeutendste Stadtensemble des Burgenlandes und außerdem durch den UNESCO-Welterbe-Status ausgezeichnet.

in Griffen (K), „Schloss Brunnsee“ (Stmk.) oder der „Klostergarten von Stift Stams“ (T). Während das als Villa gebaute „Kraftwerk Forstsee“ in Techelsberg (K) noch heute in Betrieb ist, verweisen das Berghütten-Ensemble „Küng's Maisäß“ im Klostertal (Vlbg.) bzw. die neu entdeckten archäologischen Fundplätze der „Thaurer Felder“ (T) auf vergangene Formen der Land- und Viehwirtschaft. Als Beispiele für Orte der leiblichen Genüsse finden sich nicht nur das historische „Kellerviertel“ in Heiligenbrunn (Bgl.), der „Kaiserliche Weinkeller“ in der Wiener Hofburg und die zahlreichen Brauereien. Das ehemalige Speisezimmer von Kronprinz Rudolf ist ebenso zu besichtigen wie der nun von der IIASA als Mensa genutzte Gartensaal im ehem. Palais Dietrichstein in Laxenburg (NÖ) oder die Küche von Schloß Hluboká (Frauenberg) im tschechischen Südböhmen, aber auch historische Buschenschanken und

Ziel der EHD ist es, den Wert des gemeinsamen kulturellen Erbes bewusst zu machen. Dieses Erbe umfasst nicht nur „Denkmale“ im klassischen Sinn, sondern auch Kulturräume, handwerkliche Fähigkeiten oder besonderes Wissen und Fertigkeiten.

Wirtshäuser wie der „Glojacherhof“ in Stubenberg (Stmk.) oder der beispielhaft mit modernen Zubauten versehene „Steinerwirt“ in Lofer (Sbg.). Zum Essen und Trinken gehört oft auch die Unterhaltung. Dies illustrieren etwa das „Historische Schützenhaus“ in Enns (OÖ), die Tanzlaube in Satteins (V) und der „Toboggan“ im Wiener Wurstelprater ebenso wie das „Non Stop-Kino“ in Graz oder das ehemalige Theater im Annahof in Wien. Mit den Besuchen der angebotenen „Orte des Genusses“ sollte es gelingen, den Menschen den Zusammenhang zwischen den Denkmalen und ihrer Nutzung, und dem Vergnügen, das vermittelt wurde und wird, augenfällig zu machen.

Mehr auf
www.tagdesdenkmals.at

KOMMUNAL-Kolumne

Mittel- und langfristige Planung von Vorteil

Kooperationsmodelle

Die immer knapperen Budgetmittel in den öffentlichen Haushalten zwingen die Kommunen zu immer drastischeren Maßnahmen. Es ist ein Gebot der Stunde, nicht nur Einmalaktionen zu setzen.

Das Leistungsspektrum der Kommunen und die Art der Erbringung werden sich in den nächsten Jahren deutlich verändern.

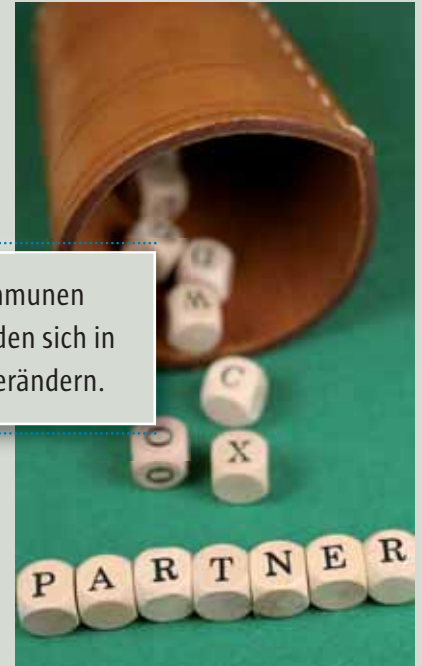
In Zukunft werden jene Körperschaften erfolgreich sein, die sich ganz grundsätzlich und langfristig damit auseinandersetzen, welche Leistungen sie noch selbst erbringen können und welche sie sich nicht mehr leisten wollen oder können.

Innovative Kooperationskonzepte

Da aber fast alle Leistungen ihre Berechtigung haben, sind innovative Kooperationskonzepte gefragt. Die Kommunen müssen sich die Frage stellen, welche dieser Aufgaben sie selbst erbringen und mit welchen sie einen Dritten beauftragen.

Bei Infrastrukturinvestitionen sind die Public Private Partnership (PPP)-Modelle diesem Gedanken bereits gefolgt. Diese Modelle sind jedoch erfahrungsgemäß nur für maximal 20 Prozent der Anschaffungen für die öffentliche Hand von Vorteil.

Neu und immer wesentlicher wird Kooperation bei laufenden



(Dienst-)Leistungen. Zur Hebung der Reserven in diesem Bereich müssen zunächst systematisch alle Leistungen einer Kommune analysiert und die damit in Zusammenhang stehenden Kosten erhoben werden.

Der wichtige Schritt: Die Entscheidung darf nicht auf kurz-, sondern muss auf mittel- und langfristig fundierter Planung aufbauen.

Die Arbeitsteilung kann sich zwischen Öffentlich und Privat, aber auch zwischen zwei öffentlichen Stellen als vorteilhaft herausstellen.

Eines ist gewiss: Das Leistungsspektrum der Kommunen und die Art der Erbringung werden sich in den nächsten Jahren deutlich verändern.

E.E.



Miklós Révay
Partner PwC Price-
waterhouse Coopers
Erdbergstraße 200
1030 Wien
Tel.: 01/501 88-2920
E-Mail: miklos.revay@at.pwc.com
Web: www.pwc.at

Burgenland

Gemeinden an Einnahmen zu 30 Prozent beteiligt

GVV Burgenland bringt Entlastung für Gemeinden im kommenden Jahr

EISENSTADT

„Durch Verhandlungen mit dem Land konnten wir eine faire Verteilung bei der Bundesautomatenabgabe erreichen!“, ist GVV-Präsident Ernst Schmid zufrieden.

Es wurde ein Gesetz zur Erhebung eines Zuschlags auf die Bundesautomatenabgabe eingebracht. Das bedeutet für das Land Burgenland Mehreinnahmen von über 1,3 Millionen Euro pro Jahr.

Schule setzt auf moderne Möglichkeiten

iPad-Klasse startet in Jennersdorf

JENNERSDORF

In einem neuen Projekt mit wissenschaftlicher Begleitung wird in der Informatik-Hauptschule das iPad den Schülern die Schultasche erleichtern. Durch die Möglichkeit, Lerninhalte mit weiterführenden Internet-

Seiten, Videos oder Audio-dateien zu verknüpfen, „kann man auch die verschiedenen Lerntypen ansprechen. Es ist ein ganz neuer Zugang“, so Direktor Hannes Thomas. Die Bücher und Hefte sollen damit aber nicht ersetzt werden.



Bindeglied zwischen Regionen und Orten

95 Prozent der Gemeinden sind im Radwegenetz

EISENSTADT

„95 Prozent aller Gemeinden sind bereits an das rund 2500 km lange Radwegenetz Burgenlands angeschlossen. Davon profitieren nicht nur die örtliche Bevölkerung, sondern auch die Gäste. Die gezielten Radtourismusinvestitionen bewirken, dass rund 30% unserer Gäste einen Raderlebnisurlaub im Burgenland verbringen. Burgenland bietet für jeden Radfahrer etwas, der sportlich Motivierte kommt genauso auf seine Kosten wie die Familie, die die schöne Landschaft und intakte Natur im Radsattel erfahren und genießen will“,

betont Tourismuslandesrätin Mag. Michaela Resetar anlässlich der europäischen Mobilitätswoche.

Die Gemeinden haben in den letzten fünf Jahren rund 6 Mio. Euro in das Radwegenetz investiert, die mit Tourismuskitteln in der Höhe von ca. 2,7 Mio. Euro unterstützt wurden, unterstreicht Resetar die Bedeutung des Radfahrangebotes. Ziel ist es auch, die Radwanderwege grenz- und bundesländerübergreifend zu vernetzen. Radwege seien eine wichtige Säule im Tourismus und verbinden Regionen und Gemeinden.



Kärnten

Gemeindebund begrüßt Strukturveränderungen

Aufgabenreform und finanzielle Entlastung

KLAGENFURT

Der von Gemeindeferent Landesrat Dr. Josef Martinz eingebrachte Vorschlag nach einer Aufgabenreform stellt eine langjährige Forderung der Interessenvertretungen der Gemeinden dar. Die Reform muss aber tiefgreifender sein und kann sich nicht auf Stan-

desämter und Bauhöfe beschränken. Bgm. Hans Ferlitsch, Präsident des Kärntner Gemeindebundes: „Gleich drei aktuelle Studien belegen, dass die Kärntner Gemeinden im Rahmen von Umlagen wesentlich mehr an das Land abliefern, als sie vom Land retourniert bekommen. Im

Bundesländervergleich ist die Belastung der Kärntner Gemeinden mit einem Transfersaldo von über 300 Euro je Einwohner besonders hoch.“ Daher ist es für den Vertreter der Gemeinden vollkommen klar, dass eine Aufgabenreform nur dann Sinn macht, wenn damit auch eine Diskussion über die Finanzierung der einzelnen Aufgaben verbunden ist. Ferlitsch mahnt eine Aufgabenreform und Neuordnung der Zuständigkeiten ein. Ferlitsch: „Die Kärntner Gemeinden haben in der Vergangenheit ein hohes Maß an Verantwortung im Umgang mit öffentlichem Geld bewiesen.“

Rekordtief

Immer weniger Lehrlinge

KLAGENFURT

Nur noch 15 Prozent der Betriebe in Kärnten bilden Lehrlinge aus. Gab es vor 30 Jahren rund 15.000 Lehrlinge, sind es heute nur noch rund 9000. Darauf machte die Gewerkschaftsjugend am Tag der Lehre aufmerksam und stellte zahlreiche Forderungen. Geht es nach ihnen, dann sollen Firmen, die keine Lehrlinge ausbilden, dafür in den Berufsausbildungsfonds einzahlen. Ein weiteres Problem stelle die hohe Jugendarbeitslosigkeit dar. Insgesamt seien in Kärnten rund 4000 Unter-25-Jährige in keinem ordentlichen Beschäftigungsverhältnis.



Niederösterreich

Gemeindevertreterverbands-Präsidenten fordern den Bund zu mehr Absicherungsmaßnahmen auf

Bürgermeisteramt muss noch attraktiver werden

ST. PÖLTEN

Die Kandidatensuche für das Amt des Bürgermeisters war noch nie so schwierig wie heute: Steigende zeitliche Mehrbelastung, massive Veränderung des Arbeitsumfeldes, enorme Verantwortung und mangelnde Entlohnung der Ortschefs machen das Amt des Bürgermeisters immer unattraktiver. Dazu kommt, dass die Belastungen, die erwarteten Qualifikationen und die strafrechtliche und zivilrechtliche Verantwortung der Gemeindechefs in keinem Verhältnis zur Abgeltung für vergleichbare Tätigkeiten in Privatwirtschaft und Politik stehen. Mit der Erhöhung der Bür-



Die Präsidenten der Gemeindevertreterverbände in Niederösterreich, Alfred Riedl (VP) und Rupert Dworak (SP), sind sich einig.

germeisterbezüge vor zwei Jahren haben die Gemeindevertreter einen ersten Schritt in die richtige Richtung gemacht, um mehr Anreize für das Amt des Bürgermeisters zu schaffen. Nun fordern die Gemeindevertreterverbände von ÖVP

und SPÖ den Bund erneut und nachdrücklich auf, die säumigen pensions- und sozialrechtlichen Absicherungsmaßnahmen für Bürgermeister zu beschließen. Das Amt des Bürgermeisters hat sich in den letzten 15 Jahren stark gewandelt.

„Früher waren wir Verwalter, heute sind wir Gemeindevanager“, sagt VP-GVV-Präsident Alfred Riedl. Neben den klassischen behördlichen Aufgaben sind die Anforderungen im Bereich der Privatwirtschaft, insbesondere bei der Bewirtschaftung des Gemeindevermögens, gestiegen. Dazu kommen aktuelle Herausforderungen wie die Organisation der Nachmittagsbetreuung von Kindern. „Und in finanziell schwierigen Zeiten wird es immer schwieriger, qualifizierte und gleichermaßen motivierte Nachfolger zu finden“, betont SP-GVV-Chef Rupert Dworak.



Oberösterreich

Schul-Förderung

Land unterstützt Sprachwochen

LINZ

Das Land Oberösterreich unterstützt die Abhaltung von Auslandssprachwochen von oberösterreichischen höheren Schulen, Hauptschulen und polytechnischen Schulen bzw. die Abhaltung von Sprachprojekten mit „native-speakers“ im Inland.

Weiters wurden schulische Projekte mit zusammen 111.800 Euro finanziert. Unter anderem wurden eine meeresbiologische Projektwoche eines Gymnasiums nach Rovinj, zahlreiche Schulprojekte und eine von der Pädagogischen Hochschule des Bundes geplante Studienreise nach Deutschland unterstützt.

Neues Energiespar-Tool für Gemeinden präsentiert

Online Energie sparen

TRAUNKIRCHEN

Bei der Präsentation des „Onlinecheck Energiespargemeinde“ im Klostersaal Traunkirchen strich Wirtschaftsminister Dr. Reinhold Mitterlehner die Bedeutung der Kommunen für die Energiestrategie Österreich hervor und betonte: „Ich habe dieses Tool selbst schon getestet. Jetzt sollten auch die Medien unterstützend mitwirken, damit es bekannt wird und wir

das Projekt in alle Bundesländer bringen. Ich bin überzeugt, dass wir gemeinsam etwas bewegen können.“ Oberösterreichs Gemeindebund-Präsident LAbg. Bgm. Hans Hingsamer forderte die Kommunen auf, aktive Schritte zu setzen. Rund 70 anwesende Bürgermeister zeigten sich sehr interessiert.

Minister Mitterlehner zu Gast in Oberösterreich.



Großanlage installiert

Solarzellen liefern Strom und Wärme

WELS

Im August 2008 wurde von der Elektrizitätswerke Wels AG (EWWAG) eine solare Großanlage (3600 m² Kollektorfläche) auf der Messehalle Wels ausgeschrieben. Dies ist die zweitgrößte thermische Solaranlage Österreichs; die größte Solaranlage mit 4062 m² Flachkollektoren steht in Graz. Die „Solare Fernwärme Wels“ liefert nun 1,55 GWh Wärme für 150 Haushalte und spart rund 358 Tonnen CO₂ jährlich. Landesrat Rudi Anschober zeigte sich hoch erfreut über das Projekt – es sei ein wichtiger Schritt.



Salzburg

Die Novelle des Gesetzes wurde nun detailliert vorgestellt – Vereinfachung und Erweiterung der Vorschriften

Neuerungen in Salzburgs Gemeindeordnung in Kraft

SALZBURG

Anfang Oktober ist die Novelle der Salzburger Gemeindeordnung in Kraft getreten. Dabei wurde vorgesehen, dass die Tagesordnung als ersten Punkt die Abhaltung einer Fragestunde für Gemeindeglieder zu enthalten hat, in welcher diese zu einzelnen Tagesordnungspunkten der Gemeindevertretungssitzung Anfragen an den Bürgermeister und die zuständigen Mitglieder der Gemeindevorstellung richten können.

Weiters wurde nun einem verhinderten Ausschussmitglied ermöglicht, sich auch durch ein Ersatzmitglied



nes anderen Ausschusses vertreten lassen zu können. Um Verzögerungen durch Vizebürgermeister bei der Unterfertigung von Verpflichtungserklärungen hintanzuhalten, sieht § 42 Abs. 1 vor, dass der jeweils der Reihenfolge nach nächstgeordnete Gemeinderat zur Mit-

unterfertigung berufen ist, wenn der in der Reihenfolge nächstberufene Gemeinderat die Urkunde nicht innerhalb von zwei Wochen ab Aufforderung zur Mitunterfertigung durch den Bürgermeister unterfertigt. Diese Bestimmung gilt jedoch nur für Verpflichtungser-

klärungen und nicht etwa Rechnungen.

Auch im Prüfungsausschuss gab es zahlreiche Änderungen.

Dem Prüfungsausschuss obliegt nun auch die Prüfung der Gebarung von Unternehmungen mit eigener Rechtspersönlichkeit, an denen die Gemeinde mit mindestens 50 Prozent des Stamm-, Grund- oder Eigenkapitals beteiligt ist oder diese durch finanzielle oder sonstige wirtschaftliche oder organisatorische Maßnahmen tatsächlich beherrscht. Nähere Details auf www.gemeindeverband.salzburg.at

www.gemeindeverband.salzburg.at



Steiermark

Rekordwinter-Resultat soll gehalten werden

Für Wintersaison gut vorbereitet – bald mehr als 5 Mio. Nächtigungen

GRAZ

Dank mehrerer Großinvestitionen sieht sich der Steiermark Tourismus gut auf die kommende Saison vorbereitet. Mit 4,999.533 Nächtigungen im Vorjahr stehen die Verantwortlichen vor ei-

ner Herausforderung. Diese Zahl soll gehalten werden und im kommenden Jahr über die 5 Millionen gehen. Die größten Investitionen wurden in den Ausbau der Seilbahnen und Gondelbahnen gesteckt.



Die Geschichte von Eisenerz ist stark mit dem Erzberg verbunden.

Abwanderung nimmt immer mehr zu

Einwohnerzahl erreicht in Eisenerz Tiefstand

EISENERZ

Das obersteirische Eisenerz hat seit Jahren mit der sinkenden Einwohnerzahl zu kämpfen. 1951 wohnten noch rund 13.000 Menschen in Eisenerz. Mit weniger als 5000 Bewohnern wurde nun ein neuer Tiefstand erreicht. „Das ist furchtbar für uns“, erklärte Bürgermeisterin Christine Holzweber. Das 2006 ge-

startete Restrukturierungsprogramm zeigte zwar erste Ergebnisse, doch ohne langfristigen Erfolg.

Derzeit liegt das Hauptaugenmerk auf Betriebsanstellungen und Tourismus. Neue Geschäfte im Zentrum und der Weiterbestand des Nordischen Zentrums sollen vermehrt Besucher in die Stadt locken.



Neuer Lift- und Pistenbau in Murau

Projekt Frauenalpe liegt auf dem Tisch

MURAU

Das Projekt „Aufstiegshilfe Frauenalpe“ stand auf der Tagesordnung im Murauer Gemeinderat. Die betroffenen Grundeigentümer haben dem Projekt grundsätzlich zugestimmt. Neben einer neu zu errichtenden Piste sollen auch die beste-

hende Abfahrt ins Tal verbreitert und eine Höhenloipe errichtet werden. Zusätzlich soll im Sommer eine Mountainbike-Strecke ins Tal dazukommen. Die Kosten für das Projekt belaufen sich, nach derzeitigen Schätzungen auf rund 18,5 Millionen Euro.

Tirol

Verkehrssicherheits-Check für Gemeinden Förderaktion wird fortgesetzt

INNSBRUCK

Zur Verminderung des Unfallrisikos bietet das Land Tirol seit Jahresbeginn einen Verkehrssicherheits-Check für Gemeinden an. Über 40 Gemeinden haben sich bisher beteiligt und wurden vom Kuratorium für Verkehrssicherheit Tirol genau unter die Lupe genommen.

Die Förderaktion wird nun weitergeführt.

Im Rahmen einer Begehung vor Ort hat das Kuratorium potenzielle Gefahrenstellen ermittelt und Empfehlungen zur Entschärfung gegeben.

Im Mittelpunkt stand die sichere Gestaltung von Schutzwegen, Kreuzungen,

Haltestellen, Radfahrstreifen u. v. m.

Verkehrslandesrat Bernhard Tilg: „Wir freuen uns sehr, dass der Verkehrssicherheits-Check auf so großes Interesse stößt. Ein besonderes Anliegen ist uns die Verkehrssicherheit im Bereich von Schulen und Kindergärten sowie bei Seniorenheimen. Der für die Gemeinden kostengünstige Check ist ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Verkehrssicherheit in Tirols Gemeinden. Die große Nachfrage bestärkt uns, die Förderaktion fortzusetzen.“ Gemeinden, die sich für einen Check entscheiden, erhalten zwei Drittel der Kosten vom Land.



LH Günther Platter bei der Eröffnung des „Tiroler“ SOS-Kinderdorfs in Nepal mit SOS-Kinderdorf-Präsident Helmut Kutin.

Feierliche Eröffnung des Hilfsprojekts Tiroler SOS-Kinderdorf in Nepal

LUMBINI/INNSBRUCK

Die Tiroler Landesregierung hat anlässlich des 60. Geburtstages von SOS-Kinderdorf beschlossen, ein Kinderdorfprojekt in Nepal zu unterstützen. Das Kinderdorf wurde in Lumbini, am Fuße des Himalaya, im Beisein von LH Günther Platter, Staatspräsident Ram B. Yadav und SOS-Kinderdorf-Präsident Helmut Kutin offiziell seiner Bestimmung übergeben.

„SOS-Kinderdorf zählt zu den größten privaten Sozialprojekten der Welt. Umso

stolzer können wir sein, dass seine Wurzeln in Tirol liegen. Vor 60 Jahren wurde von Hermann Gmeiner das erste Kinderdorf in Imst gegründet“, erklärte LH Günther Platter. Das jüngste SOS-Kinderdorf besteht aus 15 Familienhäusern, in denen rund 150 Kinder bei ihren SOS-Kinderdorf-Müttern ein sicheres und dauerhaftes Zuhause bekommen. Das Land hat den Bau von acht Familienhäusern unterstützt und dafür 600.000 Euro zur Verfügung gestellt.



Foto: VLK

Die neuen KIT-Mitarbeiter in Vorarlberg.

Krisenintervention und Notfallseelsorge-Ausbildung Erfolgreiche KIT-Absolventen

FELDKIRCH

Um Menschen zu helfen, die dramatische Erlebnisse zu verarbeiten haben, gibt es in Vorarlberg seit mittlerweile zehn Jahren die Krisenintervention und Notfallseelsorge (KIT). Im Beisein von Landesrätin Greti Schmid wurden die Einsatzberechtigungen an die Absolventinnen und Absolventen der KIT-Ausbildung überreicht. Die Organisation leiste ei-

nen wichtigen Beitrag zur hohen Qualität des Vorarlberger Hilfs- und Rettungswesens und sei ein unverzichtbares Glied in der Rettungskette, sagte Schmid. Verlangt werden starke Persönlichkeiten, die fest im Leben stehen und belastbar sind.

Im Jahre 2009 wurden die ehrenamtlichen KIT-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu 192 Einsätzen gerufen.

Vorarlberg

Damit die Lebensqualität überall im Land hoch bleibt

Strukturförderungsmittel für Vorarlbergs Gemeinden

BREGENZ

Die Vorarlberger Landesregierung hat kürzlich die Vergabe weiterer Strukturförderungen für die Gemeinden beschlossen. Sechs Projekte in fünf Vorarlberger Gemeinden werden mit ins-

gesamt 275.000 Euro unterstützt. Landeshauptmann Herbert Sausgruber: „Das ist vor allem für kleine, finanzschwächere Gemeinden eine wichtige Entlastung, die sie unterstützt, ihre Aufgaben umzusetzen.“

Flugbeobachter stellt positiven Bericht aus Vereinbarte Lärmgrenzen wurden im August nicht überschritten

BREGENZ/ALTENRHEIN

Auch im August 2010 wurden die staatsvertraglich vereinbarten Tageslärmbelastungen durch den Betrieb des Flugplatzes Altenrhein nicht überschritten. Das geht aus dem jüngst vorgelegten Bericht des

Flugbeobachters des Landes Vorarlberg hervor, der die Flugbewegungen in Altenrhein wieder konsequent kontrolliert hat. Im September wurden insgesamt 31 Ausnahmebewilligungen erteilt.





Südtiroler Gemeindeverwaltungen gehen neue Wege

E-Government – eine komplette Neuausrichtung der Verwaltung

BOZEN

Informationstechnisch und organisatorisch werden in den großen Südtiroler Verwaltungen neue Wege beschritten. Diese verlangen nicht nur bei den Bürgern ein Umdenken, sondern auch bei den Beamten. Die wichtigsten Südtiroler Behörden setzen auf elek-

tronische Dienstleistungen, die über ein gemeinsames Internetportal angeboten werden. „Die so bereitgestellten Dienste werden in den nächsten Jahren immer zahlreicher werden“, erklärt Dr. Gudrun Troi, eGovernment-Beauftragte im Südtiroler Gemeindenverband. Sie versucht aber auch Ängste zu nehmen: „Im Sinne der Kundenorientierung wird es aber auch weiterhin andere Möglichkeiten geben, um mit den Verwaltungen in Kontakt zu treten.“ Man versuche aber, auf neue Bedürfnisse der Bürger einzugehen. Und dieser suche eben eine schnelle, zeit- und ortsun-

abhängige Abwicklung seiner „Amtsgänge“. Von der bisherigen „autoritären Verwaltung“ („Wenn du etwas brauchst, dann komme zu mir!“) wendet man sich also im Sinne der Kundenorientierung etwas ab: Die Behörden bringen ihre Dienstleistungen über das Internet ins Wohnzimmer

sehen ist, einen verbindlichen Abschluss bringen. Ein bereits gut funktionierendes Beispiel stellt die Zahlungsabwicklung der Gebühren (Trinkwasser, Abwasser und Müll) dar. Zwischen Bürger, Gemeinde und Bank können alle Vorgänge digital abgewickelt werden. Man kann direkt

über die Online-Dienste seine eigene Position einsehen und kontrollieren, auch jene den Bearbeitungsstand von Ansuchen betreffend. „Das Misstrauen wird schwinden und das Nutzen der Online-Dienste wird

irgendwann zur Selbstverständlichkeit werden“, zeigt sich auch Wilfried Battisti Matscher, der Vizepräsident des Südtiroler Gemeindenverbandes, begeistert.

Das Misstrauen wird schwinden und das Nutzen der Online-Dienste wird irgendwann zur Selbstverständlichkeit werden.

Wilfried Battisti Matscher, der Vizepräsident des Südtiroler Gemeindenverbandes



mer des Bürgers oder ins Büro des Unternehmers. Dies erfordert auch ein internes Umdenken, das nicht von heute auf morgen erfolgen kann. Die Verwaltungen erfahren derzeit eine grundlegend neue informationstechnische und organisatorische Ausrichtung, bei der Dienste auch hinterfragt und neu organisiert werden. Bürokratieabbau ist über „bessere Gesetze“ möglich, aber auch über elektronische Dienstleistungen. Auch im öffentlichen Bereich wird die so genannte digitale Unterschrift, wie sie im Wirtschaftsbereich schon verpflichtend vorge-

tronte Dienstleistungen, die über ein gemeinsames Internetportal angeboten werden. „Die so bereitgestellten Dienste werden in den nächsten Jahren immer zahlreicher werden“, erklärt Dr. Gudrun Troi, eGovernment-Beauftragte im Südtiroler Gemeindenverband. Sie versucht aber auch Ängste zu nehmen: „Im Sinne der Kundenorientierung wird es aber auch weiterhin andere Möglichkeiten geben, um mit den Verwaltungen in Kontakt zu treten.“ Man versuche aber, auf neue Bedürfnisse der Bürger einzugehen. Und dieser suche eben eine schnelle, zeit- und ortsun-

abhängige Abwicklung seiner „Amtsgänge“. Von der bisherigen „autoritären Verwaltung“ („Wenn du etwas brauchst, dann komme zu mir!“) wendet man sich also im Sinne der Kundenorientierung etwas ab: Die Behörden bringen ihre Dienstleistungen über das Internet ins Wohnzimmer

Kontakt

Südtiroler
Gemeindenverband
Genossenschaft,
Kanonikus-Michael-
Gamper-Straße 10,
I-39100 Bozen
Tel.: 0039-0471-304655,
Fax: 0039-0471-304625
E-Mail: info@gvcc.net



Handbuch

Öffentliche Haushalte

Die Budgets von EU, Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherung haben entscheidenden Einfluss auf die Lebensumstände der Bevölkerung. Dieses Buch beschreibt, wofür Steuergeld ausgegeben wird und aus welchen Quellen es stammt, welche Schwerpunkte die Budgets enthalten und nach

welchen Regeln sie gesteuert werden. Es soll Interessierten eine fundierte Basis geben, in Budgetfragen qualifiziert mitzureden, und Neugier wecken für viele weiterführende Fragen, die sich notwendigerweise aus der Lektüre dieses Buches ergeben. Die dritte Auflage aktualisiert die Fakten- und Zahlensubstanz des Buches, beinhaltet gegenüber der zweiten Auflage aber auch neue Aspekte: Dies betrifft erstens das genaue Eingehen auf die Haushaltsrechtsreform des Bundes in den Beiträgen von Manfred Claus Lödl und dem Herausgeber, zweitens die Beschäftigung mit Strategien zur Budgetkonsolidierung im Artikel von Margit Schratzenstaller.



Das Buch

Gerhard Steger, „Öffentliche Haushalte in Österreich“, 3. Auflage, 2010, 520 Seiten, gebunden; ISBN 978-3-7046-5526-4 Preis: 65 Euro (Hörerscheinpreis 52 Euro) Verlag Österreich
Tel.: +43-1-680 14-0, Fax: DW 140,
order@verlagoesterreich.at
www.verlagoesterreich.at

Für Verdienste um die Republik

Ehrungen des Bundes

Mit EntschlieÙung vom 8. September 2010

hat Bundespräsident Dr. Heinz Fischer verliehen:

Das Silberne Verdienstzeichen der Republik Österreich an

- ▶ **Siegfried Erler**, ehem. Vizebürgermeister der Marktgemeinde Mayrhofen in Tirol
- ▶ **Ingeborg Hofer**, ehem. Vizebürgermeisterin der Gemeinde Fraham in Oberösterreich

Mit EntschlieÙung vom 10. September 2010

Die Goldene Medaille für Verdienste um die Republik an

- ▶ **Johann Gahleitner**, ehem. Gemeindevorstand der Marktgemeinde Herzogsdorf in Oberösterreich
- ▶ **Alfred Schmalz**, ehem. Gemeindevorstand der Marktgemeinde Unterweißenbach in Oberösterreich
- ▶ **Alois Hinterdorfer**, ehem. Gemeindevorstand der Marktgemeinde Unterweißenbach in Oberösterreich
- ▶ **Johann Himmelbauer**, ehem. Gemeinderat der Marktgemeinde Unterweißenbach in Oberösterreich
- ▶ **Franz Mühlechner**, ehem. Gemeinderat der Marktgemeinde Unterweißenbach in Oberösterreich
- ▶ **Johann Spindlbeger**, ehem. Gemeinderat der Marktgemeinde Unterweißenbach in Oberösterreich
- ▶ **Alfred Hemmelmayr**, ehem. Vizebürgermeister der Gemeinde Fraham in Oberösterreich

Mit EntschlieÙung vom 16. September 2010

Das Goldene Verdienstzeichen der Republik an

- ▶ **Karl Grünauer**, ehem. Bürgermeister der Marktgemeinde Gunkskirchen in Oberösterreich

Das Silberne Verdienstzeichen der Republik an

- ▶ **Leopold Höller**, ehem. Vizebürgermeister der Stadtgemeinde Grein in Oberösterreich
- ▶ **Ingeborg Pimmingstorfer**, ehem. Vizebürgermeisterin der Gemeinde Wendling in Oberösterreich
- ▶ **Karl Spindelberger**, ehem. Vizebürgermeister der Gemeinde Rechberg in Oberösterreich

Die Goldene Medaille für Verdienste um die Republik an

- ▶ **Wolfgang Rosenstingl**, ehem. Gemeinderat der Marktgemeinde St. Georgen an der Gusen in Oberösterreich
- ▶ **Anita Wansch**, ehem. Gemeinderätin der Marktgemeinde St. Georgen an der Gusen in Oberösterreich
- ▶ **Gerhard Hanetseder**, ehem. Gemeinderat der Marktgemeinde Gallspach in Oberösterreich

Mit EntschlieÙung vom 17. September 2010

Das Goldene Verdienstzeichen der Republik an

- ▶ **Martin Ludwig Fiala**, ehem. Gemeinderat der Statutarstadt Steyr in Oberösterreich

Mit EntschlieÙung vom 17. September 2010

Das Silberne Verdienstzeichen der Republik an

- ▶ **Heidelinde Mitterbauer**, ehem. Vizebürgermeisterin der Marktgemeinde Molln in Oberösterreich

Die Goldene Medaille für Verdienste um die Republik an

- ▶ **Erna Ofner**, ehem. Gemeinderätin der Gemeinde Spital am Phyrn in Oberösterreich
- ▶ **Margarethe Etzelsdorfer**, ehem. Gemeinderätin der Gemeinde Spital am Phyrn in Oberösterreich



Robert Hink nimmt von Erwin Pröll das silberne Komturkruz (rechts der Bruststern) des Landes Niederösterreich entgegen.

Hohe Auszeichnung für Gemeindebund-General

Silbernes Komturkruz für Robert Hink

ST. PÖLTEN

Eine der höchsten Auszeichnungen des Landes Niederösterreich erhielt kürzlich der Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes, Dr. Robert Hink. Ab sofort darf er sich mit dem silbernen Komturkruz des Landes schmücken. Seit 1988 ist Robert Hink Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes. Der geborene Niederösterreicher war vor seiner Tätigkeit im Gemeindebund in der Landesverwaltung tätig.

Sein Herz und Engagement für Niederösterreich hat er auch im Gemeindebund nie verloren. Die hohe Auszeichnung des Landes, die ihm nun von Landeshauptmann Erwin Pröll verliehen wurde, ist Anerkennung für seinen Einsatz und sein Engagement für die Gemeinden und das Bundesland NÖ.

In einer feierlichen Zeremonie und in Anwesenheit der gesamten politischen Landesprominenz erhielt Hink das silberne Komturkruz.

- ▶ **Kurt Stadler**, ehem. Gemeinderat der Gemeinde Spital am Phyrn in Oberösterreich
- ▶ **Roman Köberl**, ehem. Gemeinderat der Gemeinde Spital am Phyrn in Oberösterreich

Mit EntschlieÙung vom 30. September 2010

Das Goldene Verdienstzeichen der Republik an

- ▶ **Adolf Totter**, ehem. Bürgermeister der Gemeinde Mitterlabl in der Steiermark

Die Goldene Medaille für Verdienste um die Republik an

- ▶ **Karl Forstenpointner**, ehem. Gemeinderat der Gemeinde Maria Schmolln in Oberösterreich
- ▶ **Augustin Mülleder**, ehem. Gemeinderat der Marktgemeinde St. Georgen an der Gusen in Oberösterreich
- ▶ **Helmut Hager**, ehem. Gemeinderat der Marktgemeinde St. Georgen an der Gusen in Oberösterreich
- ▶ **Ing. Walter Deischinger**, ehem. Gemeindevorstand der Gemeinde Kleinzell im Mühlkreis in Oberösterreich
- ▶ **Erwin Hinterkörner**, ehem. Gemeinderat der Marktgemeinde Dimbach in Oberösterreich
- ▶ **Johann Kerbl-Rettenbacher**, ehem. Gemeindevorstand der Gemeinde Molln in Oberösterreich

Oberösterreich

Wechsel in der Landesregierung vollzogen

Josef Stockinger geht, Maximilian Hiegelsberger kommt

LINZ

Auf ein Vierteljahrhundert Arbeit für Oberösterreich blickt Landesrat Josef Stockinger, der Ende September aus der oö. Landespolitik verabschiedet wurde. Anlass für LH Josef Pühringer, Dankeschön zu sagen. „Mit Josef Stockinger nimmt heute ein begabter, kompetenter und engagierter Politiker Abschied von der politischen Bühne, der ein Vierteljahrhundert für das Land Oberösterreich und für die Menschen in diesem Land, für die Bauern und den ländlichen Raum gearbeitet hat“, so Josef Pühringer in seiner Abschiedsrede. „Ferdl“ Stockinger war zuerst als Mitarbeiter im Büro von Landesrat Leopold Hofinger, als Bauernbunddirektor, als Landtagsabgeordneter,

als Klubobmann und zuletzt sieben Jahre als Mitglied der oö. Landesregierung tätig.

Als sein Nachfolger wurde Maximilian Hiegelsberger als Landesrat am 7. Oktober 2010 zum neuen Landesrat gewählt und von LH Pühringer angelobt. Das frei werdende Landtagsmandat übernimmt Dr. Peter Csar, Landesvorsitzender der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst und Obmann der Personalvertretung der oö. Landesregie-



Fotos: Land OÖ/Stinglmayr

„Dankeschön für ein Vierteljahrhundert Arbeit für Oberösterreich und seine Menschen.“ LH Pühringer verabschiedet Dr. Josef Stockinger.



Maximilian Hiegelsberger ist neuer Landesrat.

Bei einer Sitzung der neuen Landesregierung wurde beschlossen, dass Landesrat Maximilian Hiegelsberger im Wesentlichen die Agenden von Josef Stockinger übernimmt.

Festakt

„Visiting Professor“

Auszeichnung für Arthur Winter

WIEN/KREMS

Höchste VertreterInnen aus Wirtschaft und Verwaltung folgten am Anfang Oktober 2010 der Einladung der Donau-Universität Krems, um einem großen Verwaltungsreformer und Vordenker IT-gestützter Prozessorientierung die Ehre zu erweisen: Dr. Arthur Winter. Winter hat es als Leiter der IT-Sektion im Bundesministerium für Finanzen seit 1992 wie keiner vor ihm verstanden, durch organisatorischen Weitblick, Feingefühl und dem notwendigen Maß an Mut zur Veränderung die IT-Landschaft der öffentlichen Verwaltung nachhaltig zu verändern. In Anerkennung besonders wertvoller Partnerschaften vergibt die Donau-Universität Krems die Bezeichnung Visiting Professor, eine Ehre, die Personen wie Winter vorbehalten bleibt, die sich im besonderen Maße um Verdienste der Donau-Universität

Krems im Bereich Lehre und Forschung verdient gemacht haben. Er wird für die Donau-Universität als Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats für E-Government tätig werden. Seine weiteren Funktionen sind die Betreuung verwaltungswissenschaftlicher Projekte. In seiner Rolle als Vermittler zwischen Bund, Ländern, Städten und Gemeinden wird das exzellente nationale und internationale Netzwerk für E-Government-Projekte des Departments für Governance und Public Administration zur Verfügung stehen.



Dr. Arthur Winter

Termine – Akademie für Recht und Steuern

► **Steuroptimierung bei Städten & Gemeinden**

Eine steueroptimale & entsprechend kostensparende Vorgehensweise ist nur mit dem entsprechenden Fachwissen und durch ständiges Wissens-Update möglich. Informieren Sie sich rechtzeitig und detailliert bei den Experten für alle Körperschaften des öffentlichen Rechts.

Wann: **4. November 2010**
17. Februar 2011

Referenten:

Hofrat Mag. Karin **Bartalos**
Hofrat Dr. Wolfgang **Bartalos**

Ort: **ARS Seminarzentrum Wien**

Gebühr: 790 Euro inkl. Seminarunterlage, Kaffee, Er-

frischungstränken, Mittagessen exkl. USt. Infos & Anmeldungen: www.ars.at

► **Mangelnder Budgetausgleich – Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung für Länder & Gemeinden**

Die Konsolidierung öffentlicher Haushalte erweist sich immer häufiger als unumgängliche (und zwangsläufige) Herausforderung für Gemeinden, Städte und Länder.

Termin: **15. November 2010**
21. September 2011

Referenten:

Dr. Peter **Pilz**
Mag. Lukas **Held**
Mag. Dr. Karl **Kammer**
Mag. (FH) Christian **Mürkl**
Dr. Andreas **Pözl**

Ort: **ARS Seminarzentrum Wien**

Gebühr: 420 Euro inkl. Seminarunterlage, Begrüßungskaffee, Erfrischungstränken, Mittagessen exkl. USt.
Informationen: www.ars.at

► **Ausgliederungen im Gemeinde- und Landesbereich**

Termin: **12. Oktober 2010**
7. April 2011

Referenten:

Univ.Prof. Dr. Wolfgang **Mazal**
Dr. Andreas **Jöst**
RA Dr. Stefan **Kühteubl**
Dipl.-KHBW Helmut **Krenn**

Ort: **ARS Seminarzentrum Wien**

Gebühr: 440 Euro exkl. USt.

Monografie

Sachbuch

Enteignungs- entschädigung bei Jagdschäden

Durch Planung, Vorarbeiten, Bau und Betrieb von Straßen und Eisenbahnen wird oftmals in Jagdrechte eingegriffen. Dabei ist die rechtliche Position bei Gemeindejagden und Jagdgenossenschaften in materiell-, aber auch in verfahrens-

rechtlicher Hinsicht weitgehend ungeklärt. Der Autor arbeitet prägnant und praxisorientiert die Rechtslage bei Gemeinde- bzw. Genossenschaftsjagden sowie die Rechtsposition

der Jagdpächter heraus und trägt dadurch zur Rechtssicherheit bei. Darauf aufbauend widmet er sich eingehend den Fragen von Eingriffen in Jagd-(ausübungs-)rechte. Schäden aufgrund von Vorarbeiten bzw. Bau von Verkehrsinfrastrukturanlagen berücksichtigt er ebenso wie solche durch Bestand und Betrieb solcher Anlagen. Dabei differenziert er auch zwischen der Rechtsposition von Enteigneten und Nichtenteigneten. Abschließend analysiert er das bisher unklare Verhältnis zwischen Enteignungsentschädigung und verschuldensunabhängigem Ausgleichsanspruch.

Ratgeber

Wohnrechtsnovelle 2009

Mieten und Vermieten

Wohnen müssen alle, die meisten zur Miete. Das Miet- und Wohnrecht ist ein Rechtsbereich, mit dem sehr viele Menschen in Kontakt kommen, und zugleich eine sehr komplexe Materie. Mit seinem nun in 6. Auflage bei MANZ erschienenen Ratgeber „Mieten

und Vermieten“ hat der Wiener Rechtsanwalt Herbert Rainer es sich zur Aufgabe gemacht, das Miet- und Wohnrecht so transparent wie möglich zu gestalten. Von „Abschluss eines Mietvertrags“ über „Fragen zum Mietzins“ bis zur „zwangsweisen Räumung“ gibt der Ratgeber Antworten auf alle entscheidenden Fragen eines Mietsverhältnisses:

- ▶ Wie kommt ein Mietvertrag zustande?
- ▶ Wann darf eine Wohnung untervermietet werden?
- ▶ Welche Rechte haben Vermieter und Mieter?
- ▶ Ist der Mietzins zu hoch? u. v. m.

Das Buch enthält außerdem alle Neuerungen der Wohnrechtsnovelle 2009.



Das Buch

Ferdinand Kerschner, „Enteignungsentschädigung bei Jagdschäden“, Erscheinungsjahr 2010 124 Seiten, broschiert, 34,80 Euro
ISBN 978-3-7083-0657-5
Neuer Wissenschaftlicher Verlag, 1040 Wien
Argentinerstraße 42/6
Tel.: 01/535 61 03-24
E-Mail: office@nwv.at

Das Buch

Rainer, „Mieten & Vermieten“, 6. Aufl. MANZ 2010. 204 S., 18,80 Euro
ISBN 978-3-214-03858-8
Kundenbestellungen telefonisch unter +43 1 531 61-100 oder per E-Mail an bestellen@manz.at

Bibliografischer Leckerbissen



Das mittlere Wappen der österreichischen Länder.

Neuaufgabe der Österreichisch-Ungarischen Wappenrolle

Ein schönes Stück Geschichte

Die Bezeichnung „Wappenrolle“ geht auf mittelalterliche Wappensammlungen zurück, die ursprünglich auf Pergamentrollen gemalt wurden. Ströhls Werk bietet einen großartigen Überblick über die Wappen der untergegangenen Donaumonarchie, von den Wappen des Kaiserhauses über die der Kronländer bis hin zu den Wappen der ungarischen Krone und Komitate. In Sammlerkreisen gilt Ströhls „Wappenrolle“ als absolute Rarität, da sie antiquarisch kaum mehr erhältlich ist.

Der vorliegende Band präsentiert auf 23 Farbtafeln 133 Wappen der österreichisch-ungarischen Monarchie. Weitere 52 Abbildungen von Flaggen, Fahnen und Kokarden runden das Gesamtbild ab. Ein umfangreicher Textteil mit Illustrationen und Erklärungen ist den Wappentafeln vorangestellt. Als Anhang hinzugefügt sind die Reproduktionen der Staatswappen bis 1918. Mit dem Anhang wird der

Schlusspunkt in der Staatsheraldik der Habsburgermonarchie gesetzt. Mitten im Ersten Weltkrieg (1915/16) einigten sich die beiden Staatshälften auf ein neues gemeinsames Wappen. Das neue Staatswappen der österreichisch-ungarischen Monarchie wurde in zwei Kategorien, als mittleres und als kleines Wappen, eingeführt. Zu einem Großen Staatswappen kam es nicht mehr.



Das Buch

Hugo Gerard Ströhl, „Österreichisch-Ungarische Wappenrolle“, Reprint der Ausgabe von 1900, als Anhang die Staatswappen bis 1918. Kommentiert von Michael Göbl; Format: 28 x 37 cm, 96 Seiten mit 30 Farbtafeln, 49,90 Euro
ISBN 978-3-9502845-1-5
Edition Winkler-Hermaden, Hauptstraße 37, 2123 Schleinbach
Telefon: 02245/4592
E-Mail: info@edition-wh.at
Web: www.edition-wh.at

DIE SICHERE GEMEINDE

Vorschau auf Ausgabe 12/2010 (Dezember):



Der Schutz der Menschen hat immer Vorrang

Sicher ist sicher – egal wie

Kaum ein kommunales Thema reicht in so viele Bereiche hinein wie die „sichere Gemeinde“. Das beginnt beim Schutz des Personals am Bauhof oder der Schutzkleidung für die Fachleuten die in die Kanalisation steigen. Sicher muss auch die Ausstattung der Fahrzeuge

sein, mit denen Menschen oder Sachen transportiert werden. In einer sicheren Gemeinde wird auch jede Baustelle deutlich und ordentlich abgesichert und ausgeschildert.

Eine sichere Gemeinde achtet auch auf einen sicheren Weg zur Schule für die Kleinsten und versucht darauf zu achten, dass dafür die verkehrsbau-lichen Voraussetzungen so sicher wie menschenmöglich sind. Und damit sich die Bürger in der Gemeinde sicher fühlen, funktioniert die Beleuchtung und die Zusammenarbeit mit den Ordnungshü-tern.

Das ist ein riesiges Bündel an Aufgaben für jede einzelne Kommune.

FACILITY MANAGEMENT



Haustechnik hilft sparen

Das Facility Management (FM) umfasst laut Definition die professionelle Abwicklung von Sekundärprozessen. Dazu gehören technische, infrastrukturelle und kaufmännische Aufgaben, die nicht in das Kerngeschäft einer Organisation fallen, sondern dieses unterstützen. Beispiele dafür sind die Bühnenbeleuchtung in Konzerthäusern, aber auch das Beschaffungsmanagement für sämtliche Energiearten und Reinigungsmaschinen, die in einem Gebäude benötigt werden.

KONTAKT

So erreichen Sie uns:

KOMMUNAL
Löwelstraße 6, 1010 Wien
Fax: 01/532 23 77
Web: www.kommunal.at

Mag. Sabine Brüggemann
Tel.: 01/532 23 88 – 12
sabine.brueggemann@kommunal.at

Mag. Alexander Palaschke
Tel.: 01/532 23 88 – 14
alexander.palaschke@kommunal.at

In dieser Ausgabe:

Fach- und Serviceinformationen für die öffentliche Hand

▶ ARGE Forum mineralische Rohstoffe	52
▶ ASFINAG	46
▶ Austria Glas Recycling GmbH	55
▶ AUTOLUX Vertriebsbüro	50
▶ Bundesministerium für Land und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft	34
▶ Bundesministerium für Inneres	29
▶ Dr. Harald Pitters	59
▶ Gesundheit Österreich GmbH, Geschäftsbereich Fonds Gesundes Österreich	33
▶ KOMMUNALKREDIT Austria AG	44
▶ Microsoft Österreich GmbH	55
▶ ÖISS – Österreichisches Institut für Schul- und Sportstättenbau	71
▶ Österreichische Post AG	54
▶ Paul Wolff GmbH	51
▶ PwC Corporate Finance Beratung GmbH	61
▶ REECO Austria GmbH	38
▶ RUKAPOL Arbeitsschutzartikel Gesellschaft m.b.H.	47
▶ Familie und Beruf GmbH	32
▶ Sierzega Elektronik GmbH	45
▶ Steinbauer Development GmbH	50
▶ UBIMET GmbH	51
▶ Wien Energie	54
▶ Wiener Stadthalle Betriebs- und VeranstaltungsgesmbH	55

Vorschau auf Ausgabe 11/10 (Nov.):

KOMMUNALE FINANZIERUNG & DIE KOMMUNALEN BUDGETS

▶ Die Gemeinden und das liebe Geld

Die beherrschende Frage des heurigen Herbstes wird sein, wie die budgetäre Landschaft Österreichs aussehen wird. Bleibt kein Stein auf dem anderen oder geht es relativ normal weiter? Von der Antwort auf diese Frage hängt ganz wesentlich ab, wie die finanzielle Lage der Gemeinden 2011 aussehen wird.

Es scheint aus heutiger Sicht klar zu sein, dass die Zahl der Abgangsgemeinden weiter steigen wird. Aber auch das ändert nichts an der Tatsache, dass die Gemeinden die Grundlagen der Daseinsvorsorge sicherstellen müssen. Dazu brauchen sie Geld, um ihre Budgets zu füllen. Woher und wie sie das auch in schwierigen Zeiten bekommen könnten, versuchen wir in der November-Ausgabe von KOMMUNAL zu beantworten.

Neues aus dem Schul- und Sportstättenbau – Immer am Puls der Zeit

ÖISS-Informationen aus erster Hand

ÖISS-Sportstätten-

informationsreise 2010:

Informationen nicht nur aus erster Hand, sondern auch direkt vor Ort, das bietet die ÖISS-Sportstätteninformationsreise.



Eines der Highlights der diesjährigen Sportinformationsreise: Das Athletikzentrum in St. Gallen

Vom 28. September bis 1. Oktober 2010 veranstaltete das ÖISS für interessierte Planer und Betreiber von Sportstätten eine Informationsreise zu ausgewählten Projekten in der Schweiz und Österreich. Das Spektrum der Besichtigungen erstreckte sich dabei von kleinen adaptierten Anlagen, wie dem Sport Park Lech, bis zu den Eurostadien in Zürich und Bern. Die Reise führte von Innsbruck nach Lech am Arlberg, St. Gallen, Zürich, Bern und Dornbirn und wieder zurück nach Innsbruck. Dabei hatten an vier Tagen elf Besichtigungen stattgefunden.

Aktuelle Richtlinien des ÖISS

Mit den ÖISS-Guides Futsal, Radball und Tchoukball wurde die Anzahl der Informationsblätter auf 48 Sportarten erweitert. Die ÖISS-Guides geben Ihnen kurz zusammengefasst alle Informationen, die sie benötigen, um eine Sportstätte für eine bestimmte Sportart zu planen. Alle Richtlinien des ÖISS können Sie unter www.oeiss.org bestellen.

Spielraumsymposium 2010

Das Schwerpunktthema des Spielraumsymposiums am 14. und 15. Oktober in Dornbirn widmete sich den „grenzüberschreitenden“ Fragen in der Spiel- und Freiraumplanung.

Bei der ÖISS-Sportstätteninformationsreise fanden an vier Tagen elf Besichtigungen statt.

Dass Spielen sich idealerweise über den klassischen Spielplatz hinweg, also auch in der Natur, auf öffentlichen Plätzen, in der Schule oder am Wasser abspielt, ist allgemein bekannt: In Vorarlberg ist das auch Ziel einer landesweiten Spiel- und Freiraumoffensive. Die Grenzen zwischen Jung und Alt werden bei der Planung bewusst aufgebrochen. Die Mehrfachnutzung von Freiräumen, die Partizipation aller Nutzergruppen bei der Planung und kreative Methoden in der Umsetzung sind weitere Themen der Tagung. Mehr Infos unter www.ifau.at

IMAGINE! Exploring radical visions for tomorrow's schools

Vom 20. bis 22. September 2010 fand in Wien eine OECD-Konferenz unter dem Titel „IMAGINE! Exploring radical visions for tomorrow's schools ... and how to make them work“ statt. Im Mittelpunkt der Konferenz standen zwei Szenarien („Schulen ohne Wände“ und „Eine Welt ohne Schulen“), zu denen Experten aus mehreren Ländern ihre Ideen und Erfahrungen in Vorträgen und Podiumsdiskussionen vorstellten. Mehr Infos zur Konferenz vorab unter www.gbl.tuwien.ac.at/ imagine2010

SSP-Schwerpunkte 4/2010

In der November-Ausgabe von „Schule & Sportstätte“ berichten wir weiters über

- Schulbau in Bewegung,
- 10 Jahre Arbeitskreis Schulfreiräume,
- das Sportzentrum Salzburg-Mitte und darüber, wieviel Sport die Österreicherinnen wirklich und warum betreiben.

WAS TUT DIE KOMMUNALKREDIT FÜR ÖSTERREICH?

Infrastruktur ist die Basis für eine erfolgreiche Zukunft. Aus diesem Grund legt die Kommunalkredit ihren strategischen Fokus auf die Finanzierung von Infrastrukturprojekten, die einer breiten Öffentlichkeit zugänglich sind. **Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, Energieversorgung, Anlagen der Wasserwirtschaft** sowie **der Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs** sind für die Allgemeinheit unerlässlich. Jeder hat einen Nutzen davon. Unser Know-how und unsere Erfahrung sind bedeutendes Kapital für **Städte und Gemeinden**, damit sie ihre Vorhaben erfolgreich umsetzen können. Investitionen in öffentliche Infrastruktur sind ein wichtiger Motor für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und die Sicherung der Zukunft.



WASSERKRAFT
als sauberer Stromlieferant



NACHHALTIGE ENERGIE
ohne Umweltbelastung



MODERNE GESUNDHEITZENTREN
für Bürgerinnen und Bürger



KADERSCHMIEDEN
für unsere Jugend



SOZIALE INFRASTRUKTUR
für eine funktionierende Gesellschaft



VERKEHRSWEGE
für rasche und sichere Verbindungen

ÖSTERREICHS BANK FÜR INFRASTRUKTUR
www.kommunalkredit.at

**KOMMUNAL
KREDIT**